



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 6. Sitzung - endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den, 19. November 2020, 13.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus , Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einzigter Punkt der Tagesordnung	Seite
<i><u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u></i>	
Dr. Markus Braun (Beweisbeschluss Z-19)	17
Tina Kleingarn (Beweisbeschluss Z-35)	50
Stephan Freiherr von Erffa (Beweisbeschluss Z-26)	113
Oliver Bellenhaus (Beweisbeschluss Z-27)	118

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Brehm, Sebastian Radwan, Alexander
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Brandt, Wolfgang Grzyska, Felix Gerster, Cornelius Günther, Kevin Becker, Johannes Genske, Marlene Feser Dr., Andreas von Stetten, Christian
SPD	Hawxwell, Anne Schauhoff, Lenard Schneider, Yannik Weber, Saskia Sacharow, Alexander Gallander, Markus
AfD	Bet, Simone Buchholtz, Immanuel Marquardt, Sebastian Schroeder, Steffen Mayer, Andreas
FDP	Iza Schilling, Philipp Raabe, Lars Reuss, David
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian Bendel, Yannik Potthoff, Thomas



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	RD Fritz ORR Rosenberger RR Lellek ARn Koch RD Ziegner RR Matros
BMI	ORRn Allabaei
BMWi	MR Dr. Schiemann RR Gräf
BMJV	ORR Scholz Zorn
BKAmt	MRn Dr. Bosch
AA	LR I Gloßner OARn Notz

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.32 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 6. Sitzung, die zugleich unsere erste Beweisaufnahme ist. Ich stelle fest - und bitte, mir das auch noch mal zu bestätigen -, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung sowie des Bundesrates willkommen.

Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer im Streaming-Saal E 800. Bitte berücksichtigen Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

Ich möchte schon jetzt um Verständnis dafür bitten, dass wir, wenn das erforderlich werden sollte, die heutige Sitzung unterbrechen, damit wir Abgeordnete unseren parlamentarischen Pflichten im Plenum nachkommen können.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass eigene Ton- oder Bildaufnahmen nicht gestattet sind. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Markus Braun
(Beweisbeschluss Z-19)

Tina Kleingarn
(Beweisbeschluss Z-35)

Stephan Freiherr von Erffa
(Beweisbeschluss Z-26)

Oliver Bellenhaus
(Beweisbeschluss Z-27)

Wulf Matthias
(Beweisbeschluss Z-21)

Thomas Eichelmann
(Beweisbeschluss Z-20)

Die ursprünglich aufgeführten Zeugen Wulf Matthias und Thomas Eichelmann werden heute vom Erscheinen entbunden. Die Vernehmungen von Herrn Bellenhaus und Freiherr von Erffa sollen in audiovisueller Form, also per Videoschalte, erfolgen.

Vernehmung des Zeugen Dr. Markus Braun

Unser erster Zeuge ist demnach - und ich begrüße Sie nochmals beide recht herzlich zur Zeugenvernehmung - Dr. Markus Braun. - Sie haben bereits Platz genommen. Herr Braun, ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Professor Dr. Dierlamm bereits Platz genommen. - Herr Professor Dierlamm, ich darf auch Sie herzlich hier willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten; Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie dazu Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Herr Braun, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- und berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie dazu noch Fragen? - Herr Dr. Braun, bitte schön.

Zeuge Dr. Markus Braun: Nein, dazu habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Für Sie auch so als technischer Hinweis, weil wir ja aufzeichnen: Sie haben das schon wunderbar gelöst. Vor Ihnen befinden sich zwei Druckknöpfe. Den mit der Hand dann auch für die Aufzeichnung und damit Sie draußen verstanden werden können, betätigen. Sie sehen dann immer, wenn das Mikro funktioniert, dass dieses rote Lämpchen leuchtet.

Dann kommen wir auch schon zu dem, worauf ich Sie hinweise. Ich möchte Sie eben darauf hinweisen, dass eine Tonbandaufnahme gefertigt wird - insoweit ist dieses Mikrofon sehr wichtig -, um eine Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie eben das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollierung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen darum, bei Aktenvorhalten unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen. Die entsprechenden Angaben stehen oben auf der jeweiligen Seite.

Nun mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung

sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie hier, zu diesen Hinweisen, noch Fragen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann möchte ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert worden sind, nochmals mündlich zu erläutern. Der Untersuchungsausschuss soll das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den Wirecard-Konzern auch in Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen sowie privaten Stellen umfassend untersuchen. Dabei soll unter anderem aufgeklärt werden, inwiefern die Bundesregierung und ihre Geschäftsbereichsbehörden jeweils über die Vorkommnisse informiert waren und inwiefern sie ihren finanzaufsichtlichen, geldwäscherechtlichen sowie steuerrechtlichen Pflichten im Hinblick auf den Wirecard-Konzern nachgekommen sind. Beschränkt ist die Untersuchung auf den Zeitraum 1. Januar 2014 bis 1. Oktober 2020.

Herr Braun, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen. Bitte schön.

Zeuge Dr. Markus Braun: Mein Name ist Markus Braun. Ich bin 51 Jahre alt. Ich wohne derzeit in der JVA [REDACTED]. Und ich bin Wirtschaftsinformatiker.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Braun. - Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich würde gerne eine Erklärung verlesen. Wenn jetzt der richtige Zeitpunkt ist, würde ich das machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Selbstverständlich, gerne, Dr. Braun.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie, Herr Braun, können Sie das Mikrofon etwas näher zu sich - -)

Zeuge Dr. Markus Braun: So, hören mich alle gut?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist besser, ja. Danke sehr.

Zeuge Dr. Markus Braun: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen ist bekannt, dass die Staatsanwaltschaft München I gegen mich und gegen eine Vielzahl anderer Personen ein umfangreiches Ermittlungsverfahren führt. Ich vertraue in die Unabhängigkeit und Objektivität der Ermittlungsbehörden. Ich vertraue insbesondere darauf, dass die Staatsanwaltschaft München I den verfahrensrelevanten Sachverhalt umfassend - und damit meine ich auch besonders den Verbleib der veruntreuten Unternehmensgelder - aufklären wird. Am Ende werden unabhängige Gerichte entscheiden, wer die rechtliche Verantwortung für den Zusammenbruch des Unternehmens der Wirecard AG trägt.

Ich habe mich gegenüber der Staatsanwaltschaft bislang nicht persönlich geäußert. Ich habe der Staatsanwaltschaft aber bereits zu Beginn des Verfahrens meine Kooperation angeboten. Dazu stehe ich auch heute noch, weshalb ich das Angebot erst kürzlich über meinen Anwalt erneuern habe lassen.

Ich werde mich zeitnah zu den verfahrensrelevanten Sachverhalten persönlich äußern, werde dies aber zunächst und vorrangig gegenüber der Staatsanwaltschaft München I tun. Ich bitte um

Verständnis dafür, dass ich meine Angaben gegenüber der Staatsanwaltschaft hier vor diesem Ausschuss nicht vorwegnehmen kann und will.

Gestatten Sie mir heute lediglich eine zusammenfassende Anmerkung zu Ihren Beweisfragen aus meiner ganz persönlichen Sicht.

Ein wesentlicher Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses ist die Aufklärung eines etwaigen Behörden- oder Aufsichtsverschuldens. Ich kann Ihnen hierzu aus meiner persönlichen Wahrnehmung nur sagen, dass ich zu keiner Zeit Feststellungen getroffen oder auch nur Hinweise darauf erhalten habe, dass sich Behörden, Aufsichtsstellen oder Politiker nicht korrekt, pflichtwidrig oder in irgendeiner Form unlauter verhalten hätten.

Das gilt auch für den Aufsichtsrat als Kontrollorgan und die Wirtschaftsprüfer, die im Rahmen der Abschlussprüfungen offenbar massiv getäuscht wurden und daher trotz umfangreichster und tiefgreifender Prüfungshandlungen keine Unregelmäßigkeiten feststellen konnten. Auch vor diesem Hintergrund ist für mich nicht nachvollziehbar, warum externe Aufsichtsstellen, die viel weiter weg sind, hier Versäumnisse zu verantworten haben sollen.

Zu weiteren Details kann und will ich mich aus den genannten Gründen heute hier vor dem Untersuchungsausschuss nicht äußern und be-rufe mich derzeit auf mein umfassendes Aussageverweigerungsrecht nach § 22 Absatz 2 des PUAG, was bedeutet, dass ich Ihnen heute auch keine weiteren Fragen beantworten werde. Alle denkbaren Fragen, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand stehen, sind Teil eines - wie es in der Rechtsprechung heißt - mosaikartigen Gesamtgebildes und daher von einem umfassenden Aussageverweigerungsrecht um-fasst.

Ich schließe nicht aus, dass ich meine Angaben nach einer Äußerung gegenüber der Staatsanwaltschaft ergänzen werde. Dies muss allerdings zu gegebener Zeit geprüft und auch in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft entschieden werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Braun, für Ihre Stellungnahme. - Ich stelle also fest: Dr. Braun, Sie berufen sich auf Ihr Auskunftsverweigerungsrecht, das Sie auch nach § 22 Absatz 2 unseres Untersuchungsausschussgesetzes zitiert haben. - Ich schaue dennoch kurz in die Runde meiner verehrten Kollegen. Wird hier noch die Notwendigkeit weiterer Fragen gesehen, zu denen nach Ihrer Ansicht kein Auskunftsverweigerungsrecht besteht? Ich schaue da in die Runde. - Ich sehe einstimmiges Kopfnicken.

Ich habe es jetzt so gehandhabt und auch in der letzten Zeit; das klappte ganz gut. Dann würde ich die Fragerunde, so wie ausgelegt, vorschlagen. In der ersten Runde hätte die CDU/CSU dann 21 Minuten, die AfD-Fraktion 7, die SPD 13 usw. - Ihnen liegt das vor -, die FDP 7, die Linke 6 und Bündnis 90/Die Grünen 6. - Gut. Dann erteile ich dem Kollegen Matthias Hauer das Wort.

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Herr Vorsitzender, Herr Dr. Braun wird keine weiteren Fragen heute beantworten! Die Auffassung ist klar dargelegt! Die Fragen können natürlich gestellt werden - -)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Inwieweit hat denn der Anwalt ein Rederecht? Ich hatte es so verstanden, dass der Anwalt kein Rederecht hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Er hat ja jetzt zum Sachverhalt - - zum Rechtlichen, okay.

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Es geht ja nicht um Inhalte, sondern es geht um ein prozessuales Recht!)

- Okay.

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Ich wollte nur noch mal - - Gegenruf des Abg. Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Machen Sie das Mikrofon

wieder aus, Sie haben kein Rederecht!)

- Herr Michelbach! - Also, wir haben das zur Kenntnis genommen. Sie haben zum Verfahren gesprochen. Das lasse ich so gelten. - Und insofern erteile ich jetzt aber dennoch - Sie werden dafür Verständnis haben - Herrn Matthias Hauer das Wort für seine Fragen. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Braun, als langjähriger Vorstandsvorsitzender von Wirecard haben Sie ja die Geschichte des Konzerns über viele Jahre geleitet. Der Skandal um Ihr Unternehmen hat einen Millionenschaden, einen milliardenschaden ange richtet. Viele Anleger haben ihr Geld verloren. Insofern wäre meine erste Frage - und das hatten Sie in Ihrem Eingangsstatement ja völlig ausgespart -, was Sie denn diesen Menschen zu sagen haben, den Anlegerinnen und Anlegern, aber vielleicht auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. - Sie dürfen jetzt antworten.

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich habe ganz klar gesagt, dass ich mich auf mein Aussageverweigerungsrecht berufe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, dass Ihnen ein Auskunftsverweigerungsrecht für gewisse Teilbereiche zusteht, da dürfte hier sicherlich Konsens bestehen; aber Sie haben eben grundsätzlich kein umfassendes Aussageverweigerungsrecht, auf das Sie sich ja wohl jetzt hier versuchen zu berufen. Insofern sehe ich jetzt auch nicht ein, da lockerzulassen, und werde jetzt die Befragung fortsetzen. Sie müssen dann entscheiden, ob Sie sich für die punktuellen Themen auf Ihr Auskunftsverweigerungsrecht berufen oder nicht. Aber hier von einem umfassenden Aussageverweigerungsrecht, dass Sie hier gar nichts sagen außer zu einem punktuellen Bereich, den Sie für richtig halten - - das kann ich so nicht nachvollziehen und halte ich auch für rechtlich nicht haltbar.

Insofern nehme ich jetzt erst mal zur Kenntnis, dass Sie zu der ersten Frage nicht antworten wollen, und fahre jetzt fort. - Haben Sie zu Ihrer Zeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

als CEO von Wirecard aus Ihrer Sicht irgendwelche Fehler gemacht?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich berufe mich auf mein Aussageverweigerungsrecht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie hatten ja gerade selbst angesprochen, dass die Staatsanwaltschaft Ihnen verschiedene Delikte vorwirft: gewerbsmäßigen Bandenbetrug, Untreue in besonders schwerem Fall, Marktmanipulation. Da finde ich es ja jetzt schon erstaunlich, dass Sie einerseits sagen, Sie haben sich bisher nicht geäußert, Sie wollen sich hier auch nicht äußern, aber wiederholt ankündigen, sich äußern zu wollen. Ist das nicht ein Widerspruch? Wäre es nicht jetzt hier der richtige Zeitpunkt, auch mit Öffentlichkeit - denn wir haben ja auch Öffentlichkeit anwesend hier im Saal, aber auch in dem gestreamten Raum - hier reinen Tisch zu machen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Hauer, wir müssten nach Tatsachen fragen. Das ist mehr Meinung.

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Was ist denn die Frage jetzt? - Gegenruf des Abg. Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Schon wieder!)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich hatte Ihnen die Gelegenheit eröffnen wollen, hier reinen Tisch zu machen. Die Frage ist, ob Sie das machen wollen. Das nehme ich zur Kenntnis, dass Sie das nicht wollen. Dann stelle ich jetzt die Befragung - - nehme ich jetzt weiter in die Hand.

Mich würde interessieren, ab wann Ihnen persönlich bewusst war, dass Wirecard mit dem Geschäft, was Wirecard geführt hat, tatsächlich insgesamt Verluste erzielt hat, und wie viel Geschäft bei Wirecard real war? Wie viel war Fake? Wie viele Personen aus dem Konzern Wirecard wussten von den Unregelmäßigkeiten in den Bilanzen, aber auch beim TPA- und MCA-Geschäft? Da könnten Sie ja jetzt mal was zu sagen.

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt - ich darf noch einmal wiederholen -: Ich werde mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern. Ich werde mich hier heute nicht zu den Sachverhalten äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Möchten Sie uns etwas zu Ihrem Geschäftskollegen Herrn Marsalek sagen? Vielleicht insgesamt erst mal, wie Sie die Zusammenarbeit mit Herrn Marsalek im Unternehmen durchgeführt haben oder vielleicht auch etwas zu seinem Aufenthaltsort oder zu Ihren persönlichen, geschäftlichen Beziehungen zu Herrn Marsalek, aber auch die Ihrer Beteiligungsgesellschaft MB Beteiligungsgesellschaft mbH.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal wiederholen: Ich werde mich heute nicht zu Sachverhalten äußern, sondern ich werde mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann versuche ich es mal mit einem Bereich, den Sie in Ihrer Erklärung auch bereits angesprochen haben, wo Sie sich ja auch schon eingelassen haben. Insofern scheinen Sie da ja nicht von entsprechenden Auskunftsverweigerungsrechten Gebrauch zu machen, nämlich hinsichtlich dem Kontakt und dem Verhalten gegenüber staatlichen Stellen. Und das ist natürlich für diesen Ausschuss auch von besonderem Interesse: die Kontakte von Ihnen persönlich, aber auch die Wirecard AG insgesamt zu staatlichen Stellen im Allgemeinen und zu Aufsichtsbehörden im Besonderen. Und da bitte ich Sie um Informationen, welche Kontakte Sie im Laufe Ihrer Amtszeit als Vorsitzender zu staatlichen Stellen hatten. Gab es da für Sie vertraute Personen? Hatten Sie bei bestimmten Behörden einen direkten Ansprechpartner? Wenn ja, was sind das für Personen? Wer ist da besonders hervorzuheben? Gab es da einen vielleicht auch engen Kontakt zu politischen Akteuren?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe Ihre Frage verstanden und darf noch einmal betonen: Ich werde über meine Erklärung heute hinaus keine weiteren Einlassungen von mir geben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann versuche ich es noch mal etwas konkreter; vielleicht hilft das der Erinnerung. Mit E-Mail vom 27. November 2018 hat Ihr Sekretariat das Bundeskanzleramt kontaktiert und um einen Termin mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundeskanzleramtschef Dr. Helge Braun mit Ihnen gebeten. Was war mit diesem Gespräch beabsichtigt? Welche Inhalte sollten thematisiert werden? Und warum nahmen Sie das Ihnen angebotene Gespräch mit dem Abteilungsleiter des Kanzleramtes Herrn Professor Röllner zunächst nicht an?

Und als Zweites: Vielleicht fange ich mal mit etwas Persönlichem an. Ich meine, Sie haben ja gesagt, Sie sind 51. Sie sind ja auch mal 50 geworden. Und da verbringt man ja die Zeit mit seinen Lieben. Mit wem haben Sie eigentlich Ihren 50. Geburtstag verbracht, den Morgen? Denn da gab es ja offensichtlich ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Kukies vom BMF; so gibt das jedenfalls die Aktenlage her. Da würde ich Sie bitten, zu schildern, was da Inhalt, Ziel, Dauer, Ergebnis des Gesprächs an Ihrem 50. Geburtstag mit Herrn Staatssekretär Kukies war.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf wiederholen: Ich werde mich heute nicht weiter einlassen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber zu diesen Fragen haben Sie sich ja eingelassen. Das haben Sie ja in Ihrem Statement schon getan. Sie haben, wenn ich das hier richtig notiert habe, deutlich gemacht, dass zu keiner Zeit Hinweise oder Feststellungen Ihrerseits bestanden haben, dass irgendwie Politiker oder Aufsichtsbehörden da irgendein pflichtwidriges Verhalten hätten irgendwie merken können. Das wäre jetzt so ein Anlass, das mal zu konkretisieren, Ihre Auffassung.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich glaube, meine Aussage dazu war sehr präzise. Zu der stehe ich vollinhaltlich. Ich sehe keine Notwendigkeit, sie zu ergänzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie war weder besonders substantiiert noch besonders präzise; insofern halte ich das für unzutreffend, dass Sie ein so umfassendes Aussageverweigerungsrecht haben, auf das Sie sich hier berufen. Ich rege an,

dass wir im Ausschuss insgesamt uns im Nachgang, vielleicht sogar zu der ersten Fragerunde direkt, mit der Frage befassen, wie der Ausschuss Ihr Verhalten hier vor dem Ausschuss, wo Sie sich ja jedweder Erklärung verweigern, die über das, was Sie da gerade verlesen haben, hinausgeht - -

Und da gestatten Sie mir dann auch die kurze persönliche Bemerkung, dass das ja durchaus auch zu Ihrem Vorgehen passt, was Ihr Unternehmen über Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte an den Tag gelegt hat, hier zu blocken und Informationen maximal durch Anwälte gefiltert an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Das ist kein Verfahren, wie Sie mit dem Deutschen Bundestag umgehen sollten. Das ist auch kein Verfahren, wie Sie hätten mit Anlegerinnen und Anlegern umgehen sollen. Hier ist heute die Gelegenheit, reinen Tisch zu machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Hauer, Fragen zur Sache, bitte.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Er sagt das ganz sachlich!)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, ich dachte so eine halbe Minute persönliches Statement -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich war jetzt sehr großzügig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - in sachlicher Art und Weise muss ja auch möglich sein.

Ich fahre erst mal in der Befragung fort, denn wir wollen ja auch gleich in der anschließenden Beratungssitzung - ich habe jetzt hier auch viel Kopfnicken gesehen von den Kolleginnen und Kollegen - - dass wir uns danach dann mit den Verfahrensfragen beschäftigen, wo Sie Fragen beantworten müssen und wo nicht.

Also fahre ich fort. Ich war stehen geblieben gerade bei dem Verhältnis zu den staatlichen Stellen. Da haben Sie nichts zu weiter ausführen wollen. Davor war ich bei Herrn Marsalek stehen geblieben. Insofern würde mich interessieren, ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie Kontakte zu ausländischen Nachrichtendiensten, zum Beispiel zum russischen Nachrichtendienst, haben oder hatten.

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt - ich darf noch einmal betonen -: Ich werde mich heute nicht weiter einlassen, sondern ich werde mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich etwas allgemeiner. Bezüglich Ihrer Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat und den Wirtschaftsprüfern, Abschlussprüfern, da hatten Sie ja gerade auch schon Ausführungen in Ihrem Eingangsstatement gemacht, wie Sie die Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat eingeschätzt haben. Haben Sie das als konstruktiv empfunden, Ihre Zusammenarbeit im Unternehmen mit Ihrem Aufsichtsrat und den verschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde heute von dieser Erklärung nicht abweichen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Möchten Sie uns allgemein erklären, wie TPA-Geschäft funktioniert, unabhängig von Wirecard?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend von diesem Statement äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Glauben Sie, dass Sie sich dadurch selbst belasten könnten, wenn Sie uns allgemein erklären, wie TPA-Geschäft funktioniert?

Zeuge Dr. Markus Braun: Nein, ich glaube, dass die Staatsanwaltschaft die richtige Instanz ist, gegenüber der ich mich äußern werde. Das sind alles verfahrensbezogene Sachverhalte, die Sie hier ansprechen. Da läuft ein Ermittlungsverfahren, und deswegen sehe ich hier das Hoheitsrecht bei der Staatsanwaltschaft, und dort werde ich mich zu all diesen Fragen äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie können uns aber sicherlich erklären, wie TPA-Geschäft bei anderen Unternehmen funktioniert, ausgenommen Wirecard. Es interessiert mich jetzt mal konkret,

wie es bei anderen funktioniert. Da können Sie sich ja nicht belasten, wenn Sie es von anderen erklären.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich habe eine Erklärung abgegeben, bei der werde ich heute bleiben, bei dieser Erklärung, und ich werde von dieser Erklärung nicht abweichen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als Nächstes würde mich interessieren, um hier noch mal ein paar Namen ins Spiel zu bringen - - Ich werde jetzt mal ein paar Namen hier vorlesen, da können Sie dann entscheiden, ob Sie dazu was sagen möchten, und zwar die Namen Manoj Sahu, Edo Kurniawan, den Fonds EMIF, die Ruprecht Services Ltd., die oCap Management Ltd., die Getnow Holding Ltd. Sind Ihnen diese Namen ein Begriff?

Zeuge Dr. Markus Braun: Sie sprechen lauter Sachverhalte an, die verfahrensrelevant sind. Gegenüber diesen Sachverhalten werde ich mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe ja ganz bewusst auch Sachverhalte angesprochen, die nicht verfahrensrelevant sind. Insofern erinnere ich Sie noch mal an meine vorherige Frage, wo es konkret darum ging, wie TPA-Geschäft funktioniert. Sie können uns aber auch erklären, wie MCA-Geschäft funktioniert, auch ausgenommen von Wirecard.

Zeuge Dr. Markus Braun: Also, wie gesagt - ich darf noch einmal betonen -: Ich werde mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern. Wenn ich mich gegenüber der Staatsanwaltschaft geäußert habe, kann es hier zu Nachtragsäußerungen kommen. Aber aktuell werde ich mich nicht über diese Einlassung hinaus äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was ist denn Ihr Verständnis von Corporate Governance, könnten Sie uns das einmal darlegen? Unabhängig von Wirecard. Sie haben ja gerade Ihren beruflichen Background erklärt. Da können Sie ja das aus Ihrer beruflichen Sicht einfach schildern ohne Wirecard-Bezug.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe ein Statement abgegeben. Ich werde bei diesem Statement heute bleiben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ihnen ist ja bekannt, dass wir heute noch andere Zeugen vernehmen. Als Nächstes wird uns gleich die ehemalige Aufsichtsrätin Frau Kleingarn hier Rede und Antwort stehen. Sie hat ja auch gegenüber dem Aufsichtsrat damals erklärt, weswegen sie aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist. Möchten Sie dazu ein Statement abgeben, was die Erklärung von Frau Kleingarn angeht?

Zeuge Dr. Markus Braun: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da berufen Sie sich auch auf Ihr angebliches Auskunftsverweigerungsrecht.

Dann würde mich noch mal das Vorgehen der BaFin interessieren. Da haben Sie ja auch teilweise im Anreißer was zu geäußert. Und zwar hat die BaFin ja am 18.02.2019 ein Leerverkaufsverbot in Bezug auf Aktien der Wirecard AG erlassen. Da würde mich interessieren, wie Sie insgesamt zu dem Themenkomplex Leerverkaufsverbote stehen, unabhängig von Wirecard.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde mich nicht abweichend von meinem Statement heute äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Finden Sie denn Ihr Vorgehen sachgerecht, das heute so zu tun? Also, Sie treten ja hier dem Deutschen Bundestag gegenüber und insofern auch der Öffentlichkeit. Es wäre ja hier auch eine gute Gelegenheit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, ich habe jetzt lange das zugelassen. Aber wir haben uns darauf geeinigt: kein Dialog; Fragen sehr gerne, aber kein Dialog.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, das ist hier ein Dialog, deshalb machen wir ja Fragerunden. Und ich frage in einer sachlichen Art und Weise. Und natürlich sind Fragen auch schon mal persönlich gefärbt. Das, denke ich, ist auch noch im Rahmen des Zulässigen. Ich sehe da auch die Kolleginnen

und Kollegen unabhängig vom Vorsitzenden jetzt hier mit Zustimmung; insofern würde ich das auch weiter wie vor handhaben.

Mich interessiert die Einstufung noch, die die BaFin 2017 vorgenommen hat. Da ging es um das Thema Technologiekonzern, Finanzholding. Die Wirecard AG wurde ja als Technologiekonzern eingestuft und eben nicht als Finanzholding. Es gab vorher auch das Thema „Einstufung einer Zwischenholding“. Und da würde mich schlicht interessieren, ob Sie da mal Kontakt mit der BaFin hatten zu dem Thema.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend von meinem Statement äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): So, dann haben wir jetzt 16 Minuten damit verbracht, festzustellen, dass Sie da völlig mauern. - Und die letzten fünf Minuten würde ich an meinen Kollegen Dr. Michelbach, der auch noch einige Fragen hat, weitergeben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, wunderbar. - Dann, Dr. Michelbach, Sie haben das Wort.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Danke schön. - Herr Dr. Braun, ich frage Sie eingehend einen Bereich, der nicht Teil der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München I ist, und nach dem haben Sie ja auch kein Aussageverweigerungsrecht, wenn hier nicht die Ermittlungen tangiert werden, die hier gegen Sie stattfinden. Und ich bitte Sie, den notwendigen Respekt vor unserem Rechtsstaat zu wahren, und wir bitten Sie, den Respekt vor dem Gesetzgeber und den demokratisch gewählten Volksvertretern und der Öffentlichkeit zu wahren; denn unser Wirtschaftssystem ist darauf angewiesen, dass es das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns als Grundlage für eine freiheitliche soziale Marktwirtschaft gibt.

Und deswegen noch mal die ganz konkreten Fragen: Haben Sie Personen aus dem Bereich der Börse, aus dem Bereich der Aufsichtsbehörden, aus dem Bereich der Ministerien, aus dem Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

reich der Politik genutzt, um Kontakte zu knüpfen, Interessen des Unternehmens zu vertreten? Wenn ja, welche? Was wurde dazu konkret unternommen? Mit welchem Erfolg haben Sie hier diese Kontakte vorgenommen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe im Rahmen meines Statements ja ganz klar gesagt, dass es aus meiner Sicht weder bei Aufsichtsstellen noch bei Politikern irgendeine Pflichtverletzung gab, die ich wahrgenommen hätte. Das umfasst de facto indirekt die Antwort auf Ihre Frage.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Jetzt haben Sie schon mal eine Antwort gegeben; das ist erfreulich zunächst einmal.

Dann möchte ich noch mal fragen: Dass Sie früher selbst bei KPMG tätig waren, war das die Begründung, dass KPMG in die Prüfung nach EY dann letzten Endes in das Wirecard-Unternehmen gekommen ist?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich halte mich heute strikt an dieses Statement. Das habe ich abgegeben. Und darüber hinaus äußere ich mich aktuell gegenüber der Staatsanwaltschaft.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Noch mal zu den Personenkontakten. Der Personenkontakt, den Sie zu Ihrem Geburtstag mit Herrn Dr. Kukies hatten, ist ja nicht strafrelevant, sodass Sie hier nach unserer Auffassung auskunftspflichtig sind. Was wollte Herr Dr. Kukies? Was wollten Sie mit ihm besprechen? Und was wollten Sie auch eventuell mit anderen politischen Vertretern besprechen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Über das Statement hinaus werde ich mich heute nicht äußern.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Merken Sie nicht, dass das eigentlich Ihre Position eher doch zumindest in der Öffentlichkeit weiter schwächt, dass Sie die Aussage verweigern und gewissermaßen nicht kooperativ mit diesem Untersuchungsausschuss sind?

Und wir haben ja die Entscheidung des Insolvenzverwalters Jaffé, dass die Wirtschaftsprüfer in der nächsten Woche zur Befragung geladen sind und von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden werden. Und da bietet sich es ja an, dass Sie eigentlich selbst mal Ihre Version darlegen können, bevor in der nächsten Woche die Verschwiegenheitspflicht der Wirtschaftsprüfer hier dazu - - die entfernte Verschwiegenheitspflicht der Wirtschaftsprüfer dazu führt, dass wir hier all diese Dinge ohnehin letzten Endes erfahren, die aus Sicht der Wirtschaftsprüfer für Wirecard und mit Wirecard entstanden sind.

Zeuge Dr. Markus Braun: Also, noch einmal: Ich sehe die Staatsanwaltschaft und die zuständigen Gerichte aktuell hier im Hoheitsbereich. Dort werde ich mich zu all diesen Themen äußern. Ich werde mich heute nicht über meine Erklärung hinaus äußern.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Können Sie zumindest mal uns bisschen Einblick in das Unternehmen Wirecard geben, inwiefern da Managementstrukturen stattgefunden haben? Sie waren der CEO. Wer war da noch in der Führung tätig? Also, dass wir mal Einblick haben zu den Managementverhältnissen im Unternehmen, vielleicht auch zu dem Geschäftsmodell.

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich halte mich heute strikt an diese Erklärung, und darüber hinaus werde ich mich heute nicht äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. Das war dann der Frageslot der CDU/CSU-Fraktion. - Ich nehme jetzt gleichsam den Hut des Vorsitzenden ab, schlüpfe in die Rolle des Vertreters der AfD und würde auch mal mein Glück versuchen, zunächst vielleicht mit allgemeinen Fragen. Ob die jetzt von der Mosaiktheorie, die Sie ja angeführt haben, gedeckt sind - wir werden das klären. - Wie haben Sie sich heute auf die Sitzung vorbereitet?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich nicht heute abweichend von meinem Statement äußern. Das Statement ist meine Vorbereitung auf die heutige Sitzung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Nach der Schilderung von Dr. Hendrik Hoppenstedt, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, hat Angela Merkel während ihrer China-Reise im September 2019 den Markteintritt von Wirecard in China angesprochen. Das kann man im Protokoll der 90. Sitzung des Finanzausschusses vom 31. August 2020 auf MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 87 nachlesen. Wurde Ihnen Unterstützung vonseiten der Bundesregierung beim Markteintritt, Markteinstieg in China angeboten? Haben Sie um Unterstützung gebeten?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage werde ich heute nicht beantworten. Ich halte mich heute strikt an meine Erklärung. Und alle darüber hinausgehenden Fragen werde ich gerne der Staatsanwaltschaft beantworten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie sich nach der Berichterstattung der „Financial Times“ 2019 erkundigt, wie die Einschätzung der Bundesregierung und insbesondere der BaFin bezüglich der Zeitungsartikel ausfällt? Vielleicht: Bei wem haben Sie sich dann erkundigt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch zu dieser Frage möchte ich klar sagen: Ich bleibe heute bei meiner Erklärung und werde von dieser Erklärung nicht abweichen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nach den Schilderungen - ich versuche das noch mal mit dem Staatsminister Hoppenstedt bei der Bundeskanzlerin - in der 90. Sitzung des Finanzausschusses, auch noch mal am 31. August, baten Sie am 27. November 2018 um einen Termin beim Chef des Bundeskanzleramtes und der Bundeskanzlerin. Das ist dem Protokoll zu entnehmen; auch hier unter MAT A BT-Präs-1, Blatt 108. Ist das korrekt? Und welchen Grund hatte der Terminwunsch?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich habe heute ein klares Statement abgegeben, und darüber hinaus möchte ich mich nicht äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Im Rahmen der Antworten auf die Berichtsbitten der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wurde

von einem Treffen zwischen Herrn von Knoop, Herrn Ley, Herrn Professor Dr. Röller aus dem Bundeskanzleramt und Herrn Fritsche am 11. September 2019 berichtet. Wissen Sie davon? Und, wenn ja, was könnten Sie vielleicht über dieses Treffen erzählen? Oder wurden Sie vor diesem Treffen von einer der von mir aufgezählten Personen in irgendeiner Art und Weise kontaktiert oder informiert?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute über mein Statement hinaus nicht äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich versuche es dann noch mal mit der Beratungsfirma Spitzberg Partners von Karl-Theodor zu Guttenberg, von 2016 bis 2020 für die Wirecard tätig. Was können Sie vielleicht zu dieser Zusammenarbeit mit Karl-Theodor zu Guttenberg in diesem Zusammenhang oder auch in diesem Zeitraum vor allen Dingen - der ist sehr relevant, auch hier im Untersuchungsausschuss - sagen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde mich heute über mein Statement hinausgehend nicht äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich gerne noch mal zum Themenkomplex BaFin mein Glück versuchen. Aus dem Sachstandsbericht des BMF zu Wirecard ergibt sich, dass die BaFin am 1. Februar 2019 Untersuchungen wegen Marktmanipulation im Zusammenhang mit der Berichterstattung der „Financial Times“ über Wirecard aufgenommen hat. Was können Sie uns zu diesen Kontakten Ihrerseits vielleicht zur BaFin im Zusammenhang mit der Berichterstattung der „Financial Times“ sagen? Oder informierten Sie sich bei Vertretern wenigstens der BaFin über ihre Einschätzung, also die der Behörde, bezüglich der Vorwürfe, die seitens der „Financial Times“ erhoben worden sind?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hier möchte ich sagen: Ich werde mich heute nicht abweichend von meinem Statement einlassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Im Rahmen der Berichterstattung, der Berichtsbitten der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Linke durch das BMF wird ein Treffen zwischen Ihnen und dem Kollegen Herrn Burkhard Balz vom 4. September 2019 in der Bundesbank-Zentrale in Frankfurt erwähnt. Können Sie sich an dieses Treffen erinnern? Waren andere Vertreter von Wirecard anwesend? Was könnten Sie vielleicht zum Inhalt der Gespräche mit Herrn Balz von der Bundesbank erzählen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde mich heute nicht zu Sachverhalten außerhalb meines Statements äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann versuche ich es noch mal mit der bayerischen Landesregierung, der Bezirksregierung. Laut einer Übersicht im Zusammenhang mit einer persönlichen Einladung zum Abendessen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder auf MAT A BayStK-1.01, Blatt 19 wurden Sie zum DAX-Abendessen in die Bayerische Staatskanzlei geladen, nahmen aber nicht persönlich teil. Können Sie sich erinnern, warum Sie an diesem Treffen nicht teilgenommen haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hier möchte ich betonen: Ich werde mich dazu heute nicht äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Ley und Herr von Knoop trafen sich ausweislich eines Mailverkehrs zwischen Herrn Ley und Herrn Johannes Frik, Referent bei der Bayerischen Staatskanzlei - zu finden auch auf MAT A BayStK-1.01, Blatt 32 -, mit dem Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, MdL, am 20. November 2019. Haben Herr Ley und/oder Herr von Knoop mit Ihnen im Vorhinein über dieses Treffen und diesen Inhalt des Treffens gesprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde mich heute nicht abweichend von meinem Statement äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Zeit ist um. - Dann geht das Fragerecht, hier 13 Minuten, an die SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Dr. Zimmermann. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Braun, nachdem der Vorsitzende schon einiges zu den politischen Kontakten gefragt hat, mag ich das nicht wiederholen; aber ich möchte noch mal zu anderen politischen Kontakten fragen, und zwar in Richtung Österreich.

Sie gehörten der Stabsstelle für Strategie, Analyse und Planung in der Regierung Kurz an, und Sie haben offenbar auch den Wahlkampf der ÖVP mit großzügigen Spenden unterstützt. Haben Sie das als Privatperson gemacht oder in Ihrer Funktion als Vorstand der Wirecard?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend zu meinem Statement äußern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie, nachdem Sie ja offenbar sehr gute und enge Kontakte in die österreichische Politik hatten, sich da auch eventuell mit Ihrem Vorstandskollegen Herrn Marsalek darüber ausgetauscht? Gab es innerhalb der Wirecard da vielleicht auch einen strategischen Ansatz? Gab es eventuell auch - - Haben Sie eventuell auch Geschäfte abgewickelt im Auftrag der österreichischen Regierung oder Unternehmen, die in Österreich tätig sind?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch einmal betonen: Ich werde mich nicht abweichend von meinem Statement äußern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das habe ich erwartet. Aber mich würde dennoch interessieren: Gab es eine Geschäftsbeziehung der Wirecard zur OMV? Und haben Sie mit dem CEO der OMV über Geschäfte, die Wirecard vielleicht für dieses große österreichische Unternehmen in Libyen abwickeln könnte, gesprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend von diesem Statement äußern.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Dann würde ich kurz noch an meine Kollegin Frau Kiziltepe weitergeben.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Herr Braun, Sie sind österreichischer Staatsbürger und



Nur zur dienstlichen Verwendung

leben und arbeiten seit einiger Zeit in Deutschland. Ist Ihnen bewusst, dass Sie unserem Land, dass Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Anlegerinnen und Anlegern, ja, unserem Wirtschaftsstandort hier in Deutschland starken, großen Schaden zugefügt haben? Ist Ihnen bewusst, dass Sie Vertrauen in viele Institutionen dieses Landes erschüttert haben? Und ist Ihnen bewusst, dass Ihr Schweigen auch Menschen mit in den Abgrund zieht? Ich möchte von Ihnen gerne auch wissen, ob Sie Ihr Verhalten, Ihr Geschäftsmodell für moralisch, sittlich richtig halten. - Danke.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend von meinem Statement äußern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Heißt das, im Moment kein Fragebedarf mehr seitens der SPD?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Unsere Lebenszeit ist für uns - - Wir geben weiter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann hat jetzt das Wort der Kollege Toncar für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Ich habe eine Vorstellung davon, wie das wird. Aber das dient ja auch zur Vorbereitung der nächsten Schritte, die dieser Ausschuss dann einleiten kann; denn es ist ja nicht so, Herr Braun, dass die staatsanwaltschaftliche Vernehmung einen Vorrang hätte vor der durch diesen Ausschuss. Die stehen nebeneinander, und Sie haben in beiden Verfahren dieselben Rechte, nämlich sich selbst nicht zu belasten, was nicht bedeuten kann, dass man gar nichts sagt. Zumindest wäre das dann zu plausibilisieren. Deswegen werden wir die Fragen weiter stellen; denn das dient ja dann dazu, um an die nächsten Schritte auch anknüpfen zu können, mit denen Sie, glaube ich, rechnen dürfen.

Was waren die Inhalte des Gesprächs am 5. November 2019 zwischen Ihnen und Herrn Dr. Kukies?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich werde heute nicht abweichend von meinem Statement - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Seit dann kennen Sie Herrn Dr. Kukies?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage werde ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie schon mal mit Olaf Scholz gesprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage möchte ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie schon mal mit einem Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung gesprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich halte mich heute strikt an dieses Statement. Ich habe die Gründe dafür genannt, und das betrifft auch diese Frage.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es nach dem Gespräch am 5. November 2019 mit Herrn Dr. Kukies einen weiteren Kontakt mit dem Bundesfinanzministerium, eine Art Follow-up, von Wirecard in die Richtung BMF oder umgekehrt vom BMF in Richtung Wirecard?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich möchte mich heute strikt an mein Statement halten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wurde in diesem Gespräch unter anderem auch das „Project Panther“, eine mögliche Übernahme der Deutschen Bank, thematisiert?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde heute nicht von diesem Statement abweichen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war der Grund dafür, dass Sie um ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel gebeten haben Ende des Jahres 2018?

Zeuge Dr. Markus Braun: Die Frage wurde schon gestellt. Ich darf noch mal betonen: Ich werde



Nur zur dienstlichen Verwendung

heute nicht abweichend von meinem Statement antworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war der Grund, dass Sie 2020, im April, dann doch den Kontakt zu Herrn Professor Röller, dem Abteilungsleiter im Kanzleramt, gesucht haben, nachdem Sie zuvor ein Gespräch mit ihm abgelehnt haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch zu dieser Frage werde ich mich heute nicht äußern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war der Inhalt Ihres Gesprächs mit Frau Staatsministerin Bär am 27. November 2018?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe ein Statement abgegeben; an das halte ich mich strikt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kennen Sie Herrn Dr. zu Guttenberg - das war eine freudsche Leistung von mir -, Herrn zu Guttenberg persönlich? War keine Gemeinheit. Kennen Sie Herrn zu Guttenberg persönlich?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich werde heute nicht abweichend von meinem Statement antworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hatten Sie je Kontakt mit einem Vertreter von Spitzberg Partners?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage ist nicht von meiner Einlassung abgedeckt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, welche Tätigkeit Spitzberg Partners für Wirecard vollbracht hat, neben der Beratung im Kontext China-Reise?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage ist nicht abgedeckt durch mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie etwas über die Tätigkeit von Ole von Beust für die Wirecard AG?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe ein Statement abgegeben; an das halte ich mich strikt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie etwas über die Ergebnisse der Teilnahme von Burkhard Ley an der China-Reise von Bundesaußenminister Heiko Maas im November 2018?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde heute kein Statement über mein Statement hinaus abgeben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war der Grund, dass Sie am 10.06.2020, wenige Tage vor dem Zusammenbruch der Wirecard AG, noch die Zeit hatten, an einer Videokonferenz mit der Bundeskanzlerin zur Vorstellung der Corona-App teilzunehmen, in einer Situation, wo das Unternehmen bereits in einer sehr schwierigen Lage war?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch dazu würde ich mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was war der Grund, dass der frühere bayerische Polizeipräsident Waldemar Kindler von Wirecard mit einem Beratungsauftrag beauftragt worden ist? Was war seine Aufgabe?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu werde ich mich heute nicht äußern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was haben Sie mit Burkhard Balz, dem Vorstandsmitglied der Bundesbank, am 04.09.2019 besprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Die Frage kam schon, und ich werde sie auch heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Warum hat die konzerninterne Umhängung der Wirecard Bank AG nach einem erfolgreich durchlaufenen Inhaber-kontrollverfahren Anfang 2019 nicht stattgefunden?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage werde ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie Kenntnisse über die Tätigkeit von Klaus-Dieter Fritsche für die Wirecard AG?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage kann ich heute nicht beantworten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat Ihnen Herr Marsalek jemals erzählt, dass er in Libyen privat in drei Zementfabriken, jedenfalls in Zementfabriken, investiert ist?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage ist abweichend von meinem Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sagt Ihnen der Name Wolfgang Gattringer etwas?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch die Frage kann ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sagt Ihnen der Name Gustav Gustenau etwas?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage kann ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sagt Ihnen der Name Andrey Chuprygin etwas?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage kann ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat Wirecard Dienstleistungen für Nachrichtendienste im In- oder Ausland erbracht?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage weicht von meinem Statement ab, und ich kann sie heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie Kenntnis darüber, dass Wirecard, teilweise, möglicherweise auch gegen seinen Willen, von ausländischen Diensten hätte überwacht werden können? Haben Sie Kenntnisse über eine mögliche Überwachung ausländischer Dienste im Hinblick auf das Unternehmen Wirecard AG?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, auch diese Frage werde ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist es zutreffend, dass ein hochrangiger libyscher Geheimdienstmann für die Wirecard AG zu Observationszwecken von Kritikern eingeschaltet worden ist?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage ist Verfahrensgegenstand.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was haben Sie im Frühjahr 2019 mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank AG, Christian Sewing, besprochen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch zu dieser Frage möchte ich mich heute nicht äußern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es im Kontext „Project Panther“ noch weitere Berater der Wirecard AG außer der Firma McKinsey?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch dazu möchte ich mich heute nicht äußern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Stand die Wirecard AG oder eine ihrer Tochtergesellschaften zwischen 2015 und 2020 in geschäftlichen Beziehungen zu Goldman Sachs oder einem Unternehmen der dazugehörigen Gruppe?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage werde ich heute nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Damit geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke und hier Herrn De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich hätte zunächst die Bitte - und bitte, das nicht meiner Redezeit anzulasten -, dass die Mikrofone von Herrn Braun so ausgerichtet werden können, dass ich vollen Blickkontakt zu ihm habe, durch Mitarbeiter des Sekretariats; denn das gehört ja zur Inaugenscheinnahme.

(Eine Mitarbeiterin des Ausschusseksretariats richtet die Mikrofone entsprechend aus)

- Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Dr. Braun, ich freue mich, dass wir endlich die Gelegenheit haben. Sie hatten mir ja mal ein Treffen in Aussicht gestellt nach der Zeit der Coronapandemie. Jetzt ist es früher geworden. Ich möchte Ihnen zunächst einige Fragen stellen, die Sie, glaube ich, nicht belasten, weil sie nicht strafrechtsrelevant sind. Ich möchte Sie zunächst fragen, ob es zutreffend ist, dass Sie eine Tochter haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde heute nicht von diesem Skript abweichen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Nach meiner Kenntnis ist Familienplanung nicht strafbar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Kollege De Masi, wir haben uns - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich möchte aber fortführen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es ist kein Untersuchungsgegenstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es ist vielleicht wichtig, auch wie Sie erinnert werden in der Öffentlichkeit, auch für Ihre Tochter. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob jemals im Wirecard-Vorstand thematisiert wurde, dass Wirecard Zahlungsabwicklungen für Kinderpornografie betrieben hat, ob Sie darüber Kenntnisse haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch zu dieser Frage werde ich mich heute nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie mir den Titel Ihrer Doktorarbeit nennen können. Oder ist das auch strafrechtsrelevant in diesen Zeiten?

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Ist nicht Untersuchungsgegenstand!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi, nochmals: zum Untersuchungsgegenstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich definiere das als Teil des Untersuchungsgegenstandes, weil ich

mir einen Eindruck von der Kompetenz und Qualifikation des Zeugen machen möchte für die Ausübung seiner Geschäftsführungstätigkeit.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich respektiere jede Frage, die Sie stellen; aber meine Antwort ist die gleiche.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):
Wir stellen so, wie wir wollen!)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann versuche ich das jetzt mal anders. Ich vermute jetzt mal, dass Sie Ihren Dokortitel legal erworben haben. Mir schilderten Gesprächspartner aus der Bundesbank, dass sie den Eindruck hatten, dass Sie keine besonderen Kenntnisse vom Tagesgeschäft gehabt hätten. Können Sie mir verraten, wie die zu dieser Einschätzung kommen? Können Sie die nachvollziehen, diese Einschätzung?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde heute nicht von diesem Statement abweichen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie fragen mit Bezug auf ein Dokument der Bayerischen Staatskanzlei, MAT A BayStK-1.01, Seite 9. Da gibt es den Hinweis einer Quelle, die davon ausgeht, dass Sie wie Herr Marsalek über mehrere Identitäten, über mehrere Pässe verfügen und akut suizidgefährdet seien. Können Sie diese Einschätzung nachvollziehen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht über mein Statement äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ihnen ist bewusst und angetragen worden von Ihrer anwaltlichen Beratung, dass natürlich auch der allgemeine Eindruck von Ihrer Glaubwürdigkeit mit einer Rolle im Strafprozess spielen kann? Das ist eine Frage.

Zeuge Dr. Markus Braun: Das ist an mich herangetragen worden. Gerade deswegen möchte ich mich ja gegenüber der Staatsanwaltschaft zu allen Fragen äußern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und deswegen können Sie die Frage nicht beantworten, ob Sie eine Tochter haben oder was der Titel Ihrer Doktorarbeit ist?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich finde, das ist jetzt heute nicht Verfahrensgegenstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, das entscheide immer noch ich als gewählter Abgeordneter und nicht jemand, der hier aktuell von der JVA überstellt wurde.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie Kenntnisse darüber haben, dass bei der Wirecard AG Rechenzentren aufgebaut wurden, die operativ für die Abwicklung von Finanztransaktionen nicht notwendig waren, an mehreren Standorten.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht zu abweichenden Fragen äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie es für plausibel halten oder Kenntnisse darüber haben, dass Herr Marsalek unter Umständen ein V-Mann des österreichischen BVT war.

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu werde ich mich heute nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie in den letzten Tagen auch Ihrer Unterbringung in der JVA Kontakte zu Nachrichtendiensten unterhalten haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Zu dieser Frage möchte ich mich nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie mir mitteilen können - - Bei dem Gespräch mit Stefan Schnorr vom BMWi, das offensichtlich mit Ihnen stattgefunden hat, dort wurde über Kooperationen gesprochen, auch über öffentliche Förderungen. Können Sie mir sagen, was Gegenstand dieser Gespräche war, um welche Kooperationen es sich handelte?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu möchte ich mich nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie mir mitteilen, ob Sie sich jemals mit Herrn Marsalek über ein Abendessen, das Herr Marsalek hatte mit Herrn Sarkozy, mit Herrn Wolfgang Schüssel, mit Herrn Edmund Stoiber, mit dem ehemaligen militärpolitischen Berater der Kanzlerin Erich Vad und weiteren Personen, ob Sie sich jemals darüber ausgetauscht haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu kann ich mich nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie bestätigen, dass die Gesprächsanfrage von Herrn Kukies zu Ihrem Geburtstag auf seine Initiative erfolgt ist und sehr kurzfristig erfolgt ist?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu kann ich mich heute nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie können das also nicht bestätigen.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe gesagt, ich kann mich hierzu heute nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie können schon; das ist ja Ihre Entscheidung. - Dürfte ich Sie dann dazu befragen, ob Sie eigentlich glauben, dass Sie eingedenk der Fähigkeiten, die Sie erworben haben im Laufe Ihres Lebens - Sie haben ja einen Doktorgrad erlangt - - ob Sie glauben, dass Sie aus Ihrem Leben etwas gemacht haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch hierzu werde ich mich heute nicht äußern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Dann habe ich für den jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Fragen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich die ganze Nacht Zeit habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann hat das Fragerrecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dr. Bayaz, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Braun, es sind ja viele spannende Fragen gestellt worden. Ich hatte den Eindruck, es waren



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt noch nicht alle beantwortet; deswegen wollte ich auch noch an Sie ein paar stellen.

(Heiterkeit)

Sie sagten am Anfang - damit es auch keine Verwechslung gibt -, Sie sind Markus Braun, sind 51. Können Sie mir Ihr Geburtsdatum nennen, damit wir hier keiner Verwechslung unterliegen?

Zeuge Dr. Markus Braun: 05.11.1969.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, vielen Dank. - Dann möchte ich Sie fragen: Zu Ihrem 50. Geburtstag, wo Sie ja offenbar den Staatssekretär Kukies getroffen haben, hat der Ihnen ein Geschenk damals übermittelt? Hat der irgendwas mitgebracht?

Zeuge Dr. Markus Braun: Dazu werde ich mich heute nicht äußern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nehmen wir mal die Zeit vor Ihrer Verhaftung; denn ich weiß nicht, wie die Medienversorgung in der JVA [REDACTED] ist. Hatten Sie jemals in Ihrer Vergangenheit ein Abonnement der „Financial Times“ - jemals? E-Paper, Print, wie auch immer.

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch dazu werde ich mich heute nicht äußern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie schade! Das Bundeskanzleramt hatte übrigens sehr lange keines; nur für Sie als Information. - Im Jahr 2000 haben Sie bei Wirecard angeheuert. Davor waren Sie Beschäftigter bei KPMG. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Das kann ich bestätigen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wow, schon zwei Fragen in der kurzen Zeit. - Rein theoretisch oder rein hypothetisch - -

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich möchte eine Sache präzisieren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich war bei der KPMG Consulting, nicht bei der Wirtschaftsprüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Rein hypothetisch und rein theoretisch gefragt: Können Sie sich erklären, dass das Unternehmen Wirecard für Geheimdienste aus welchen Gründen auch immer interessant gewesen sein könnte?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch diese Frage kann ich heute nicht beantworten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Braun, Sie sind ja eine historische Figur. Und völlig unabhängig von dem strafrechtlichen Ausgang: Aufgrund des Wesens, der Größe dieses Skandals wird Wirecard, werden auch Sie persönlich in die Geschichtsbücher eingehen. Die Frage, wie das geschieht, das haben Sie ja selbst durchaus auch in der Hand. Und Sie haben die Gelegenheit, jenseits der Auskunftsbereitschaft der Staatsanwaltschaft auch heute hier einen Beitrag zu leisten, wie Sie in die Geschichtsbücher eingehen wollen. Wollen Sie da nicht einen kleinen Beitrag leisten heute, uns zur politischen Aufklärung etwas zu sagen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich werde mich heute nicht abweichend von meinem Statement äußern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sagen „abweichend vom Statement“, können Sie uns das Statement dann vielleicht noch mal vortragen, damit wir es auch vollständig verstanden haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Das kann ich sehr gerne, wenn Sie das wollen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Bitte, schießen Sie los!

Zeuge Dr. Markus Braun: Ihnen ist bekannt, dass die Staatsanwaltschaft München I gegen mich und gegen eine Vielzahl anderer Personen ein umfangreiches Ermittlungsverfahren führt. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

vertraue in die Unabhängigkeit und Objektivität der Ermittlungsbehörden. Ich vertraue insbesondere darauf, dass die Staatsanwaltschaft München I den verfahrensrelevanten Sachverhalt umfassend aufklärt. Und damit meine ich auch und besonders den Verbleib der veruntreuten Unternehmensgelder. Am Ende werden unabhängige Gerichte entscheiden, wer die rechtliche Verantwortung für den Zusammenbruch des Unternehmens Wirecard trägt.

Ich habe mich gegenüber der Staatsanwaltschaft bislang nicht persönlich geäußert. Ich habe der Staatsanwaltschaft aber bereits zu Beginn des Verfahrens meine Kooperation angeboten. Dazu stehe ich auch heute noch, weshalb ich das Angebot erst kürzlich über meinen Anwalt habe erneuern lassen. Ich werde mich zeitnah zu den verfahrensrelevanten Sachverhalten persönlich äußern, werde dies aber zunächst und vorrangig gegenüber der Staatsanwaltschaft München I tun. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich meine Angaben gegenüber der Staatsanwaltschaft hier vor diesem Ausschuss nicht vorwegnehmen kann und will.

Gestatten Sie mir heute lediglich eine zusammenfassende Anmerkung zu Ihren Beweisfragen aus meiner ganz persönlichen Sicht. Ein wesentlicher Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses ist die Aufklärung eines etwaigen Behörden- oder Aufsichtsverschuldens. Ich kann Ihnen hierzu aus meiner persönlichen Wahrnehmung nur sagen, dass ich zu keiner Zeit Feststellungen getroffen oder auch nur Hinweise darauf erhalten habe, dass sich Behörden, Aufsichtsstellen oder Politiker nicht korrekt, pflichtwidrig oder in irgendeiner Form unlauter verhalten hätten.

Das gilt auch für den Aufsichtsrat als Kontrollorgan und die Wirtschaftsprüfer, die im Rahmen der Abschlussprüfungen offenbar massiv getäuscht wurden und daher trotz umfangreichster und tiefgreifender Prüfungshandlungen keine Unregelmäßigkeiten feststellen konnten. Auch vor diesem Hintergrund ist für mich nicht nachvollziehbar, warum externe Aufsichtsstellen, die viel weiter weg sind, hier Versäumnisse zu verantworten haben sollen.

Zu weiteren Details kann und will ich mich aus den genannten Gründen heute hier vor dem Untersuchungsausschuss nicht äußern und be-rufe mich derzeit auf mein umfassendes Aussageverweigerungsrecht nach § 22 Absatz 2 PUAG, was bedeutet, dass ich Ihnen heute auch keine weiteren Fragen beantworten werde. Alle denkbaren Fragen, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand stehen, sind Teil eines, wie es in der Rechtsprechung heißt, mosaik-artigen Gesamtgebildes und daher von einem umfassenden Aussageverweigerungsrecht umfasst.

Ich schließe nicht aus, dass ich meine Angaben nach einer Äußerung gegenüber der Staatsanwaltschaft ergänzen werde. Dies muss allerdings zu gegebener Zeit geprüft und auch in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft entschieden werden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. - Ich stelle fest, die erste Runde haben wir nunmehr hinter uns. Ich stelle fest nochmals, auch mit Ihrer zum zweiten Mal verlesenen Erklärung, dass Sie sich auf das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes berufen. Deswegen schaue ich jetzt in die Runde. Soll weiter gefragt werden? Besteht da der Bedarf? - Kollege Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte ja eingangs schon, nachdem Ihr Verhalten hier heute offenkundig geworden ist, angeregt, dass wir, bevor wir in eine zweite Befragungsrunde einsteigen, hier zunächst eine Beratungssitzung durchführen, und dann können wir immer noch überlegen, wie wir weiter hinsichtlich der Befragung vorgehen. Das wäre meine Anregung. Natürlich haben wir alle noch sehr viele Fragen, auch deshalb, weil Sie ja keine beantwortet haben. Insofern würde ich das als Verfahrensvorschlag erst mal unterbreiten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Es liegt der Verfahrens Antrag vor, dass wir für eine Beratungssitzung unterbrechen. - Selbstverständlich haben Sie dann mit der Mandantschaft auch die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Möglichkeit, sich zu einer weiteren Beratung zurückzuziehen. Auch ich appelliere selbstverständlich als Ausschussvorsitzender noch mal, dass Sie vielleicht in sich gehen und zu bestimmten Sachverhalten und Themen - - Ich weiß und kenne die Mosaiktheorie; aber vielleicht gibt es ja doch Themenbereiche - aber da können Sie sich beide ja noch mal beraten -, bei denen Sie - und ich denke, auch das könnte von einer Staatsanwaltschaft honoriert werden - uns hier heute helfen, dieses gewaltige Konstrukt, was wir zu durchleuchten haben, ein wenig heller erstrahlen zu lassen. Insoweit wünsche ich Ihnen - - und bitte Sie da auch noch mal, vielleicht sich rechtlich auszutauschen, weil ich freue mich, und ich glaube, auch meine Kollegen, über jede Antwort. Und selbstverständlich wollen wir auch nicht, dass Sie sich selbst belasten. Aber die Mosaiktheorie hat natürlich, wie wir das auch kennen - - Es gibt auch andere Meinungen zu dieser Theorie. Und insoweit: Vielleicht können Sie Ihr Gespräch in diese Richtung lenken. Würde ich mich freuen.

Und ich gucke jetzt mal ins Rund. - Ich habe schon beim Kollegen Toncar gesehen, er wäre auch für diesen Vorschlag, und hat eine Wortmeldung. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte nur, Herr Vorsitzender, ohne Ihnen das Schlusswort zu nehmen, noch mal ergänzen: Herr Dr. Braun, Sie haben ja diese Woche eine Eingabe an den Bundesgerichtshof gemacht, und auf Seite 7 und 8 ist dort der Satz ausgeführt:

Der Antragsteller wird sich im Rahmen einer Videovernehmung zwar nicht zu den verfahrensrelevanten Sachverhalten des Ermittlungsverfahrens und insbesondere nicht zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen äußern, er beabsichtigt aber, sich zu seinen - durchweg völlig unkritischen - Kontakten zu Behördenvertretern und Politikern zu äußern und insoweit zur Aufklärung der untersuchungsrelevanten Sachverhalte beizutragen.
(?)

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie in Ihrem eigenen Schriftsatz eine Differenzierung zwischen dem, was sozusagen verfahrensrelevant ist, und den Behördenkontakten selbst vorgenommen haben und dass Sie etwas in Aussicht gestellt haben, und zwar auch gegenüber dem Bundesgerichtshof, was Sie bisher nicht eingelöst haben; denn Sie haben nichts zu Kontakten gesagt, sondern Sie haben eine Bewertung abgegeben, dass Sie der Auffassung sind, die hätten sich korrekt verhalten. Aber Sie haben zu Kontakten keine einzige Frage beantwortet. Deswegen bin ich schon auch der Auffassung, dass die Zusage, die immerhin in einer gerichtlichen Eingabe gemacht worden ist, bisher nicht erfüllt worden ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Dr. Toncar. - Dann habe ich als Nächstes den Kollegen De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, zunächst will ich den Vorschlag vom Kollegen Hauer unterstützen, dass wir uns natürlich jetzt beraten. Allerdings will ich darauf hinweisen, dass ich schon gewillt bin, auch weitere Fragen zu stellen, weil ja auch die Öffentlichkeit ein entsprechendes Interesse und einen Anspruch hat. Und die Frage ist eben auch - so verstehe ich jetzt den Vorschlag von Herrn Hauer -, dass wir natürlich dann auch beraten, welche Maßnahmen wir beschließen oder ergreifen müssen, wenn sich das nicht vorhandene Kooperationsverhalten hier so weiter gestaltet und es ja auch uns nach meinem Verständnis in Aussicht gestellt wurde, dass es Zeugen gibt, die eine umfassendere Kooperationsbereitschaft in Aussicht gestellt haben. Das ist ja vielleicht auch wichtig für Herrn Dr. Braun, damit er wirklich auch bewerten kann, ob sein Verhalten, das er hier an den Tag legt, ihm wirklich nützt im Prozess; weil momentan ist das für seinen Anwalt ja sehr leicht verdientes Geld, er muss ja gar nichts machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dr. Michelbach, bitte schön.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich bitte, in der internen Sitzung auch darüber Beschluss zu fas-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sen, inwieweit wir Rechtsfolgen über das Verhalten, das nach meiner Meinung in vielen Fragen nicht bestehende Aussageverweigerungsrecht des Herrn Braun durchsetzen bzw. beschließen - - inwiefern wir Rechtsfolgen wie Ordnungsgeld und ähnliche Dinge noch einmal rechtmäßig betrachten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das werden wir tun. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dr. Zimmermann, SPD-Fraktion? - Frau Kiziltepe? - Ich gucke noch mal zu meiner Linken. - Das ist nicht der Fall. Also, ich schlage daher vor, dass wir uns jetzt einer Unterbrechung, ich schätze mal, 30 Minuten in etwa, hingeben, das beraten. - Ich bitte Sie auch noch mal, kritisch - es sind viele kluge Worte hier gesagt worden - - Ich denke auch, dass heute für Sie eine historische Möglichkeit ist, einen sehr großen Finanzskandal in unserer bundesrepublikanischen Geschichte mit tatkräftig, ohne sich selbst zu belasten - - aufzuklären möglich ist. Die einzelnen Dinge sind genannt. Vielleicht kommen wir ja in der zweiten Runde, im zweiten Anlauf oder in der dritten - manchmal sind ja aller guten Dinge drei - zueinander.

Ich würde die Sitzung jetzt bis 15.15 Uhr unterbrechen und bitte jetzt, entsprechend zunächst mal unseren Zeugen nebst Rechtsbeistand sicher in ihr hoffentlich auch wohltemperiertes Zeugenzimmer und ihren Rückzugsort zu bringen. Wir nehmen dann die Beratung über das weitere Vorgehen auf. Vielen Dank zunächst mal. Ich unterbreche die Sitzung an der Stelle.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
14.45 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
15.22 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Dr. Markus Braun**

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich begrüße Sie zurück. - Ich stelle fest, die Öffentlichkeit ist wiederhergestellt, und teile zunächst mal der Öffentlichkeit und auch dem Zeugen und seinem Rechtsbeistand mit: Wir haben uns entschieden, eine weitere Fragerunde hier zu machen. Wir sind der Meinung, dass durchaus Fragenkomplexe beantwortbar sind. Das ist übereinstimmend und einstimmig hier so gewesen. Ich frage aber auch mal zurück: Haben denn vielleicht das Gespräch und die Beratung zwischen Ihnen etwas ergeben, dass einige Fragen zu beantworten sind? - Bitte schön, Dr. Braun.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie bleiben beim Statement und damit dem umfassenden Auskunftsverweigerungsrecht, okay. - Gut, dann, wenn keine weiteren Bemerkungen sind, starten wir in die nächste Fragerunde. Die CDU beginnt. Bitte schön, Kollege Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Dr. Braun, ich will Bezug nehmen auf Ihr Statement. Sie hatten ja ein Eingangsstatement zweimal abgegeben und haben da, wenn ich das richtig verstanden habe - wir haben es jetzt nur gehört zweimal -, von Verbleib veruntreuter Unternehmensgelder gesprochen. Ist das richtig? Habe ich Sie da richtig akustisch verstanden?

Zeuge Dr. Markus Braun: Da haben Sie mich sehr richtig verstanden, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich Sie, ob Sie diese Begrifflichkeit „veruntreut“, ob Sie das sehr bewusst gewählt haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bei der Untreue gibt es ja auch einen Geschädigten. Wer ist denn dieser Geschädigte?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt: Ich möchte bei dem Statement bleiben. Aber vielleicht verstehen Sie, weil Sie haben ja hier ein Detail



Nur zur dienstlichen Verwendung

herausgearbeitet, wieso ich mich zuerst gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst mal haben Sie sich ja uns gegenüber gerade geäußert durch Ihr Statement. Ich versuche, das jetzt zu verstehen, was Sie uns da gesagt haben, und deshalb muss ich da auch noch mal ein paar Fragen zu stellen.

Bei der Untreue gibt es ja einen Geschädigten - das habe ich ja gerade schon erwähnt -; aber es gibt ja auch jemanden, zu dessen Gunsten das Ganze passiert ist. Wer war das?

Zeuge Dr. Markus Braun: Noch mal: Ich werde hier heute nicht über dieses Statement hinausgehen. Aber Sie haben recht: In meinem Statement habe ich diese Formulierung gewählt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann möchte ich noch mal eine zweite Formulierung aus Ihrem Statement rausnehmen. Sie haben die Begrifflichkeit „getäuscht wurden“ erwähnt. Soweit ich das richtig verstanden habe, war das bezogen auf den Aufsichtsrat und die Abschlussprüfer. Ist das korrekt wiedergegeben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Also, vor allem bezogen auf den Abschlussprüfer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auf den Abschlussprüfer.

Zeuge Dr. Markus Braun: Den Aufsichtsrat hatte ich bei dem, dass sie aus meiner Sicht keine Pflichtverletzungen begangen haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, ja. „Abschlussprüfer“ war dann auf EY bezogen? Das war ja der Abschlussprüfer.

Zeuge Dr. Markus Braun: „Abschlussprüfer“ war auf EY bezogen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das bezog sich dann auch auf mehrere Jahre, nicht nur auf ein Jahr? Oder war das jetzt punktuell auf ein Jahr bezogen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich habe ein Statement abgegeben. Sie haben völlig recht: „Wirtschaftsprüfer“ hat sich auf EY bezogen; das kann ich bestätigen. Ansonsten möchte ich mich vollinhaltlich auf das Statement beziehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was war dann die Täuschungshandlung? Weil wenn eine Täuschung da ist, muss ja auch eine Täuschungshandlung vorgelegen haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich glaube, schon in der Natur Ihrer Frage steckt implizit, dass das ein Sachverhalt ist, den ich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann werden Sie diese Erklärung gegenüber der Staatsanwaltschaft abgeben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Das ist nicht an mir zu entscheiden. Ich kann nur anbieten - - Ich habe die Kooperation angeboten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie können ja jederzeit eine Erklärung durch den Anwalt der Staatsanwaltschaft zukommen lassen. Das ist ja - -

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich habe ein Statement abgegeben. Ich werde mich gegenüber der Staatsanwaltschaft äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das haben wir verstanden. Nur, wann, ist die Frage.

Zeuge Dr. Markus Braun: Das ist nicht an mir zu entscheiden; das ist an der Staatsanwaltschaft zu entscheiden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Staatsanwaltschaft kann ja nicht entscheiden, wann Sie ein Statement abgeben, sondern das liegt ja - - allein obliegt es Ihnen.

Zeuge Dr. Markus Braun: Noch mal: Ich habe ein Statement abgegeben, und ich habe gesagt ganz klar, dass ich mich gegenüber der Staatsanwaltschaft zu diesen Themen äußern werde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich versuche es dann mal mit noch ein paar abstrakteren Fragen. - Herr Braun, wann waren Sie Vorstandsvorsitzender der Wirecard AG?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich habe ein Statement abgegeben. Ich bleibe bei diesem Statement.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was hat Sie denn motiviert damals, nach Ihrer Tätigkeit bei KPMG zur Wirecard zu wechseln?

Zeuge Dr. Markus Braun: Auch dazu kann ich abweichend vom Statement keine Antwort geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nur, Sie können sich ja für den Zeitraum, wo Sie noch nicht bei Wirecard waren, jetzt auch nicht in Bezug Wirecard strafbar gemacht haben. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie da meinen, ein Auskunftsverweigerungsrecht zu haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann nur noch abschließend die Frage: Können Sie uns erklären, was es mit einem Bilanzposten „Zahlungsmittel“ bzw. „Zahlungsmitteläquivalente“ auf sich haben könnte?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich darf noch mal sagen: Ich verweise auf mein Statement.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Dann, bevor ich jetzt für den Rest der Zeit an den Kollegen Dr. Michelbach noch mal die Möglichkeit weitergebe, Fragen zu stellen, möchte ich für mich noch erklären, dass ich der Auffassung bin, dass Sie hiermit jedweden Respekt gegenüber dem Parlament, aber auch gegenüber der Staatsanwaltschaft vermissen lassen da durch Ihre Erklärungen und dass das nahtlos in das Bild passt, was Sie auch gegenüber Anlegern und Mitarbeitern von Wirecard in den vergangenen Jahren abgegeben haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann habe ich verstanden, Dr. Michelbach übernimmt die Stafette. Bitte schön.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. Braun, wir haben hier sicher einvernehmlich den Eindruck, dass Wirecard so eine Art Geschichte geschrieben hat: Der Staat im Staate, und uns kann eigentlich keiner etwas. Wir sind selbstherrlich dafür da, unsere Geschäfte weltweit zu betreiben, wie sie auch immer geschehen, wie sie auch immer dann auch stattfinden.

Und wir haben natürlich Sachverständige gehört in der letzten Sitzung und vorletzten Sitzung, wo gesagt wurde - - Und deswegen meine Frage: War Wirecard so etwas wie das Darknet für Zahlungen an Nachrichtendienste, Söldnertruppen, Waffengeschäfte, Glücksspiel und Pornogeschäfte? Das ist natürlich ein Vorwurf, der uns gegenüber hier verlaublich wurde. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Wenn ich so einen Vorwurf bekäme und das wäre nicht der Fall, dann würde ich das zumindest dementieren. Aber gut, auch dazu reicht scheinbar die Kraft nicht, oder es ist doch etwas dran. - Haben Sie kritische Journalisten und Marktteilnehmer angezeigt und von Detektiven beschatten lassen und Einschüchterungsversuche durchgeführt? Und gab es Bestechungsversuche und Beschattungen gegenüber den Journalisten der „Financial Times“ in London? Zumindest wird das so uns gegenüber behauptet. Und haben Sie den Journalisten McCrum von der „Financial Times“ bei der Staatsanwaltschaft angezeigt? Und warum haben Sie eine Dämonisierung dieser freiheitlichen öffentlichen Berichterstattung vorgenommen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Können Sie sich vorstellen, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

Presseberichte stattfinden und die Aufsichtsbehörden gegenüber Ihrem Unternehmen nicht tätig werden, wenn die Vorwürfe des Journalisten so präzise und glaubwürdig dargestellt sind, dass man da einfach wegschaut, oder haben Sie da Einfluss genommen, um Recherchen und Aufsichtsmaßnahmen zu verhindern?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wie beurteilen Sie die Aussagen des „Financial Times“-Journalisten McCrum, dass es sich bei der Wirecard-Führung um Blender, gerisene Personen handelt, die mit Druck, Anzeigen und Klüngerlei Verbreitung von Angst geschafft haben, um die betrügerische Bilanzierung zu verschleiern? Ein Vorwurf, der ebenso klar und deutlich ist. Ich denke, dass Sie zumindest die Kraft hatten [sic!], wenn es nicht stimmt, zu dezentieren.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, das ist bezeichnend, muss ich sagen, dass Sie selbst da keine Aussage treffen. - Herr Braun, im November 2015 nahm die „Financial Times“ einen Firmenankauf von Wirecard in Indien aufs Korn und arbeitete heraus, dass die Angaben über die Bedeutung der Unternehmen auf dem Markt für Zahlungsdienstleistungen weit übertrieben waren. Im Januar 2018 kam die „Financial Times“ auf die Indien-Geschichte zurück und zeigte auf, dass der angebliche Kaufpreis weit überhöht und beim Verkäufer nur ein Fünftel davon angekommen war. Wo ist das restliche Geld hingeflossen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wer war bei der Wirecard für die Geschäfte in Indien und diesen Firmenkauf verantwortlich? Wer hatte detaillierte Kenntnisse von dem Geschäft, in Ihrer Führung?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wie sind die Kontakte in Indien entstanden? Welche Strategie wurde hier verfolgt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Was wissen Sie über die Tätigkeit Ihres Partner Jan Marsalek, die er in Libyen mit der Rückeroberung von Palmyra durch russische Söldnergruppen begleitet hat, und welche Tätigkeit kann Herr Marsalek in Verbindung mit Wirecard hier vorgenommen haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Braun, im Januar, Februar, März 2019, also gar nicht so lange her, berichtete die „Financial Times“ von Wirecard-Partnern, die frei erfunden oder Scheinfirmen waren. Wie sind Sie im Unternehmen mit diesen Vorwürfen umgegangen? Waren Sie aufgrund vorangegangener Berichterstattungen bereits darauf vorbereitet, dass die ungedeckten Bilanzpositionen aufgedeckt würden? Haben Sie persönlich damit gerechnet, dass das irgendwann mal das Licht der Öffentlichkeit oder zumindest mal in Gänze auch das Licht bei der Staatsanwaltschaft anzündet? Denn die Vorwürfe waren ja im Raum. Niemand hat sich verantwortlich gefühlt, und die Aufsichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft hätten eigentlich sicher sehr viel früher Durchsuchungen bei Ihnen im Haus statten [sic!] müssen. Können Sie sich vorstellen, dass Sie mit diesen Durchsuchungen eigentlich täglich gerechnet haben aufgrund der Vorwürfe?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Braun, von besonderem Interesse für unseren Ausschuss sind natürlich die Kontakte der Wirecard AG zu staatlichen Stellen



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Allgemeinen und den Aufsichtsbehörden im Besonderen. Es ist unsere Aufgabe, hier auch das Tätigwerden der Aufsicht und der Prüfer auf neue Beine zu stellen, um einen ähnlichen Schaden für den Finanzplatz Deutschland zu verhindern.

Welche Kontakte haben Sie denn eigentlich im Laufe Ihrer langen Amtszeit als Vorstandsvorsitzender zu staatlichen Stellen ausgeübt? Gab es besonders vertraute Personen bei diesen staatlichen Stellen? Hatten Sie bei bestimmten Behörden einen direkten Ansprechpartner? Wenn ja, welche Personen sind hier hervorzuheben? Wie eng war Ihr Kontakt zu den politischen Akteuren? Sie haben ja eine ganze Reihe auch mit Lobbyismus finanziert. Das Geld hat ja bei Ihnen relativ locker gesessen. Sie haben ja auch von den Banken sich kreditieren lassen. Aber können auch hier Personen genannt werden, mit denen vertraute Gespräche geführt worden sind? Welche Ziele haben Sie durch den Lobbyismus erreichen wollen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Nachdem Sie auch nach wie vor nicht zur Aufklärung vieler Dinge bereit sind, darf ich noch einmal sagen: Herr Braun, mit der E-Mail vom 27. November 2018 kontaktierte Ihr Sekretariat das Bundeskanzleramt und bat um einen Termin mit Bundeskanzlerin Merkel und dem Chef des Bundeskanzleramts, Dr. Helge Braun. Was war mit diesem Gespräch beabsichtigt? Welche Inhalte sollten thematisiert werden? Warum nahmen Sie das Ihnen angebotene Gespräch mit dem Abteilungsleiter 4 des Kanzleramtes, Herrn Professor Dr. Röller, zunächst nicht an?

Das sind ja strafunbewehrte Fragen, die Sie eigentlich nach meiner Ansicht in jedem Fall beantworten müssen, weil sie natürlich strafunbewehrt sind und dementsprechend auch aufgeklärt werden müssen. Ich bitte, das noch mal zu überdenken, dass das natürlich ein ganz relevanter Teil für die Rechtsfolge ist, die wir natürlich

als Ausschuss in der Zukunft wahrzunehmen haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Dann schließe ich die Befragung von Herrn Braun und bin schon etwas verwundert, dass hier die Glaubwürdigkeit nicht erhöht wird, indem man doch zumindest mal bei einigen wenigen Fragen einen Beitrag leisten will, um im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des Rechtsstaats, im Interesse des Gesetzgebers und im Interesse der Öffentlichkeit Schaden von unserem Land abzuwehren - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Und ich setze jetzt auch wieder den - -

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):
Der Kollege hat noch!)

- Du hast noch? - Okay. Alles klar. Bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Eine abschließende Frage für die Union habe ich dann doch noch. Und zwar würde mich interessieren, ob Sie das Geschäftsmodell von Wirecard verstanden haben. Also, nicht wie es war, sondern mich interessiert, ob Sie es verstanden haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich weiterhin auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön. - Dann schaue ich noch mal, auch zum Kollegen Güntzler. - Die CDU ist dann - - Okay. Dann würde ich meinen Hut jetzt absetzen und mein Glück noch mal versuchen.

Die Ausführungen von Dan McCrum waren für mich mehr als erschütternd und auch irritierend. Er sprach von bis zu 28 Privatdetektiven, die auf ihn oder Kollegen der „Financial Times“ im Zusammenhang mit der Berichterstattung Ihres Unternehmens angesetzt waren. Ist Ihnen bekannt



Nur zur dienstlichen Verwendung

und wissen Sie, wenn ja, wer diese 28 Detektive veranlasst und auf den Weg gebracht hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich weiterhin auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War die Wirecard AG in irgendeiner Form darin verwickelt, was dann dazu führte, dass Dan McCrum in den infrage stehenden Jahren seinen Computer in einen betonummantelten Raum bringen musste fernab vom Internet, weil Hackerangriffe auch auf Informanten gefahren worden sind? Können Sie ausschließen, dass die Wirecard AG an solchen Aktionen im fraglichen Zeitraum beteiligt war?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen bekannt, dass der Kollege Marsalek mit schon hier genannten Namen Gattringer und Brigadier Gustenau, nach wie vor Mitglied, glaube ich, im Innenministerium der österreichischen Regierung - so laut Ausführung eines Zeugen bzw. Sachverständigen vor 14 Tagen -, geplant hat, eine Söldnerarmee von 10 000 bis 15 000 Mann in Libyen aufzubauen mit dem Zwecke, die Südgrenze Libyens zu sichern?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Laut Sachstandsbericht Bundesministerium für Finanzen „Wirecard“ teilte die Bezirksregierung Niederbayern der BaFin am 25. Februar 2020, erneut am 27. Mai 2020 mit, dass sie sich als zuständige Geldwäschebehörde über die Wirecard AG ansieht. Haben Sie von dieser Auffassung der Bezirksregierung Niederbayern gewusst, war sie Ihnen bekannt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns mitteilen, wie die Zuständigkeitsverteilung zum damaligen Zeitpunkt bei Ihnen eingeschätzt wurde und wer Geldwäschebeauftragter war?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie mir zumindest sagen, warum für den Zeitraum 2014 bis Oktober 2020 - gut, da war es zu spät - kein Prüfungsausschuss in Ihrem Aufsichtsrat installiert war, was ja doch ein durchaus sehr wichtiges und, ich denke mal, auch mit Ihrer Sachkenntnis - das haben der Kollege de Masi und Sie auch ausgeführt, dass Sie im Wirtschaftsprüfungsbereich groß geworden sind, bei KPMG Consulting, wenn ich das richtig notiert habe - - Können Sie mir darlegen, wieso dann jemand, der aus diesem Bereich kommt, es zulässt, dass sein Aufsichtsrat doch dieses wichtige Instrument des Ausschusses nicht hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie mir erklären, warum die Bayerische Landesbank in den Jahren 2017, 2018 einen dreistelligen Millionenkredit Ihrer Wirecard AG verweigert hat und sogar simultan Geldwäscheverdachtsmitteilung an die Financial Intelligence Unit, also unsere Geldwäschebehörde in Köln, geschickt hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich gerne noch wissen - das habe ich mir auch extra notiert, wo ist es - - Hier geht es lediglich um Kontakte zum Bundesministerium für Wirtschaft. Was können Sie uns zu Ihren Kontakten zum Bundesministerium für Wirtschaft und Energie während des Untersuchungszeitraums, also nochmals: 1. Januar 2014 bis 1. Oktober 2020, sagen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Laut einer E-Mail von Stefan Schnorr, Leiter der Abteilung Digital- und Innovationspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft, an mehrere Kollegen hatten Sie ein Gespräch mit ihm im März 2017. Dabei sollen



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch mögliche Kooperationen besprochen worden sein. Diese Mail finden Sie auch entsprechend auf MAT A BMWi-11.18, Blatt 184. Können Sie uns aus diesem Gespräch etwas darlegen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann sage ich auch an dieser Stelle - ich glaube, ich werde Sie da heute auch tatsächlich zu keiner Beantwortung der Frage bringen -, dass es mich auch persönlich schon trifft und enttäuscht - ich hatte von einer historischen Tragweite dieses Skandals und dieser Pleite gesprochen -, dass im Moment zu keinerlei Fragen eine Mitwirkungspflicht oder Beantwortung erfolgt, und, ich denke, auch die Menschen, die Öffentlichkeit, die Anleger, die Mitarbeiter, viele Menschen, die davon betroffen sind, auch Dan McCrum. 28 Detektive, das spricht für sich. Das enttäuscht mich. Ich hatte mir erhofft - klar, Hoffnungen müssen sich nicht erfüllen -, dass Sie heute mitwirken. Aber ich bin dann auch mit meinen Fragen, aber nicht mit meinem Latein am Ende und würde dann den Hut des Vorsitzenden wieder aufsetzen und das Fragerecht an die SPD geben. Wer möchte? - Frau Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Braun, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement oder in Ihrem Statement gesagt, weder die Aufsichtsbehörden noch der Aufsichtsrat oder Wirtschaftsprüfer hätten pflichtwidrig gehandelt, sondern wären getäuscht worden. Wen meinen Sie genau mit „Aufsichtsbehörden“, können Sie das noch mal konkreter benennen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie werden von der Staatsanwaltschaft als Kontroll- und Steuerungsinstanz bezeichnet. Können Sie mir sagen, ob Mitglieder des Aufsichtsrates, ein Wirtschaftsprüfer oder einzelne Wirtschaftsprüfer oder Mitarbeiter eingeweiht waren? Wer wusste von diesem Lügengebilde?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann ist mir aufgefallen, dass Sie keinen Betriebsrat haben, in keiner der Tochtergesellschaften, und auch die unternehmerische Mitbestimmung lässt zu wünschen übrig. Das ist für ein DAX-Unternehmen sehr ungewöhnlich: keine Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat, kein Prüfungsausschuss im Aufsichtsrat. Warum eigentlich?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie bewusst Kontrollgremien oder Auskunftsrechte ver- und behindert?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann möchte ich noch zur Kommunikation mit der Kanzlerin und Spitzberg Partners einige Fragen stellen. Sie haben im November 2018 um einen Termin bei Bundeskanzlerin Merkel gebeten. Warum?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ging es möglicherweise um einen Markteintritt in China? Waren Spitzberg Partners und Karl-Theodor zu Guttenberg auch über diesen Sachverhalt, über diesen Markteintritt beauftragt, hier Kontakte zu beschaffen und dafür auch zu sorgen, dass Wirecard unterstützt wird in diesem Vorgehen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie mir vielleicht sagen, in welcher Höhe Herr Guttenberg kompensiert wurde?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, Sie waren - - Man hatte den Eindruck, Sie sind frisch aus der Pause zurückgekommen, weil Sie haben ja ein paar Sachen beantwortet. Und ich möchte tatsächlich, weil Sie da noch mal das konkretisiert haben, auf die Wirtschaftsprüfer eingehen. Sie hatten explizit KPMG genannt - - Entschuldigung, EY genannt, dass Sie die meinen, wenn Sie sagen: Auch die Wirtschaftsprüfer wurden getäuscht. - Jetzt war PwC der Abschlussprüfer der Wirecard Bank. Würden Sie das auch auf PwC erweitern?

Zeuge Dr. Markus Braun: E & Y war unser Wirtschaftsprüfer bis 2018. 2019 ist erst dieser Wechsel erfolgt. Da wurde Pricewaterhouse Wirtschaftsprüfer. Und zum Abschluss 2019 ist es ja nicht gekommen. Das heißt, rein unter logischen Gesichtspunkten habe ich vor allem E & Y gemeint.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Dann Stichwort Aufsichtsrat auch noch mal. Es gab da ja sehr viel Konstanz bei einigen Personen; aber es gab auch einige Wechsel, unter anderem ist Frau Kleingarn von sich aus zurückgetreten. Hat dieser Rücktritt damals bei Ihnen irgendetwas ausgelöst, oder haben Sie nachgefragt, was die Gründe für den Rücktritt waren, und dadurch vielleicht irgendetwas im Unternehmen veranlasst?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und im Februar 2019 haben Sie Herrn Marsalek 50 Millionen Euro geliehen. Wissen Sie, wofür Herr Marsalek das Geld benötigt hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und kommt es Ihnen nicht merkwürdig vor, dass Ihre Bank bei diesem Geschäft offenbar eine Geldwäschverdachtsmeldung abgegeben hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich beziehe mich auf mein Statement.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also auch wir haben uns das natürlich ein bisschen anders vorgestellt, muss ich sagen. Und auch wir glauben, dass die Fragen, die wir gestellt haben, sicherlich nicht alle von Ihrem Aussageverweigerungsrecht gedeckt sind, und würden Sie deshalb da wirklich auch noch mal inständig auffordern, das noch mal zu überlegen und sich eventuell auch noch mal mit Ihrem Rechtsbeistand zu beraten, ob das Verfahren, was Sie hier gewählt haben, wirklich nachhaltig das richtige ist. - Wir haben dann erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, vielen Dank, Dr. Zimmermann, vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Dann geht es weiter mit Dr. Toncar für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Braun, Sie haben auf die Frage des Kollegen Hauer vorhin nach der Aussage gesagt, es läge nicht an Ihnen, wann die Aussage vor der Staatsanwaltschaft zu erwarten sei. Heißt das, Sie sind jederzeit aussagebereit, und es liegt an anderen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Da ist ja nun zu dem Punkt gerade - - Das Statement hat ja gerade Anlass zur Nachfrage gegeben, und Sie haben sich dazu ja eingelassen.

Zeuge Dr. Markus Braun: Im Statement steht, ich habe meine Kooperationsbereitschaft angeboten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und Sie haben mündlich ausgesagt: Das liegt nicht an Ihnen.

Zeuge Dr. Markus Braun: Bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben mündlich auf Nachfrage ausgesagt, es liege nicht an Ihnen, wann das stattfindet. Dann stellt sich doch die Frage: An wem liegt es eigentlich dann?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich beziehe mich auf das Statement. Da steht klar drin: Ich habe Kooperationsbereitschaft angeboten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das habe ich vernommen. Ich bin des Hörens mächtig. Ich habe vernommen, dass Sie Kooperationsbereitschaft angedeutet haben. Und dann haben Sie mündlich gesagt: Es liegt nicht an mir. - Und ich stelle nur fest, dass Sie diese Frage nicht beantwortet haben.

Bitte denken Sie zumindest nicht, dass man solche Aussagen dann irgendwie mit Gewicht versteht. Das ist Schall und Rauch, wenn man dann in Andeutungen da verbleibt. Es liegt selbstverständlich an Ihnen, wann Sie aussagen wollen.

Ich habe noch Fragen zur Sache: Am 10.03.2020 war ein Gespräch des Vorstands der Wirecard AG mit der BaFin geplant, das dann nicht zustande kam. Wer sollte dort seitens der BaFin teilnehmen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ein Leben im Dunkeln. Fast alles, fast jeder Schritt ist offensichtlich strafrechtlich gefährlich. Ich wollte nicht mit Ihnen tauschen.

Wer war im Vorstand der Wirecard AG für die politischen und regulatorischen Kontakte zuständig nach der Geschäftsverteilung des Vorstands?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Jan Marsalek erklärte in einer auf seinen Wunsch zustande gekommenen Vernehmung oder Aussage bei der Staatsanwaltschaft München am 21.02.2019 - Zitat -: Seit Zatarra bin ich für die Feindaufklärung zuständig. - Hatten Sie Kenntnis davon, dass sich Herr Marsalek selbst für die Feindaufklärung für zuständig hielt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich bleibe bei meinem Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Spielte in den Jahren 2015 bis 2020 Paul Bauer noch eine Rolle als Berater oder in einer anderen Funktion für die Wirecard AG?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sind Ihnen nach dem Tod von Christopher Bauer mögliche Theorien, Gerüchte oder Erklärungen über den Kausalverlauf im Zusammenhang mit dessen Versterben bekannt geworden? Hat sich irgendwer an Sie gewendet, um dazu Ihnen Informationen oder Hinweise zu geben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat der Abschlussprüfer Ernst & Young während der Zeit, wo er Abschlussprüfer war, Beratungsleistungen für die Wirecard AG erbracht, und, wenn ja, welche?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Ihnen jemals bekannt geworden, dass sich die Wirtschaftsprüferaufsichtsstelle APAS an die Wirecard AG gewandt hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke, vertreten durch Herrn De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Braun, auch der Presse war zu entnehmen, dass die Staatsanwaltschaft München der Auffassung ist nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen, dass Sie „innerhalb der Bande“ - das ist das Zitat -, „innerhalb der Bande als Kontroll- und Steuerungsinstanz“ fungiert hätten. Möchten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie dieser Feststellung der Staatsanwaltschaft hier widersprechen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich stelle Ihnen jetzt einige Fragen zu Bekanntschaften mit Personen, und ich gehe davon aus - - Ich gebe Ihnen die Möglichkeit, zu dementieren, dass Sie diese Personen kennen. Ich gehe davon aus bei Nichtbeantwortung, dass das kein Dementi ist. Sind Sie jemals begegnet oder standen im Austausch mit Herrn Waldemar Kindler, dem ehemaligen Polizeipräsidenten in Bayern?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Standen Sie jemals im Austausch mit Herrn Fritsche, Klaus-Dieter Fritsche, ehemaliger Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich stelle fest, Sie dementieren das nicht. Sie dementieren auch nicht eine Bekanntschaft mit Herrn von und zu Guttenberg, korrekt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise noch einmal auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie dementieren auch keine Bekanntschaft mit Henry O'Sullivan?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Ich kehre noch einmal zu einer früheren Frage zurück, die ja vielleicht auch angesichts Ihrer Familie relevant ist. Sie können auch nicht dementieren, dass Wirecard jemals Zahlungsabwicklung für Kinderpornografie betrieben hat?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement, bitte darum, meine Familie hier außen vor zu lassen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das müssen Sie ja entscheiden, wie Sie hier die Fragen beantworten. - Gut. Dann möchte ich Sie weiterhin fragen, ob Sie konkretisieren können den Zeitpunkt. Sie haben ja vorhin gesagt, wenn ich das richtig notiert habe - korrigieren Sie mich -, Sie schließen nicht aus, zu einem späteren Zeitpunkt hier eine Aussage zu treffen. Bis wann - -

Zeuge Dr. Markus Braun: Das haben Sie korrekt verstanden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das habe ich falsch verstanden?

Zeuge Dr. Markus Braun: Das haben Sie korrekt verstanden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das habe ich korrekt verstanden. Das ist ja schön. - Können Sie mir dann vielleicht erläutern, bis zu welchem Zeitpunkt Sie in der Lage wären, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob Sie gnädigerweise hier ausagebereit wären?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie eingrenzen, ab wann Sie bereit wären, der Staatsanwaltschaft - - Also, wären Sie zum Beispiel morgen bereit, der Staatsanwaltschaft Ihre Kooperation zu offenbaren?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe meine Kooperationsbereitschaft angeboten. Das ist Vergangenheitsform.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das heißt, ab morgen wären Sie bereit, eine Aussage bei der Staatsanwaltschaft zu tätigen, umfassend?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. Gut, das ist ja mal immerhin was. - Steht zwei zu zwei dann, ja? -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Darf ich Sie fragen, ob Sie jemals Kontakt hatten zu Nachrichtendiensten folgender Länder: Russland, Bundesrepublik Deutschland, Republik Österreich, Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie weiterhin gerne fragen: Mir wurde geschildert - und das ist auch nachzulesen in diesem Buch „Die Wirecard-Story“ -, dass Sie durchaus eine sehr dominante Person gewesen seien und verlangt hätten öfters nach Herrn Marsalek, und er hätte dann auch anzutanzeln gehabt. Können Sie das bestätigen, dass Sie die Hosen anhatten in Ihrem Verein?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, Sie können das nicht bestätigen offenbar. - Dann möchte ich Sie weiterhin fragen: Wie kamen Sie zu der Einschätzung, da Sie ja sehr viel auch mit Fluglinien wie Air Berlin zusammengearbeitet haben, dass Sie von der Coronapandemie, wo es ja zu hohen Verlusten in dieser Branche kam, dass Sie davon nicht betroffen seien, also im Bereich des Risikos?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie jetzt noch einmal befragen, welche Ziele Sie mit der Übernahme von AllScore Payments in China verfolgt haben.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich möchte Sie zum Abschluss fragen, ob Sie dieses Buch schon gelesen haben.

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) hält ein Buch hoch)

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Darf ich Ihnen dieses Buch mitgeben für Ihren Aufenthalt in der Zelle? Brauchen Sie etwas Literatur?

(RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm: Das können Sie sich sparen!)

Zeuge Dr. Markus Braun: Brauche ich nicht. Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege De Masi. - Das Wort hat jetzt Bündnis 90/Die Grünen. Dr. Bayaz, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Braun, ich will von Ihnen wissen: Sind Sie heute das erste Mal im Deutschen Bundestag?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie denn schon mal - das ist ja sehr nahe liegend, geografisch wie auch rhetorisch - im Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Fangen wir doch mal an. Da waren Sie ja gesprächsbereiter bei den jungen Jahren, wenn ich das so sagen darf. - KPMG Consulting, welche Stufe haben Sie denn da bekleidet? Waren Sie Consultant oder Partner? Können Sie das sagen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich habe nur mich bezüglich meines Lebenslaufs eingelassen - wie gesagt, das ist richtig -, dass ich bei der KPMG war, aber eben nicht bei der Wirtschaftsprüfungssparte, sondern bei der Consulting-Sparte. Ansonsten verweise ich auf mein Statement.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sind Sie denn von KPMG dann zu Wirecard



Nur zur dienstlichen Verwendung

gekommen? Haben die Sie angesprochen, haben Sie sich dort beworben? Wie ist das - -

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es eigentlich Gründe, dass Wirecard in Aschheim die Firmenzentrale hat? Da muss es ja Gründe für gegeben haben. Ich war noch nie dort. Ich kenne Aschheim nicht, aber vielleicht gibt es ja Gründe, die nachvollziehbar sind.

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Statement, auf das Sie jetzt ja wahrscheinlich 150-mal verwiesen haben, haben Sie das eigentlich alleine verfasst, oder haben Sie da rechtliche Unterstützung bekommen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Da habe ich rechtliche Unterstützung bekommen bei.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Staatsanwaltschaft - Sie haben das jetzt mehrmals angesprochen; können Sie darüber was sagen? -, ist denn da etwas terminiert, wo Gespräche stattfinden werden?

Zeuge Dr. Markus Braun: Wie gesagt, ich darf auf das Statement verweisen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, weil Sie sehr oft auf die Staatsanwaltschaft verweisen, dass dort möglicherweise auch über einen Deal, ich sage das jetzt mal so flapsig, verhandelt, gesprochen wird?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf das Statement.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich in die Runde. Gibt es noch Fragebedarf? - Bitte schön, Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich habe zwei weitere Fragen. - Herr Dr. Braun, Sie haben ja dargestellt, dass sich Politik und Aufsichtsbehörden keinen Vorwurf zu machen brauchen, dass sie den Betrug bei Wirecard nicht hätten erkennen können. Wer hätte ihn denn nach Ihrer Auffassung erkennen müssen, und zählen Sie zu diesem Personenkreis?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie abschließend fragen: Uns liegt hier auch aus dem Aufsichtsrat eine Darstellung vor, wonach bereits in früheren Jahren - das bezieht sich noch auf die Jahre, wo EY tätig war; ich beziehe mich auf MAT C Z 35.01 - Sie nur sehr knapp überhaupt noch ein Testat bekommen haben und dass unter anderem Ihre Berufung als Vorstand, Ihre Wiederberufung innerhalb von 24 Stunden unter erheblichem Druck beschlossen wurde. Möchten Sie dieser Darstellung widersprechen?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, ich schaue erst mal, weil jetzt wären wir ja - - Aber war keiner. Bitte schön, Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Braun, ich komme noch mal zurück auf den 5. November 2019, der ja für uns natürlich durch den Besuch des Staatssekretärs, der gleichzeitig Verwaltungsratsvorsitzender der Bankenaufsicht ist - - Und es war ja Ihr Geburtstag. Und der Hintergrund, dass wir in Erfahrung gebracht haben, dass das Büro, das Sekretariat des Staatssekretärs den Termin dringlich gewünscht hat, sodass der ja nicht [sic!] an dem Geburtsauftrag letzten Endes auch stattfand - - Ging es bei dem Gespräch am 05.11.2019 auch um den Kredit bei der Commerzbank, die ja eine Staatsbeteiligung hat? Und dieser Kredit war ja einer der wenigen Kredite, wo eine Bank sich gewissermaßen aus einer größeren Summe entlastet hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die anderen Banken haben volle Verluste. Hier ging es um einen Rückgang der Kreditebene. Hat das damit zu tun gehabt, dass hier eine Verbindung, Staatsbeteiligung Commerzbank, was ja man durchaus im Interesse des Staates vielleicht auch machen kann - - Ging es da um dieses Thema?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Dann hätte ich abschließend auch noch eine Frage; die kann ich mir nicht verkneifen. Abschließend: Zumindest für den Zeitraum 01.01.2014 bis 1. Oktober 2020 ist ja offensichtlich einiges schiefgelaufen, auch in Ihrem Unternehmen. Würden Sie das alles, was Sie in der Zeit getan haben, so wieder tun, was Sie in dieser Zeit getan haben?

Zeuge Dr. Markus Braun: Ich verweise auf mein Statement.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann habe ich auch keine weiteren Fragen. - Ich schaue noch mal in die Runde. - Dann stelle ich zunächst fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir die Befragung für heute beenden.

Ich mache aber auch drauf aufmerksam und auch zum Rechtsbeistand, dass wir als Ausschuss selbstverständlich unsere weiteren rechtlichen Möglichkeiten nach der hier heute nicht an den Tag gelegten Kooperationsbereitschaft prüfen werden. Wir werden insbesondere nach § 22 Absatz 4 die Glaubhaftmachung verlangen.

Da komme ich jetzt auch gleich in den Protokollierungsprozess hinein, der Sie ja auch betrifft. Dort wird ja alles protokolliert sein. Und ich habe auch vernommen - und das bitte ich zu protokollieren; das war für mich eine Erklärung gegenüber dem Kollegen De Masi -, dass Sie zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Aussagen vor der Staatsanwaltschaft getätigt worden sind, zu einer Kooperationsbereitschaft bereit sind. Und da nehme ich Sie dann auch beim persönlichen Ehrenwort.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings auch noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll über Ihre Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage oder Nichtaussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken; wünsche Ihnen beiden noch einen guten Tag, auch eine gute Reise. Bleiben Sie gesund, und hoffentlich dann auf ein kooperativeres Wiedersehen. - Vielen Dank.

Zeuge Dr. Markus Braun: Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann in eigener Sache: Wir haben festgestellt, dass die Einwände berechtigt waren, dass es heute noch eine Namentliche gibt. Also, einen Donnerstag ohne Namentliche gibt es nicht. Die ist jetzt terminiert aktuell, haben wir uns beim Präsidium erkundigt: Debatte 16.23 bis 17.03 Uhr. Wir hängen also etwas. Das heißt, so gegen 17 Uhr hätten wir eine Namentliche.

(Zuruf: Und eine halbe Stunde Zeit!)

- Und eine halbe Stunde Zeit, genau. Da ist die Frage, ob wir jetzt schon beginnen wollen.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):
Ja!)

Ja? - Ich sehe überall Kopfnicken. Dann teile ich das aber auch der Zeugin mit, dass wir einmal kurz unterbrechen. - Dr. Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, die Medienvertreter wünschen Statements, ich glaube, von allen Fraktionen. Das sollten wir auch machen, damit die weiter arbeiten können. Und die Zeit kann man ja nutzen, um die Zeugin Kleingarn schon mal einzuladen. Aber ein paar Minuten sollten wir uns da, glaube ich, auch selbst genehmigen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, mir ist das egal. Also, von mir aus. Dann würde ich sagen, ich nehme das mal als Antrag zur Geschäftsordnung. Wir unterbrechen jetzt, damit ein paar Statements abgegeben werden können.

(Zuruf: Frau Kleingarn
wird ihre Zeit auch brauchen!)

- Ja, denke ich auch. Dann machen wir das so. Und dann geben wir alle ein Statement ab. Machen wir es. Dann unterbreche ich zunächst mal auf Verdacht bis 16.30 Uhr. Gut.

(Unterbrechung von
16.07 bis 16.36 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung der Zeugin Tina Kleingarn

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann setze ich die öffentliche Sitzung fort. - Frau Kleingarn, ich heiße Sie recht herzlich willkommen. Neben Ihnen kann Ihr Rechtsbeistand, Herr Dr. Boerger, Platz nehmen. Auch ihn heiße ich sehr willkommen und danke für die sehr konstruktiven Gespräche im Vorfeld, die uns, glaube ich, auch zusammen schon ein ganzes Stück weitergebracht haben.

Ich darf Sie alle beide auch noch einmal im Namen des Ausschusses herzlich willkommen heißen.

Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie die Zeugin beraten, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie noch Fragen dazu?

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Frau Kleingarn, ich bin zunächst gehalten, Sie über Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum Beispiel für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten

Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt gemacht worden sind. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann möchte ich Sie weiter darauf hinweisen, dass eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon, wenn Sie sprechen - das gilt gegebenenfalls auch, wenn es um eine Aussage noch einmal geht -, betätigen. Das geht ganz einfach: Sie drücken entsprechend auf den hübschen Schalter mit der Hand. Ein rotes Licht - und dann sind Sie sprechfähig, ins Mikrofon.

Die Aufnahme wird ... (akustisch unverständlich)

(Zurufe: Mikro!)

Quod erat demonstrandum. Sehr schön! - Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen darum, bei der Aktenvorlage unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen. Die entsprechenden Angaben stehen oben auf der jeweiligen Seite.

Nun mein letzter Hinweis an die Zeugin. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich Sie um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert wurden, nochmals mündlich zu erklären.

Der Untersuchungsausschuss soll das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den Wirecard-Konzern - - auch im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Wirecard-Konzern und dem Zusammenwirken mit anderen öffentlichen sowie privaten Stellen umfassend untersuchen. Dabei soll unter anderem aufgeklärt werden, inwiefern die Bundesregierung und ihre Geschäftsbereichsbehörden jeweils über die Vorkommnisse informiert waren und inwiefern sie ihren finanzaufsichtsrechtlichen, geldwäscheaufsichtsrechtlichen sowie steuerrechtlichen Pflichten im Hinblick auf den Wirecard-Konzern nachgekommen sind. Beschränkt ist die Untersuchung auf den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 1. Oktober 2020.

Frau Kleingarn, ich würde Sie zunächst zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

Zeugin Tina Kleingarn: Tina Kleingarn, ich bin 46 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED] und bin Beraterin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Frau Kleingarn, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr Ihren Zusammenhang darlegen

und was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. - Sie sehen, wir haben auch in einer anderen Hinsicht Wort gehalten. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Zeugin Tina Kleingarn: Danke. - Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Ich gehe davon aus, dass Sie heute auch von mir wissen wollen, warum ich vor drei Jahren mein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats der Wirecard vorzeitig niedergelegt habe.

Vorab ein paar einordnende Fakten. Ich wurde im Juni 2016 in den Aufsichtsrat der Wirecard bestellt. Auf Initiative des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden wurde der Aufsichtsrat von drei auf fünf Mitglieder erweitert. Die Bestellung betraf nur die Wirecard AG und nicht den Aufsichtsrat der Wirecard Bank. Als neues Aufsichtsratsmitglied verfügte ich über ein Profil an hoher Expertise in den Bereichen Kapitalmarktkenntnis, Controlling, M&A und Finanzierung, das in dieser Form bisher so im Aufsichtsrat noch nicht vertreten war. Die erste ordentliche Aufsichtsratssitzung fand im September 2016 statt. Ein Jahr später, im September 2017, gab ich meine Niederlegung bekannt. Damit deckt meine 18-monatige Amtszeit nur einen Bruchteil des zu beleuchtenden Aufklärungszeitraums des Untersuchungsausschusses von sechseinhalb Jahren. Die genaueren Beweggründe meines Rücktritts habe ich Ihnen bereits durch eine Kopie meines Niederlegungsschreibens vorab zukommen lassen.

Zu Beginn möchte ich klarstellen: Während meiner anderthalbjährigen Amtszeit habe ich mir nicht vorstellen können, dass die Vorstände der Wirecard AG in betrügerische Verhaltensweisen involviert sein könnten. Die dramatische Entwicklung der Ereignisse in diesem Jahr als auch die dazugehörige in Teilen abenteuerliche Berichterstattung waren für mich ein Schock.

In 2016 habe ich mein Amt mit Enthusiasmus und voller Motivation angetreten. Ich habe ein aufstrebendes Wachstumsunternehmen vorgefunden mit einer strategisch überzeugenden Ausrichtung, das allerdings hemdsärmelig geführt



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde und dessen Strukturen mehr denen eines Start-ups als eines börsennotierten Konzerns entsprachen. Mit der Zeit wurde mir mehr und mehr bewusst, dass diese Strukturen und die Governance professionalisiert werden mussten.

Von meinen Aufsichtsratskollegen fühlte ich mich geschätzt. Meine Stimme und Ansichten fanden in der Diskussion Gehör. Allerdings hätte ich mir im Aufsichtsrat mehr Konfliktbereitschaft und Unterstützung gewünscht, um die Governance effektiv zu verbessern. Hierzu gehört auch, unbequeme Themen zu adressieren und unbequeme Entscheidungen gegen den Vorstand durchzusetzen. Aus meiner Wahrnehmung wäre das stärker erforderlich gewesen.

Die Gründe meiner Niederlegung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Ich habe im Laufe meiner Amtszeit festgestellt, dass zwischen meinen eigenen Vorstellungen einer adäquaten Corporate Governance und der gelebten Praxis bei Wirecard eine große Diskrepanz besteht. Ich habe mich intensiv bemüht, die vielen meiner Ansicht nach unbefriedigenden Zustände zu verbessern. Nach einem Jahr habe ich realisiert, dass ich meine Vorstellung nicht ausreichend würde umsetzen können. Diese Erkenntnis war schmerzhaft. Nach reiflicher Überlegung habe ich mein Amt nach der satzungsgemäßen Frist von drei Monaten niedergelegt. Trotz der damaligen Erfolgsgeschichte des Unternehmens wollte ich diese Governance nicht verantworten. Am Ende war es für mich eine Frage der persönlichen Haltung.

Schlussendlich möchte ich anführen: Ich schätze den politischen Aufklärungswillen wie auch den investigativen Journalismus, der den Fall ins Rollen und ans Licht gebracht hat. Mit meiner heutigen Aussage möchte ich meinen Beitrag zur Aufklärung leisten. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Frau Kleingarn. Vielen Dank auch für die, wie ich finde, für mich bewegenden Worte.

Wir gehen jetzt in der bewährten Manier vor. Die erste Runde, das ist eine Stunde. Nach bestimmtem Schlüssel fragen Sie dann die Kollegen. - Ich

gebe jetzt zunächst das Wort an den Kollegen Hauer. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Kleingarn, vielen Dank, dass Sie angekündigt haben, Ihren Teil zur Aufklärung leisten zu wollen.

Mich würde interessieren: Als Sie 2016 in den Aufsichtsrat der Wirecard AG gekommen sind, zu dem Zeitpunkt gab es ja bereits Vorwürfe, die in der „Financial Times“ gegen Wirecard erhoben wurden. Was hat Sie dennoch bewogen, das Aufsichtsratsmandat anzunehmen, und wie ist man da auf Sie gekommen? Das wäre als Erstes die Frage. - Sie können direkt antworten.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich notiere Ihre Frage. Die war etwas länger. - Wie bin ich in das Mandat gekommen? Ich hatte in 2015 im Rahmen meiner Beratungstätigkeit ein Projekt im Payment-Sektor, in dem es um einen Verkauf eines kleinen Start-ups ging. In diesem Zusammenhang habe ich einen Kontakt zu Wirecard gesucht, da die Wirecard durchaus ein möglicher Erwerber dieses Unternehmens gewesen ist, und habe über den Aufsichtsratsvorsitzenden, den ich durch einen Kontakt in Frankfurt kennengelernt hatte, den Kontakt zum Unternehmen gesucht. Dieser wurde dann auch über den damaligen CFO hergestellt, und ich habe dann das Akquisitionsprojekt mit der M&A-Abteilung der Wirecard besprochen, die das dann jedoch später verworfen hat.

Im Anschluss bin ich mit dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden in Kontakt geblieben. Wir haben uns ab und zu mal ausgetauscht. Später ergab es sich, dass er seinen Büroort auch wechselte, in eine gemeinsame Büro-WG; da sind sechs, sieben Parteien drin. Und er hatte mich zu der Zeit, als er noch eine Anstellung bei einer Bank hatte, auch gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, vielleicht Aufsichtsrätin zu werden bei der Wirecard.

Ich war ja bereits in dem Sektor tätig - Payments -, hatte auch generell Interesse an einer Aufsichtsratsstätigkeit, brachte auch die entsprechenden Qualifikationen mit. Und so hat sich das



Nur zur dienstlichen Verwendung

über das nächste Jahr entwickelt, von dem Zeitpunkt, von dem ich jetzt spreche. Das muss Mitte 2015 oder - ja - erstes, zweites Quartal 2015 gewesen sein. Und es folgte dann auch ein Besuch in Aschheim, um mich dem CEO vorzustellen.

Ich finde es wichtig, wenn Sie ein Amt in einem Aufsichtsrat bekleiden, dass Sie im Vorfeld schon mal den CEO kennenlernen, um sich eine Meinung zu machen: Können Sie mit ihm vertrauensvoll zusammenarbeiten? Und diese Frage habe ich damals bejaht.

Um auf den anderen Teil Ihrer Frage zu kommen, zu den Vorwürfen. Es ist absolut richtig, dass damals schon was im Raum stand. Ich erinnere weniger „Financial Times“-Artikel. Ich erinnere mich insbesondere an den Zatarra-Report. Ich habe gegenüber dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden diesen Report adressiert und sozusagen glaubhaft versichert bekommen, dass zum einen diesen Vorwürfen keine Grundlage dient und dass zum anderen auch der Wirtschaftsprüfer mit der Aufarbeitung dieser Vorfälle beauftragt wurde und dass da nichts ist. Das war für mich wichtig und diese Antwort zufriedenstellend.

Und natürlich mache auch ich meine Due Dilligence, bevor ich in ein Unternehmen gehe, und hatte auch mitbekommen, dass es ja auch schon mal, noch weiter in der Vergangenheit, eine Anschuldigung gab, die dann aber auch letztlich gegen den - - also für die Wirecard entschieden worden war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht dazu noch einmal ergänzend. Sie hatten gesagt, Sie hatten das adressiert, den Zatarra-Report. Das war, bevor Sie das Mandat übernommen haben, oder war das dann im Aufsichtsrat später?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, nein. Das war in 2- - Ich kann Ihnen jetzt nicht ganz genau sagen, wann dieser Report war, aber das war, bevor ich in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Meines Erachtens - aber das ist ja nachzuschauen - kam dieser Report im Frühjahr 16. Ich kann es Ihnen aber nicht mehr genau sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie Herrn Dr. Braun bis dahin nicht kannten?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein. Ich hatte Herrn Braun im Rahmen dieser Anbahnung für ein Aufsichtsratsmandat im September 15 kennengelernt, auf meinen Wunsch und auch auf Initiative des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann haben Sie Herrn Marsalek kennengelernt?

Zeugin Tina Kleingarn: Herrn Marsalek habe ich am Tag der Wahl in den Aufsichtsrat kennengelernt. Ich meine mich zu erinnern, dass wir am Morgen, vor der Hauptversammlung, ein Kennenlernfrühstück hatten, zu dritt mit dem weiteren Aufsichtsratsmitglied, das damals neu in das Gremium gewählt wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aus Ihrer heutigen Einschätzung, gespickt durch die Erfahrung, die Sie damals gemacht haben: Wie würden Sie es einschätzen? Welche Rolle kam Markus Braun zu, und welche Rolle kam Jan Marsalek zu? Wer war wofür zuständig, und wer hat die Fäden in der Hand gehalten?

Zeugin Tina Kleingarn: Können Sie es bitte einmal präzisieren? - Wer war für was zuständig?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. Einerseits war sozusagen - - Derjenige, der die Fäden in der Hand hielt, war das der CEO, wie das von den Funktionen eher - -

Zeugin Tina Kleingarn: Sie fragen mich gerade, wer der Chef im Haus war?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau.

(Heiterkeit)

Zeugin Tina Kleingarn: Das war der CEO, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war auch nicht nur formal so, sondern Sie hatten auch den Eindruck damals, dass das Heft des Handelns Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Braun in der Hand hat und nicht unbedingt Herr Marsalek?

Zeugin Tina Kleingarn: Na ja, damals, als ich bestellt wurde, im Juni 2016, hatte ich ja Herrn Braun erst einmal, ein halbes Jahr vorher, getroffen und mit Herrn Marsalek auch nur gefrühstückt, ja. Das habe ich in dem Moment noch nicht so - - Da habe ich mir gar nichts in die Richtung gedacht. Aber ich würde mal sagen, dass durch das darauffolgende Jahr und natürlich durch die Sitzungen, die wir im quartalsweisen Rhythmus hatten, ich mir natürlich schon ein Bild machen konnte. Und da würde ich schon sagen: Herr Dr. Braun war natürlich der CEO. Natürlich war er formell der CEO, aber ich würde sagen, er war auch der Chef im Haus. Aber es gab natürlich noch zwei weitere Vorstände, und die waren auch in der Regel - - Aufsichtsratssitzungen wurden mit diesen drei Vorständen geführt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist Ihnen denn zu irgendeinem Zeitpunkt ein Verdacht gekommen, dass bei der AG irgendwas nicht stimmt?

Zeugin Tina Kleingarn: Dass irgendwas nicht stimmt?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Dass irgendwas Rechtswidriges passiert.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, die Governance hat da in meinen Augen nicht richtig gestimmt. Das habe ich Ihnen ja auch - - in dem Niederlegungsschreiben zum Ausdruck gebracht. Aber ich hatte, wie ich es auch eben erläutert habe, mir nicht vorstellen können, dass hier Betrug stattfindet, und ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ich betrogen werde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie liefen denn die Aufsichtsratssitzungen bei der Wirecard AG ab? Wie muss man sich das vorstellen? Wie lange dauern die? Gibt es dann Berichte und kaum Nachfragen? Oder gab es da auch eine intensive Debatte? Gab es da auch mal Kontroversen in diesem Gremium? Sie hatten - das hatte ich Ihrem Eingangsstatement entnommen - ja vermisst, dass es da eine Konfliktbereitschaft gab. Können Sie das vielleicht noch einmal näher ausführen?

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Bevor meine Mandantin antwortet, möchte ich nur fürs Protokoll festhalten, dass ihr mitgeteilt wurde, dass sie von der Schweigepflicht als Aufsichtsrätin entbunden ist, und das der Grund ist, warum sie überhaupt zu diesen Fragen hier aussagen kann.

Zeugin Tina Kleingarn: Sie hatten nach den Aufsichtsratssitzungen gefragt. Richtig?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Richtig.

Zeugin Tina Kleingarn: Gut. - Für die Aufsichtsratssitzungen ist im Vorfeld eine Agenda verteilt worden. Jedes Aufsichtsratsmitglied hatte die Möglichkeit, diese Agenda auch mit zu beeinflussen. Natürlich tut das auch das Unternehmen, aber auch wir als Aufsichtsratsmitglieder hatten die Gelegenheit, über den Aufsichtsratsvorsitzenden Themen mit auf die Tagesordnung zu bringen. Und dann wurden diese Sitzungen, wie es in üblicher Aufsichtsratssitzung ist, abgehalten.

Was wurde da gesprochen? Da wurde natürlich über die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung berichtet, der Vorstand hat zu den Entwicklungen berichtet. Das war in der Mehrheit der damalige CEO, aber natürlich wurde das auch durch die anderen Vorstände ergänzt. Ich kann mich beispielsweise daran erinnern, dass wir im November 2016 eine Vorstellung des TPA-Geschäftes hatten durch Herrn Marsalek. Da wurde das vorgestellt, da wurde auch eine Unterlage dazu verteilt. Es wurde viel über M&A-Akquisitionsprojekte - - Die wurden vorgestellt, die wurden diskutiert, die kamen auch mal auf Wiedervorlage. Wir haben in einer der Sitzungen mal den Management Letter besprochen. Das ist jetzt, was mir so ad hoc einfällt. Und das waren Sitzungen, die haben ein paar Stunden gedauert. In denen wurde auch lebhaft diskutiert, und dort wurden auch natürlich von den Mitgliedern des Aufsichtsrats Fragen gestellt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie vielleicht noch mal näher ausführen, was es mit dieser Vorstellung des TPA-Geschäftes auf sich hatte, wie das damals gelaufen ist? Weil ja die Erkenntnisse, die die Staatsanwaltschaft getroffen hat, aber auch wir jetzt durch die Vorbereitung und



Nur zur dienstlichen Verwendung

das, was jetzt ans Licht gekommen ist - - scheint das ja auch Dreh- und Angelpunkt der Unregelmäßigkeiten und der Betrügereien gewesen zu sein. Insofern ist es ja schon interessant, dass der Aufsichtsrat sich offensichtlich intensiver damit beschäftigt hat. Können Sie uns substantiierter noch mal was dazu sagen?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, das war ja damals meine zweite Aufsichtsratssitzung. Das Thema war auf der Tagesordnung. Herr Marsalek hat sozusagen die Aktivitäten in dem TPA-Bereich vorgestellt, er hat ausgeführt, mit welchen Akteuren die Wirecard dort Geschäft macht, hat auch zur Risikoverteilung Stellung genommen. Die bedingt auch sozusagen die kommerziellen Bedingungen eines solchen Vertrages. Und der Aufsichtsrat hat dann, so wie ich das jetzt erinnere, zu diesem TPA-Geschäft sich erkundigt und Fragen gestellt, und die wurden beantwortet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatte den Aufsichtsrat denn auch interessiert, warum das Geschäft im TPA-Bereich so stark schwankt? Wir hatten ja - - Das hatten Sie ja in Ihrem Schreiben auch, wo Sie Ihr Mandat niedergelegt haben - - hatten Sie ja darauf hingewiesen, dass die Wirecard AG verlässlich um circa 30 Prozent pro Jahr wächst, also sehr kontinuierliches Wachstum. Gleichzeitig haben wir aber starke Schwankungen im TPA-Bereich festgestellt. Können Sie dazu was sagen?

Zeugin Tina Kleingarn: Mir war damals nicht bewusst, dass es Schwankungen im TPA-Bereich gab, und von solchen Schwankungen war in der Sitzung meines Wissens nach auch nicht die Rede.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten in Ihrem Schreiben der Mandatsniederlegung auf einen Vorfall hingewiesen, als es um die Verlängerung der Bestellung zum Vorsitzenden des Vorstands ging: dass das unüblicherweise sehr schnell ging und Sie den Eindruck hatten, dass der Aufsichtsrat sich das Heft des Handelns da aus der Hand habe nehmen lassen. Vielleicht noch mal fürs Protokoll: Das ist MAT C Z 35.01. - Können Sie uns erklären, wie es zur Bestellung des Vorsitzenden gekommen ist und was Sie dabei irritiert hat?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. - Zum einen war es so, dass ja zwei Neuvorstände bestellt worden sind in diesem Sommer 2017. Das war einmal der Chief Product Officer, CPO, als auch ein neuer CFO. Und wenn ich mich richtig erinnere, sollte die Bekanntgabe dieser beiden Neuvorstände kommuniziert werden. Dann, so wie ich mich erinnere, ist es aufgefallen, dass ja die beiden Verträge von den Altvorständen, nämlich dem damaligen CEO und dem damaligen COO, am Jahresende auslaufen. Das hätte natürlich etwas merkwürdig ausgesehen gegenüber dem Kapitalmarkt, dass, wenn Sie neue Vorstände benennen, nicht auf die auslaufenden Verträge der Altvorstände eingehen.

Dann wurde halt - - gab es eine sehr kurzfristige Bitte des Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. der damalige CEO - - Also, wer es jetzt genau war, weiß ich nicht genau. Aber auch die auslaufenden Verträge von dem CEO und dem COO sollten dann mit sehr kurzfristiger Frist - 24 Stunden - neu bestellt werden.

Ich möchte dazusagen: Es gab überhaupt keinen Zweifel für mich - ich gehe davon aus, auch für die anderen Aufsichtsratsmitglieder -, den CEO und den COO wieder neu zu bestellen. Das war mir und, ich gehe davon aus, allen anderen auch klar. Aber was mich sehr gestört hat, war die Art und Weise, wie das orchestriert wurde. Und ich muss dazusagen: Wenn es jetzt nur das gewesen wäre, dann kann man vielleicht mit ganz großem Augenzudrücken darüber hinwegsehen; aber wir hatten ja schon den Bestellungsprozess des CFO, der mir wirklich nicht zugesagt hat, wir hatten die ruckelige Prüfung in 16, die leider bis zu dem Zeitpunkt auch immer noch nicht entsprechend mit dem Vorstand aufgearbeitet worden war. Und da muss ich sagen: So geht es nicht. Das hat mich sehr gestört. Warum? Weil sich der Aufsichtsrat dort hat das Heft aus der Hand nehmen lassen. Ich bin der Meinung, da kann der Vorstand einen nicht rumbugsieren, und man darf sich auch nicht so rumbugsieren lassen. - Ist Ihre Frage damit beantwortet?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Ich habe noch ein paar. - Gab es auch in der Zeit, als Sie im Aufsichtsrat waren, zwischen Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Braun und Ihnen unter vier Augen mal ein Gespräch, wo Sie ihm persönlich Ihre Themen adressiert haben hinsichtlich Corporate Governance und anderer Themen? - Das Gleiche würde mich auch bei Herrn Marsalek interessieren.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, es hat ein solches Treffen gegeben. Ungefähr im März 2017 muss das gewesen sein. Damals hatte ich, sage ich mal - - Die Aufwärmphase war vorbei. Ich gehe mal davon aus, dass wir bis zu dem Zeitpunkt vielleicht drei, vier Sitzungen gehabt haben.

Ich hatte ja mit meiner Kollegin auch um ein Onboardingprogramm damals gebeten. Also, wir haben uns das Organigramm zeigen lassen und haben gesagt: Hier aus der zweiten Ebene, Herr und Frau XY würden wir gerne kennenlernen. Das mache ich immer so, wenn ich in einen Aufsichtsrat gehe. Warum? Ich möchte die Menschen kennenlernen, ich möchte die zweite Ebene kennenlernen. Ich muss sagen, die Firma ist dem auch absolut entgegengekommen.

Diese Onboardinggespräche zogen sich ungefähr über ein halbes Jahr hin. Das haben wir immer so ein bisschen vor und nach den Sitzungen abgehalten. Stellen Sie sich das vor wie Kennenlerngespräche. Sie lernen sich kennen, Sie stellen sich vor. Ich muss sagen, die Mitarbeiter haben sich damals auch sehr gefreut, die neuen Aufsichtsräte kennenzulernen. Und so konnte ich mir allmählich ein Bild bilden.

Und dann, ja, hat es dieses, sage ich mal, Meeting mit dem damaligen CEO gegeben, wo er auch sehr an meinen Einschätzungen interessiert war, wir uns ausgetauscht haben über die Strategie. Ich muss sagen, ich war damals sehr, sehr überzeugt von der Strategie. Es hat alles sehr viel Sinn für mich gemacht, die dahinter stehenden Megatrends, die Ausweitung des Geschäftsmodells in die Emerging Markets usw. Ich habe ihm in diesem Meeting aber auch gesagt, dass ich mit den Prozessen, wie ich sie bis dato - das war März 2017 ungefähr - erlebt habe, nicht zufrieden bin und dort Verbesserungsbedarf sehe.

Was mir insbesondere wichtig war, war, dass ein echter COO etabliert oder aufgestellt werden

würde. Warum sage ich „echter COO“? Wenn Sie sich mal die unterschiedlichen Wirecard-Berichte anschauen - das ist mir eher irgendwann später mal aufgefallen -, sehen Sie, dass der COO mal als „CSO“ betitelt wurde und mal als „COO“. Ein CSO ist ein Chief Sales Officer, ein Vertriebsvorstand; ein COO ist ein Chief Operating Officer - das kenne ich gar nicht auf Deutsch -, jemand, der sich um die Operations kümmert. Und ich muss sagen, so wie ich Herrn Marsalek kennengelernt habe, war das für mich viel mehr ein Vertriebsvorstand, in meinen Augen als die Person, die sich wirklich um die Prozesse, um die ganze Mannschaft, um die Entwicklung - - Ich meine, Sie müssen sich mal vorstellen: Das Unternehmen ist Jahr für Jahr 30 Prozent gewachsen. Das Unternehmen hat allein, wenn Sie sich mal meinen Zeitraum angucken - 2016, und Sie schauen dann 17 und 15 -, Akquisitionen in Indien, Rumänien, Brasilien, USA, Asia-Pacific, auf der ganzen Welt getätigt. Diese Organisation müssen Sie erst mal hinterherziehen.

Idealerweise hätte ich so einen COO von außen gehabt. Es ist mir in meinem Onboarding aufgefallen, dass dieses Unternehmen frisches Blut braucht in der Führung, mal jemanden auf Vorstandsebene, vielleicht auch auf der zweiten Ebene. Ich hatte auch durch diese Onboardinggespräche den Eindruck - - Auf Englisch würde man sagen, das ist sehr „home-grown“. Das war von innen heraus gewachsen. Auch viele aus der zweiten Führungsebene waren von Anfang an dabei. Die haben sich da richtig hochgearbeitet. Und da war ich der Meinung, dass ein COO von außen zum einen Best Practice in das Unternehmen hereinbringen könnte und sich natürlich um diese ganzen Prozesse kümmern sollte und natürlich dann auch mal gegenüber den restlichen Vorstandsmitgliedern hätte Kante zeigen können. Wenn Sie natürlich immer jemanden aus der zweiten Ebene hochziehen, ist es für diese Mitarbeiter - das ist jetzt eine pauschalisierte Aussage - - aber natürlich für jemanden viel schwieriger, als wenn Sie einen gestandenen COO von außen reinholen.

Ich muss sagen, dass der damalige CEO generell der Idee, dort die Führungsebene zu verbreitern - - war er recht aufgeschlossen. Wogegen er



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht so aufgeschlossen war oder wo er wirklich starke Bedenken damals hatte, war, jemand von außen zu holen. Er hat das begründet damit, dass er gesagt hat: Die Firma ist so einzigartig, da können wir gar nicht jemand finden, der diese Position gut bekleiden kann. - Nun muss ich Ihnen sagen, das denken CEOs häufig. Aber da ist es nun mal Aufgabe des Aufsichtsrats, dem entgegenzuhalten.

Ein weiterer Punkt, den ich mit dem damaligen CEO adressiert habe, war, dass ich ihm gesagt habe: Die Informationen, wie sie hier an den Aufsichtsrat rangetragen werden, insbesondere im Rahmen von Akquisitionen oder Bürgschaften, entsprechen nicht der Informationsgrundlage, die ich brauche, um diese Beschlussanfragen ordentlich genehmigen zu können. Das war mir in vielen Fällen viel zu wenig. Da mussten Sie sehr, sehr häufig nachfragen, dann kam wieder nur die Hälfte, da mussten Sie noch mal fragen, dann kam wieder was, daraus haben sich wieder neue Fragen gestellt - das ist jetzt insbesondere auf die Bürgschaften der Fall -, sodass ich ihm vorgeschlagen habe - weil ich wollte ja das Unternehmen professionalisieren -, dass ein Rahmengerüst aufgestellt wird, mit welchen Mindestanforderungen Bürgschaften und M&A-Prozesse zu genehmigen sind im Aufsichtsrat.

Dem hat er sich sehr offen gegenüber gezeigt, hat gesagt: Ja, machen wir sehr gerne. Schicken Sie das rüber. Überlasten Sie damit nicht die Organisation. In Ordnung. - Darauf haben wir uns dann verständigt. Die Umsetzung dessen war allerdings nicht so, wie ich es mir vorgestellt hätte.

Das zu den Ausführungen zum Gespräch mit dem damaligen CEO nach der Aufwärmphase im März 17.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ich frage in die Runde - nicht erschrecken, falls gleich ein Rotlicht und ein unglaublich unangenehmer Ton erscheinen -: Wir hätten jetzt eigentlich gleich eine Namentliche. Ich höre jetzt aber, um 17.15 Uhr ist noch der letzte Redner. Ich weiß jetzt nicht, ob - - Ich hoffe, die Uhr ist in

Ordnung. Wollen wir noch die sieben Minuten Fragerunde von mir machen? Dann hätten wir die Möglichkeit - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Na klar! Weiter!)

- Gut, dann würde ich das so machen. Und dann nicht erschrecken, falls die doch gehen. Das heißt, wir müssen zur Namentlichen. Das heißt für Sie: Wir unterbrechen kurz, gehen zur Namentlichen. „Kurz“ heißt: etwa 20 Minuten. Und dann geht es weiter. Weil zur Namentlichen müssen wir alle erscheinen; sonst gibt es immer Ärger draußen.

Gut, dann setze ich jetzt den Hut des Vorsitzenden ab und schlüpfe in die Robe des AfD-Mitglieds in dem Ausschuss und würde gerne meine Frage mit einem Zitat aus Ihrer Niederlegung des Mandats eröffnen. Sie schreiben - ich sehe das als Fazit -:

Ich erachte den Weg, auf dem sich das Unternehmen befindet, als riskant. Es mangelt an geordneten und angemessenen Kontroll- und Steuerungsstrukturen. Anregungen, solche Strukturen zu schaffen, werden unzureichend umgesetzt. Im Gefüge zwischen Vorstand und Aufsichtsrat gibt es keine ausreichenden Checks and Balances. Vielmehr handelt der Vorstand zu autonom und betrachtet die Unternehmensüberwachung als eine Last. Er sieht nicht, dass sie dem Wohle des Unternehmens dient. Früher oder später werden sich diese Mängel rächen und eingegangene Risiken womöglich materialisieren. Nach wiederholten erfolglosen Versuchen, diesen Zustand zu ändern, möchte ich den eingeschlagenen Weg nicht weitergehen und entsprechend die Ämter

- das Amt im Aufsichtsrat -

zur Verfügung stellen. (?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

- Wunderbar. - In diesem Zusammenhang: Wenn Sie eine solche Schlussfolgerung stellen, kann man sich dann vorstellen, dass eben bestimmte Risiken, die jetzt aufgetreten sind in den Prüfungen, dann insbesondere nachdem KPMG in diesem Jahr diese Sonderprüfung anfertigte - - Das ist ja eigentlich genau das, was Sie hier schreiben, dass eben entsprechend dann Risiken sich materialisieren, ich denke, eine Überwachung nicht stattfinden kann.

Und wenn ich an die Ausführungen von Professor Dr. Köhler vor 14 Tagen denke, die in vier Aufsichtsräten sitzt und uns hier sehr gut das Gefüge erklärt hat, dann ist dieser Prüfungsausschuss ja zentral in dieser Frage; denn er erleichtert, sowohl das eigene Unternehmen kennenzulernen, auf Risiken zu prüfen, als natürlich auch der Prüfungsgesellschaft, ihrem - dann wohlbe-gründeten durch Kenntnis des Unternehmens - Prüfungsjob nachzukommen.

Würden Sie das entsprechend genauso beurteilen, dass eben diese Risiken, die jetzt in den Prüfungsberichten schlagend geworden sind für die Prüfungszeiträume, exakt auf dieses Fazit, was ich fast wunderbar finde, zurückzuführen sind?

Zeugin Tina Kleingarn: Also Ihre Frage ist jetzt, ob ich einen Prüfungsausschuss begrüße?

Kay Gottschalk (AfD): Ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich muss generell sagen, dass ich es für sehr, sehr wichtig, wenn nicht gar für absolut erforderlich erachte, dass börsennotierte Unternehmen einen Prüfungsausschuss haben. Ich habe mich während meiner Amtszeit dafür mehrfach eingesetzt, dass ein solcher Prüfungsausschuss etabliert wird; ich war aber nicht erfolgreich damit.

Zu Beginn meiner Amtszeit hatte ich vorgeschlagen, dass der Aufsichtsrat sich eigenen Rechtsbeistand hinzuzieht. Warum? Ich glaube, es ist immer gut, wenn ein Aufsichtsrat einen separaten rechtlichen Ansprechpartner hat. Das müssen

Sie nicht haben; es kommt auch ein bisschen auf die Konstellation an. Das kann man machen, das muss man nicht machen. Hier hatten wir es aber mit einem Unternehmen zu tun, das einfach unglaublich stark gewachsen ist und sich sehr, sehr schnell verändert hat, natürlich sehr international auch tätig war. Und wenn Sie sehr schnell wachsen, die Strukturen komplexer werden, müssen Sie sich ja schon ab und zu mal die Satzung und die Geschäftsordnung des Vorstands und des Aufsichtsrats anschauen.

Insofern hatte ich das angeregt beim damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, der auch sehr angetan von dieser Idee war. Ich hatte dann noch zwei Vorschläge gemacht zu Kanzleien, die wir dann kennengelernt haben, er und ich. Und von einer dieser Kanzleien kam damals schon zu diesem Termin ungefragt eine Ausfertigung, wie denn in Deutschland - ich meine, es waren damals der MDAX und der TecDAX, die da beleuchtet wurden - - wie es denn so aussieht in den ganzen Gesellschaften mit den Prüfungsausschüssen. Da war das Bild schon sehr klar, dass es in fast allen Unternehmen einen Prüfungsausschuss gab.

Nun muss man sagen, dass der bisherige Aufsichtsrat natürlich nur aus drei Personen bestand, und ein Ausschuss besteht mindestens auch aus drei Personen. Da hätte man natürlich - - In dem Fall ist es wirklich nicht unbedingt erforderlich, weil Sie ja da dann Personalunion haben. Allerdings würde ich mich schon aus heutiger Sicht dafür aussprechen, dass selbst ein Aufsichtsrat mit drei Personen einen Prüfungsausschuss etabliert. Warum? Weil Sie noch mal eine ganz andere - - Also, eine Aufsichtsratssitzung ist eine Aufsichtsratssitzung. Daran haben dann auch alle Vorstände teilzunehmen. Aber im Prüfungsausschuss können Sie natürlich auch Termine nur mit dem CFO und dem darunterliegenden Stab aufsetzen und mit dem Prüfer zusammenarbeiten. Ich glaube, dass durch einen Prüfungsausschuss die inhaltliche Arbeit intensiviert und aufgewertet wird. Aber es ist schon okay in meinen Augen, wenn Sie das als Aufsichtsrat mit drei Mitgliedern nicht haben.

Eigentlich stand seitdem dieses Thema auf der Agenda. Wie gesagt, konnte ich mich nicht damit



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchsetzen, habe es immer mal wieder angeregt. Letztendlich hatte ich im Sommer 2017, als es diese Streitigkeiten zur CFO-Neubestellung gab - - Ich führe das jetzt nicht aus, weil es ist im Brief erwähnt. Sie haben ja auch später noch einmal die Möglichkeit, darauf einzugehen. Letztendlich hatte ich ja nur meine Zustimmung für diese CFO-Personalie nicht verweigert, weil mir der damalige CEO absolut überzeugend dargelegt hat, warum dieser CFO der allerbeste für das Unternehmen ist. Er war davon so stark überzeugt, dass ich ihm das geglaubt habe, auch wenn ich anderer Meinung war. Also, er hat das wirklich so gedacht. Um sozusagen trotzdem zustimmen zu können - weil das war auch wieder ein Prozess, wo in meinen Augen der Vorstand die Kompetenzen des Aufsichtsrats erodiert hatte - - Ich bin nur deshalb mit dem damaligen CEO - - ihm da nicht die Zustimmung verweigert, weil er mir damals drei Dinge zugesichert hat: zum einen, dass bei weiteren Vorstandsbestellungen auf jeden Fall ein externer Personalberater mit hinzugezogen wird, dass die beiden Neuvorstände nach einem Jahr eine externe Evaluierung durch einen Personalberater bekommen, um mögliche Defizite oder Verbesserungspotenziale aufzuzeigen, und dass mich Herr Dr. Braun darin unterstützt, diesen Prüfungsausschuss einzurichten. Um es vielleicht auch klarzustellen: Es ist nicht Sache des CEOs, einen Prüfungsausschuss einzurichten. Das macht der Aufsichtsrat schon alleine. Aber es ist natürlich klar, dass eine Unterstützung des CEOs dabei hilft, bei Wirecard ganz besonders.

Also, da sehen Sie sozusagen meinen Einsatz für den Prüfungsausschuss, der dann auch durch Herrn Dr. Braun zugesagt war und dann nicht mehr in meiner Amtszeit, aber irgendwann danach auch eingerichtet wurde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Wie versprochen, unterbreche ich jetzt bis etwa 17.45 Uhr.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
So schnell sind wir auch
nicht, Herr Vorsitzender!)

- Ach! Du spielst Fußball! - Wer später kommt, das ist auch okay. Ich warte.

Dann unterbreche ich jetzt. Dann auf zur namentlichen Abstimmung! Gegen 17.45 Uhr setzen wir fort.

(Unterbrechung von
17.24 bis 17.53 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sehe, unsere Zeugin Frau Kleingarn hat sich eingefunden, auch ihr Rechtsbeistand, Dr. Boerger. Dann würden wir fortsetzen. Das Fragerecht fällt nun an die SPD-Fraktion, und für die fragt Dr. Zimmermann. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kleingarn, ich würde direkt auch an dem, was Sie bereits gesagt haben, an einer Stelle ansetzen wollen. Sie hatten in Ihren bisherigen Aussagen mehrfach Ihr Missfallen gegenüber der CFO-Bestellung geäußert. Vielleicht können Sie das noch mal konkretisieren. Ich hatte den Eindruck, Sie haben die Person für nicht geeignet gehalten. Sie haben gesagt, Herr Braun hat Sie dann irgendwie überzeugt, dass es genau er sein muss. Aber was hat Ihnen da missfallen?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, es ist richtig, wie ich ja auch in meinem Brief zum Ausdruck gegeben habe, dass ich Zweifel hatte am Kompetenzprofil des designierten CFOs. Warum hatte ich Zweifel? Zum einen habe ich es, jetzt unabhängig von der Personalie, für extrem wichtig gehalten, dass der CFO von außen kommt. Das war mir ein sehr großes Anliegen, natürlich auch im Hinblick auf Anschuldigungen, die es auch in der Vergangenheit gegeben hatte.

Darüber hinaus hätte ich es als relevant gefunden und auch als sehr wichtig, dass der designierte CFO wirklich ein gestandener Konzern-CFO gewesen wäre mit der Erfahrung, also wirklich sehr starke Kenntnisse im Bereich Controlling und Rechnungswesen im Konzern, dass er ein hohes Maß an Kapitalmarkterfahrung hat. Sie wissen, das Unternehmen war ja auch sehr im Fokus der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kapitalmärkte. Dann standen immer die Leerverkaufsanschuldigungen im Raum. Also Kapitalmarktexpertise habe ich für sehr wichtig gehalten als auch Expertise im Bereich M&A; denn zum damaligen Zeitpunkt wurde einfach sehr, sehr viel akquiriert.

Dazu muss man noch sagen, dass sich das Unternehmen mit den 30 Prozent Wachstum pro Jahr natürlich auch so schnell verändert hat, dass man eigentlich nicht den CFO von heute bestellen musste, sondern von morgen, weil es war ja schon damals absehbar - - Das Unternehmen war im Steilflug auf Richtung DAX. Das musste man ja in einer Bestellung eines CFOs von drei bis fünf Jahren, je nach Vertrag, auch etwas antizipieren.

Ich hatte mich vorhin schon mal geäußert, dass man natürlich, auch wenn man von außen kommt, noch mal Best Practices reinbringt, und ich wollte natürlich auch jemand Starkes, der den Vorstand ergänzt, und nicht jemanden aus der zweiten Reihe. Wenn Sie sich die Fähigkeiten und Kompetenzen, die ich gerade ausgeführt habe, anschauen, dann hatte ich meine Bedenken, ob der designierte Kandidat wirklich über das Profil verfügte, was hier in meinen Augen vonnöten gewesen wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und was waren die Argumente, die Herr Braun angeführt hat, um Ihnen sozusagen dann doch schmackhaft zu machen oder zu sagen, warum genau er das sein muss?

Zeugin Tina Kleingarn: Hm. Also, dazu kam es dann erst etwas später. Vielleicht von der zeitlichen Abfolge: Der damalige CFO und der damalige CEO offenbarten uns meiner Erinnerung nach direkt nach der Hauptversammlung 2017 mit der Tatsache, dass sich der damalige CFO jetzt endgültig entschieden hätte, seinen Vertrag nicht zu verlängern, und dass das damit auch ad-hoc-pflichtig werden würde. Das ist diese un-abgestimmte Terminsetzung, die ich in meinem Schreiben anspreche. Da habe ich mich wirklich in die Ecke gedrängt gefühlt, ja? Und wie ich es erinnere, sozusagen durch diese Ad-hoc-Pflichtigkeit, die dann zum Ausdruck gekommen wäre,

hatte natürlich auch der Aufsichtsrat - - Dem waren ein bisschen die Hände gebunden, ja? Und es gab von einigen Mitgliedern des Aufsichtsrats - das können Sie auch dem damaligen Aufsichtsratsprotokoll entnehmen - wirklich ganz starke Bedenken, wenn man jetzt den Kandidaten, den man hatte, den man auch davor interviewt hatte - -

Also, ich muss sagen, soweit ich es erinnere, der ganze Aufsichtsrat war nicht happy mit der Kandidatenlage, ja, oder mit dem Kandidaten. Aber es gab schon sehr starke Bedenken von einem Teil des Aufsichtsrats, dass der Kapitalmarkt, wenn man jetzt keinen Nachfolger präsentieren könnte, darauf sehr negativ reagieren würde. Und Sie wissen vermutlich aus Ihren eigenen Recherchen, dass dieses ganze Thema Kapitalmarkt, Leerverkäufer - da war auch häufig von Spekulanten zu lesen - - dass da nach meinem Empfinden gerade die Mitglieder des Aufsichtsrats, die schon sehr lange dabei waren, viel stärker davon ergriffen waren oder dass das für die eine wesentlich höhere Bedeutung hatte als für die Mitglieder im Aufsichtsrat, die erst sehr kurz dabei waren.

Ich muss dazusagen: Für mich - also, ich habe ja jetzt auch sehr viel Kapitalmarkterfahrung - - das ist nicht ideal, wenn Sie da keinen Nachfolger parat haben. Aber meiner Meinung nach muss man das auch aushalten können. Ich kann Ihnen in den vergangenen Jahren ein paar Beispiele aufzeigen, wo selbst DAX-30-Konzerne zwischenzeitlich mal keinen CEO* hatten. Also auch in diesem Jahr ist das der Fall gewesen. Also, ich habe es auch als nicht ideal gefunden; aber ich habe das als nicht so ein großes Problem gesehen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jetzt haben Sie auch in der Begründung Ihres Anforderungsprofils das Thema Akquisitionen angesprochen. Das ist ja zweifelsohne so gewesen. Es steht aber ja auch im Raum das Konzept des „Roundtrippings“, das heißt die Frage: Was waren das eigentlich für Akquisitionen? Waren die Unternehmen eigentlich das wert, was Wirecard offiziell dafür gezahlt hat? Das Indien-Geschäft, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

steht ja sehr im Fokus. Wie waren Sie als Aufsichtsrätin im Kontext der Akquisitionen mit diesen Akquisitionen betraut?

Zeugin Tina Kleingarn: Vielleicht noch eine Anmerkung dazu. „Roundtripping“ ist für mich „Scheinumsätze“. Das passt jetzt für mich nicht in diesen M&A-Zusammenhang. Nur - - Das würde ich einfach mal ausklammern.

Aber um auf Ihre konkrete Frage zu kommen: „Wie war der Aufsichtsrat in die M&A-Aktivitäten eingebunden?“ Die M&A-Aktivitäten waren ein kontinuierliches Thema als Teil der Aufsichtsratssitzungen. Es kam schon mal vor, dass M&A-Situationen sehr kurzfristig auf die Tagesordnung kamen, auch durchaus mal außerhalb der Sitzungen. Dann wurde in Telefonkonferenzen - - wurden die Themen dann adressiert, was ja im M&A-Kontext auch ganz normal ist. Aber es wurde auch in den Aufsichtsratssitzungen beispielsweise mal angefragt: Wie haben sich denn die bisherigen Akquisitionen entwickelt? Wie ist denn der Soll-Ist-Vergleich von - - Was war denn der - - Ich erinnere mich, eines der damaligen Aufsichtsratsmitglieder hatte mal gefragt: Okay, wir möchten uns doch mal anschauen: Was habt ihr denn damals in den Businessplan geschrieben von der Akquisition, und wie ist es denn jetzt in Wirklichkeit? So in die Richtung ging das.

Und dann - das war mir auch wichtig zu sagen -: Okay, ich möchte eigentlich fortlaufend über die Pipeline der M&A-Aktivitäten informiert sein, damit ich genau diese kurzfristigen „Wir müssen in 24 Stunden den Deal signen“ - - zu vermeiden, ja? Und dann hat man eine M&A - - sozusagen eine Unterlage zu dieser Transaktion bekommen, auf deren Basis man dann diese Transaktion besprochen hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was waren das für Unterlagen? Ich vermute, da waren irgendwelche Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfer, die irgendeine Due Diligence gemacht haben oder so, wahrscheinlich beteiligt oder - -

Zeugin Tina Kleingarn: Richtig. Also, das ist eigentlich - - Als Aufsichtsrat erhalten Sie in der Regel eine Zusammenfassung der Transaktionen,

also: Was soll überhaupt gekauft werden? Was sind die Zahlen dazu? Was ist der Kaufpreis? Welche Berater haben uns hier unterstützt etc.? Ich muss schon sagen - das wird Sie vielleicht jetzt nicht überraschen -: Häufig waren diese Unterlagen einfach zu dünn, ja? Da musste man sehr stark nachfragen. Ja, und das habe ich - - Das haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats auch sehr regelmäßig - häufig, gerade wenn es zwischen den Sitzungen war - - dann auch schriftlich per E-Mail die Fragen eingereicht. Die hat dann der Aufsichtsratsvorsitzende kanalisiert und an den entsprechenden Zuständigen im Unternehmen weitergeleitet. Dann gab es einen Conference Call. Dann wurden die adressiert, beantwortet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hat der Aufsichtsrat auch mal einer Akquisition die Zustimmung verweigert?

Zeugin Tina Kleingarn: Hm. Hat der Aufsichtsrat einer M&A-Transaktion nicht zugestimmt? - Meines Wissens hat das in der Zeit, wo ich im Aufsichtsrat war, nicht stattgefunden. Bei Bürgschaften war es anders. Aber es kann natürlich auch sein - - Ich meine, normalerweise würden Sie schon im Vorfeld eine M&A-Transaktion ablehnen, bevor es auf die finale Beschlussfassung zugeht, ja? Und, ich meine, es gab auch Transaktionen, die hat man nicht bekommen, weil man halt nicht der höchste Bieter war. Das ist auch vorgekommen. Da kann ich mich jetzt an zwei Situationen erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber um noch mal auf das Thema „Roundtripping“ zurückzukommen: Ist Ihnen bekannt, dass die Wirecard Unternehmen zu überhöhten Preisen akquiriert hat, um auf Umwegen Geld wieder zurück ins Unternehmen zu schleusen und so Umsätze zu generieren?

(RA Dr. Björn Bastian
Boerger: Kurz dazwischen:
Ist die Frage auf jetzt oder
auf früher bezogen?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Die ist auf früher bezogen. Aber da Frau Kleingarn, als ich den Kontext „Roundtripping“ gefragt habe, gesagt hat, dass es korrekterweise ja um Scheinumsätze geht, und sie das aber dann zur Seite gelegt hat, ist für mich erst mal prinzipiell die Frage, ob der Mandantin bewusst ist, was überhaupt passiert sein könnte. Das wäre ja mal die Voraussetzung, dass sie beantworten kann, ob das zu dieser Zeit, in der sie Verantwortung trug, passiert ist.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, es war mir zu keiner Zeit bekannt, dass so etwas passieren könnte oder passiert. Also, ich meine, die Preise oder die Kaufpreise, die gezahlt wurden, die waren schon aus meiner M&A-Expertise heraus schon immer recht sportlich. Die wurden auch hinterfragt vom Aufsichtsrat. Und was heißt „sportlich“? Hohe Multiplikatoren. Aber natürlich waren wir hier ja auch im Wachstumssektor unterwegs und dann noch mal in den Emerging Markets im Großteil, und wir waren ein Stratege. Also, man muss natürlich auch Synergien mit berücksichtigen. Die waren schon aus meiner Sicht sportlich, aber jetzt nicht, wo man dachte: Also, das ist ja hier - - Das geht - - Die wären unverhältnismäßig gewesen. - - Zumindest kann ich das zu den Transaktionen sagen, so wie ich es erinnere, die ich mir angeschaut habe in meinem Zeitraum. Und dass natürlich, wie ich es jetzt in der Presse lese, ja, 100 bezahlt oder 100 genehmigt wurden, aber dann 60 bezahlt und 40 irgendwo andersrum - - Also, da war ich baff.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann hat als Nächstes das Fragerecht die FDP-Fraktion. Herr Dr. Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kleingarn, mich würde mal interessieren - die Rolle von Markus Braun als CEO und irgendwie auch als Spiritus Rector des ganzen Unternehmens Wirecard haben Sie ja auch schon ein bisschen illustriert -: Wie viel Macht hatte Markus Braun eigentlich auf der Hauptversammlung? Er war größter Einzelaktionär, zwar nur mit rund 7 Prozent, aber es gab ja auch The- sen, dass er auch andere Investoren hinter sich

hatte. Wie viel Macht hatte Markus Braun insgesamt auf der Hauptversammlung aus Ihrer Sicht?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, meines Wissens hatte er auf der Hauptversammlung auch 7 Prozent der Stimmen. Ob jetzt noch irgendwelche anderen Personen, Institutionen mit ihm möglicherweise gebündelt waren - ich glaube, das haben Sie angesprochen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): In der „Wirecard-Story“ steht: Gerüchteweise bis zu 35 Prozent der Stimmen auf der Hauptversammlung hinter Markus Braun. - Aber gerüchteweise. Deswegen wollte ich Sie mal fragen, wie Sie das einschätzen oder ob es dazu irgendwelche konkreten Beobachtungen gibt.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kenne diese Lektüre nicht. Also, in dem Zeitraum, wo ich dort war - - Also, vielleicht können Sie mir sagen, wer das gewesen sein soll, wann das gewesen sein soll. Also, ich kann dazu, ehrlich gesagt, nichts sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist ja auch eine Antwort. Um noch mal zu formulieren, worauf ich hinauswill: Im Aufsichtsrat hatte man jetzt nicht Angst, wenn man sich mit Markus Braun anlegt, ist man seinen Job ganz schnell wieder los - oder etwa doch?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich sage mal so: Als Aufsichtsrat verlieren Sie nie Ihren Job, wenn Sie sich mit dem CEO anlegen. Das ist eher andersherum.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber mit dem größten Einzelaktionär.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich würde mal sagen, Sie haben ganz recht. Der damalige CEO war gleichzeitig der größte Einzelaktionär von 7 oder 8 Prozent, ja? Das hat ihm in meinen Augen in der Tat natürlich mit sehr viel - - Oder ich würde mal sagen, das hat zu seiner Autorität entschieden beigetragen, aber jetzt nicht gegenüber dem Aufsichtsrat, gegenüber allen, ja? Und ich meine, das ist ja auch - - Ja, ich meine, das haben Sie ja in Start-ups und wenn Sie Gründer sind; das



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommt schon mal vor. - So, jetzt bin ich vom Faden abgekommen. Was wollten Sie wissen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, ich habe es verstanden. Genau. - Ich hätte noch eine Frage zum Thema Asien-Geschäft, weil Sie den CFO ja schon ein paarmal erwähnt haben. Hatte denn der CFO bei Wirecard, während Sie da waren, Zugriff auf die Finanzzahlen aus dem Asien-Geschäft?

Zeugin Tina Kleingarn: Hm. Sie meinen den CFO, der bis 2- - Ende 2- - der dann ausgeschieden ist?

Dr. Florian Toncar (FDP): Gar nicht die Person, sondern die Funktion. War das Geschäft so ausgerichtet, dass der CFO voll im Bilde war über die Zahlen aus dem Asien-Geschäft?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich auch nicht. - War dem Aufsichtsrat bewusst, dass die Tochtergesellschaft CardSystems Middle East, eine Gesellschaft, über die sehr viel TPA-Geschäft abgewickelt worden ist, keiner Prüfung ihres Einzelabschlusses unterlag?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht. An so ein Detail - - Weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wie schätzen Sie denn den Einfluss von Markus Braun auf den Aufsichtsratsvorsitzenden oder überhaupt deren Verhältnis ein? Wie haben sie miteinander gearbeitet?

Zeugin Tina Kleingarn: Auf den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Herrn Matthias.

Zeugin Tina Kleingarn: Wie ich den einschätze? - Hm. Ich muss sagen, dass mein Eindruck immer war, dass der Aufsichtsratsvorsitzende und der CEO einen professionellen, engen Austausch hatten, auch einen regelmäßigen Austausch. Wie es üblich ist, wurde über den ARV natürlich alles auch kanalisiert, gerade diesen - - Aber er hatte

nicht nur einen sehr intensiven Austausch und einen regelmäßigen Austausch, wie es sich für seine Rolle gehört, mit dem CEO, sondern auch mit dem CFO. Und ich meine, alleine aus den Amtszeiten können Sie entnehmen, dass die ein sehr langjähriges Verhältnis hatten und sich auch sehr gut kannten und in meinen Augen auch sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben in Ihrem Rücktrittsschreiben formuliert, dass Sie den Eindruck hätten, in dem Unternehmen würde die Abschlussprüfung oder die Zusammenarbeit mit den Abschlussprüfern als Nuisance, also Last oder Ärgernis, angesehen. Was waren denn da sozusagen Ihre Beobachtungen? Wie kamen Sie zu diesem Urteil?

Zeugin Tina Kleingarn: Hm. Als ich im Aufsichtsrat dann war, hatte ich mich mal erkundigt, wie denn die Prüfung im Vorjahr so lief, ja? Ich wollte das einfach wissen, wenn Sie so wollen, indirekt als Teil des Onboardings, ja? Und da war mir schon zu Ohren gekommen, dass es im letzten Jahr schwierig oder ruckelig war. Aber ich hatte gleichzeitig auch vernommen, dass das eher eine Ausnahmeerscheinung gewesen, also dass das eher ein „one-off“ gewesen ist und dass eigentlich so weit alles auch aufgesetzt - - Also, ich war in dem Glauben, dass so was auch nicht mehr passieren würde und dass man gut aufgestellt ist.

Und ich bin dann fast vom Stuhl gefallen, als uns in einer vorbereitenden Sitzung zwischen Aufsichtsrat und EY, auf die ich im Vorfeld zur Bilanzsitzung gedrängt hatte - also, ich wollte wirklich sicherstellen „no surprises“ -, dann die Prüfer offenbarten, dass das Testat gefährdet sein könnte, ja? Da habe ich nur gedacht, das kann nicht sein, vor allen Dingen, weil ich mich wiederholt erkundigt hatte, dass alles auf gutem Weg sei. Und der damalige Aufsichtsratsvorsitzende hat auch - das war meine Wahrnehmung - sehr regelmäßig sowohl mit dem Prüfer als auch mit dem CFO sich das bestätigen lassen: dass alles auf gutem Weg ist. Es stellte sich dann aber im direkten Kontakt mit den Prüfern auch raus, dass die Gesellschaft einfach nicht fertig geworden ist, ja? Da fehlten noch so viele Sachen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und - jetzt auf Ihren Punkt „Nuisance“ zu kommen -: Ich meine, da erwarte ich mir auch eine gewisse Kooperation des Unternehmens, die Informationen, die angefordert sind, auch zu bringen, ja? Im Nachhinein hat man fast den Eindruck, die haben das - - Da wurde nicht richtig - - da wurde nicht gut genug kooperiert, ja? Ich meine: Warum sind die nicht fertig geworden? Das war für mich auch wieder so ein Prozess-thema.

Okay, die Abteilung ist nicht richtig ausgestattet. Da fehlt es an Personal, und da fehlt es auch an ausreichend qualifiziertem Personal, ja? Also, da beneidet man die Prüfer auch nicht, wenn man sieht, wie schleppend und mühsam das war. Und ich meine, ich habe ja ein bisschen ähnliche Erfahrung, was jetzt diese Informationsherbeibringung - - hatte ich natürlich oder hatten wir im Aufsichtsrat natürlich auch bei Bürgschaften, M&A-Prozessen, so wie ich es eben ausgeführt hatte, ja? Also, mir fehlte da eine wirklich - - Also, ich habe es damals als mangelnde Professionalität wahrgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön. - Als Nächstes fragt für Die Linke der Kollege De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Kleingarn, ist es zutreffend, dass Sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat ein sogenanntes Non-Disclosure-Agreement unterzeichnet haben, und, wenn ja, ist es üblich, oder reichen da nicht die hinlänglichen Verschwiegenheitspflichten, denen man als Aufsichtsrat unterliegt?

Zeugin Tina Kleingarn: Als Aufsichtsrat unterliegen Sie, wie Sie sagen, auch nach dem Ausscheiden Vertraulichkeitserklärungen*, die mir auch immer sehr wichtig waren einzuhalten. Das ist einfach mal von einem ehemaligen Aufsichtsrat gefordert. Mich würde interessieren, woher Sie Informationen haben, dass ich ein NDA unterschrieben hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage Sie ja. Sie können das ja abstreiten. Ich habe diese Information.

Zeugin Tina Kleingarn: Okay. - Ich habe kein NDA unterschrieben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, haben Sie sich zu irgendeinem Zeitpunkt veranlasst gesehen - vielleicht können Sie auch noch mal darstellen, wie da die Pflichten einer Aufsichtsrätin sind -, auch strafrechtlich - - also Anzeige oder Ähnliches zu erstatten? Ich weiß, dass das auch immer ein Spannungsfeld ist, weil man das Unternehmensinteresse schützen muss. Aber gab es einen solchen Anlass?

(RA Dr. Björn Bastian Boerger: Zunächst der Teil der Pflichten! Ich glaube, dafür haben Sie Sachverständige! Die Frage konkret: Ich glaube, das macht Sinn!)

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wie ich Ihnen ja schon in meinem Eingangsstatement mitgeteilt habe, hatte ich keine Anhaltspunkte, dass hier betrügerisches Verhalten vorliegt. Insofern - - Ich habe diesen Punkt gar nicht gesehen. Also, das war überhaupt - - Das war kein Thema für mich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ist in Ihrer Zeit als Aufsichtsrätin jemals das Thema „Glücksspiel und Zahlungsabwicklungen für Glücksspiel“ ein Thema gewesen, im Aufsichtsrat oder in Ihrer Kommunikation mit dem Vorstand?

Zeugin Tina Kleingarn: Hm. Ich erinnere mich, dass es einmal - eher zum Ende, denke ich, meiner Amtszeit - einen Artikel gab um sogenannte Panama Papers*. Hm, und wir hatten im Aufsichtsrat dann auch - - Also, ich meine, das waren schwerwiegende Anschuldigungen. Ich hatte keine Anzeichen, dass hier irgendwas vorliegt; aber es war mir wichtig, dass das adressiert wird. Und ich meine mich zu erinnern, dass der damalige CFO in einer der letzten Sitzungen dazu Stellung genommen hat und dass er dargelegt hat, dass es dafür keinerlei - - also dass alles regelkonform zugeht, und auch entsprechende rechtliche Gutachten dafür vorlagen. Das können Sie auch dem Protokoll aus dieser Sitzung entnehmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich hätte noch eine Bitte bzw. Nachfrage. Sie haben öfters auf den CFO Bezug genommen, in verschiedenen zeitlichen Phasen. Könnten Sie den Namen immer dazusagen, damit wir konkret wissen, um welche anderen - -

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. Also, ich nehme eigentlich nur auf meine Amtszeit Bezug, von Juni 16 bis Dezember 17. Und der damalige CFO war Burkhard Ley. Der designierte CFO, den ich angesprochen habe, ist Alexander von Knoop.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Borgwerth, der hier auch schon in diesem Ausschuss war, der hat geschildert, dass er den Lagebericht von Wirecard gelesen hätte, der ja wichtig ist für die Geschäftsentwicklung, und er hätte ihn schlichtweg trotz seiner hohen Expertise nicht verstanden. Haben Sie jemals diesen Lagebericht gelesen, und haben Sie ihn verstanden?

Zeugin Tina Kleingarn: Die Frage empfinde ich als sehr pauschal. Also, welchen Lagebericht meinen Sie? Ich kann es mir auch gerne angucken. Aber ich kann es Ihnen so beantworten. Ich habe mich sozusagen im Vorfeld, als ich meine Due Diligence über das Unternehmen gemacht hatte, schon einmal durch den Geschäftsbericht durchgearbeitet - ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, welchen -, ja, und ich fand, für mich war das im Großen und Ganzen nachvollziehbar. Punkt, ja!

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich möchte kurz eine Stelle zitieren hier aus einem Buch, „Die Wirecard-Story“. Wir bekommen übrigens keine Tantiemen, weder Herr Toncar noch ich. Und da wird auf Sie Bezug genommen, Frau Kleingarn. Und da steht: „Die damalige Aufsichtsrätin Tina Kleingarn, die nur ein kurzes Gastspiel bei Wirecard gibt, stemmt sich noch dagegen.“ - Da geht es um Kredite für Mauritius-Gesellschaften 2017. - „Sie stimmt nicht für die Bürgschaft und schreibt seinerzeit an den Aufsichtsratsvorsitzenden Wulf Matthias.“ Könnten Sie noch mal erläutern, warum Sie sich damals dagegengestimmt haben? Auch später wird in

dem Buch geschildert, dass Kredite bereits bewilligt gewesen wären. Gab es da Momente, wo der Aufsichtsrat gesagt hat: „Das geht so nicht“?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kenne jetzt nicht dieses Buch, ja? Aber ich gehe ja auch in meinem Brief auf diese Bürgschaften ein. - So wie ich das jetzt erinnere, hatte ich während meiner Amtszeit drei Bürgschaftsanfragen. Das war einmal die irgendwie Pay4You oder Pay irgendwas, Pay4, Bijli- - und Goomo, ja? Aus meiner Erinnerung: Die Pay4-Anfrage kam Ende Dezember 2016, auch wieder mit der Bitte: Bitte ganz schnell genehmigen - ganz wichtig -, noch vor Jahresende! - Die zweite und dritte kamen parallel, waren Bijli- - und Goomo. Die kamen im ersten Quartal 2017.

Und diese Anfragen, diese Beschlussvorlagen, waren für mich überhaupt nicht verständlich, ja? Ich meine, ich bin - - ich habe lange Jahre Kredite an Private-Equity-Unternehmen und andere Firmen vergeben. Ich erwarte mir für eine Kreditprüfung ein gewisses Mindestmaß an Informationen. Ich habe ja vorhin schon dieses Rahmengerüst angesprochen, das ich dann dort vorge schlagen hatte. Also, mal ausreichend Informationen zum Kreditnehmer, Informationen zu den historischen Zahlen, Informationen „Wie sind denn diese Kredite besichert sind? Was ist denn der Business Case dafür? Wie sieht denn das Rückzahlungsprofil aussieht?“ etc. - - Und ich hatte sehr, sehr, sehr viele Rückfragen zu diesen Bürgschaftsanfragen und - - Ja?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie mir schildern, was dann passiert ist? Also, was ist dann operativ passiert, als Sie - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das lasse ich mal zu. Aber das Zeitkontingent ist deutlich drüber; aber ich lasse die Frage im Zusammenhang mal zu.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie mir zukünftig ein bisschen vorher Signal geben, weil ich achte nicht auf die - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir hatten den Timer laufen lassen, deswegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, „Was ist da passiert“? Hm, für mich - - Ich habe mich nie in einer Situation befunden, wo ich das Gefühl hatte, ich verstehe diese Bürgerschaftsanfragen, und ich habe die ausreichenden Informationen, um sie genehmigen zu können, und deshalb habe ich schlussendlich dagegengestimmt. - Dieser Prozess hat mehrere Monate im Jahr 2017 beansprucht. Es war ja immer so bei der Wirecard: Sie haben diese Informationen nicht zügig bekommen, und wenn Sie sie bekommen haben, waren sie wieder nicht vollständig. Ich glaube, das ist nicht nur dem Aufsichtsrat so ergangen, sondern auch den Prüfern und vielen anderen, ja? - Gut, aber ich frage halt so lange, bis ich es verstehe. Und nur weil es Zeitdruck gibt oder die Informationen nicht kommen - - bin ich halt meiner Haltung da treu geblieben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann geht das Fragerecht als Nächstes an den Kollegen Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Frau Kleingarn! Vielen Dank, dass Sie der Bitte als Zeugin gefolgt sind. - Ich möchte noch mal einsteigen mit dem Rücktrittsschreiben, das Sie verfasst haben und uns zur Verfügung gestellt haben. Das ist ja an die Aufsichtsräte in Duform adressiert. Wissen Sie denn, ob das darüber hinaus - - Bei wem ist es überall gelandet? Können Sie das rekonstruieren? Wissen Sie das?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich weiß nicht, was die Aufsichtsratsmitglieder mit den Schreiben gemacht haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob - -

(Cansel Kiziltepe (SPD):
Könnten Sie Ihr Mikro
anmachen?)

Zeugin Tina Kleingarn: Entschuldigung. - Ich kann Ihnen nicht sagen, was die Auf-

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie es noch mal fürs Protokoll.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann Ihnen nicht sagen, was die Aufsichtsratsmitglieder mit dem Schreiben gemacht haben. Das müssen Sie sie selbst fragen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt - man bleibt ja dann durchaus vielleicht mit dem einen oder anderen auch noch mal in Kontakt -, ob dann Ihr Rücktritt, Ihr Rücktrittsschreiben, was ja auch sehr klare Aussagen enthält - - Hat das intern Reaktionen, also nicht nur im Sinne von „Verdammt, jetzt haben wir eine geschätzte Kollegin verloren“, sondern Reaktionen operativer Art im Unternehmen, hervorgerufen?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich sage mal so: Der - - Also, das Schreiben war an den Aufsichtsrat gerichtet und nicht an den Vorstand, sozusagen. Ob es ins Unternehmen gelangt ist, das weiß ich gar nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende, aber auch meine damalige Kollegin, mit der ich in den Aufsichtsrat in 2016 gezogen bin, sehr stark versucht haben, mich umzubewegen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie umzube- -

Zeugin Tina Kleingarn: Also, mich umzustimmen. Also, die haben, also - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die denn Ihre Auffassung geteilt, die Sie dadrin formuliert haben?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie die fragen. Also, ich habe diesen Brief nicht mit denen besprochen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Concerns haben Sie ja möglicherweise auch vorher schon mal - weiß ich nicht - im Vieraugengespräch oder so mal erwähnt, oder war das das - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, die Concerns habe ich nicht nur im Vieraugengespräch erwähnt. Die habe ich im Aufsichtsrat - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich meine, das ist ja - - Sie haben ja da viele Beispiele drin, wo ich mit der Praxis nicht einverstanden war, und Themen wie Bürgschaften, wo ich dagegengestimmt habe, bzw. auch CFO, wo ich eindeutig anderer Meinung war. Wie gesagt: Keiner war happy mit der Situation. Aber ich habe es am stärksten empfunden.

Ich meine, dieser Brief fasst ja ganz gut zusammen, was die Gründe sind für mein Ausscheiden. Und die haben natürlich die Mitglieder des Aufsichtsrats während der Amtszeit ja miterlebt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War denn im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Treffen und Diskussionen - - Ging es auch mal um Pressearbeit, und zwar jetzt nicht Pressearbeit im Sinne von „Wir müssen jetzt mal eine Pressemitteilung rauschicken“, sondern Imagepflege oder dergleichen? Weil ja durchaus einfach auch zu dem Zeitpunkt es in Ihrer aktiven Zeit sehr kritische Berichterstattung immer mal wieder gab. Sie haben den Zatarra-Report und anderes auch erwähnt. War das Teil der Diskussionskultur?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir jemals um Imagepflege im Aufsichtsrat gesprochen haben. Ich sehe das auch nicht als Aufgabe des Aufsichtsrats, sich darum zu kümmern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder dass man mal einen konkreten Artikel, der erschienen ist, da diskutiert hätte und gesagt hat: „Hier steht ja irgendwas, was nicht so nett ist wie bei uns. Lasst uns mal darüber sprechen“?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, die Panama Papers* hatte ich ja eben gerade schon angesprochen. Und natürlich war dieser

damalige „manager magazin“- - den Sie ja auch alle kennen werden, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm, 2017, ja.

Zeugin Tina Kleingarn: - auch Teil der Jahresabschlussprüfung. Der wurde da adressiert. Der war natürlich auch selbst bei EY Gegenstand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weitergehend: Politisches Lobbying in dem Sinne, war das ein Thema, mit dem der Aufsichtsrat sich beschäftigt hat?

Zeugin Tina Kleingarn: Meines Wissens nach nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es für Sie plausibel in der Rückschau - - Sie haben ja Herrn Ley erwähnt, der ja dann nicht immer die Funktion des Finanzvorstands irgendwann innehatte und als Berater angestellt war, vor allem - so liest man - auch um politische Kontakte aufzubauen. Das haben Sie dann - - war nach Ihrer Zeit. Haben Sie eine Rückschau? Wie bewerten Sie das? Ist das plausibel? War das vielleicht vorher mal auch schon Thema, dass es schon lange auf der Agenda des Unternehmens Wirecard war, sich da mehr zu engagieren?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass es um dieses - - dass es je - - Ich kann mich nicht erinnern, dass es jemals um irgendwie Lobbythema oder derartige Kontakte geht. Ich kann Ihnen sagen, dass der Grund für den Beratervertrag für Herrn Ley war, für den damaligen CFO, sozusagen den designierten CFO auch in seiner Amtseinarbeitung zu unterstützen. Und ich hatte ja eben schon angesprochen: So was wie Kapitalmarktkommunikation war jetzt ein Thema, wo ja der damalige CFO sehr viel Erfahrung hatte. Aus diesen Gründen hat es für mich schon Sinn gemacht, den ausscheidenden CFO auch weiterhin zur Unterstützung der Firma zu haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann, wer möchte? - Fritz Güntzler. Bitte schön, Herr Güntzler.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank auch, Frau Kleingarn, dass Sie uns einen Einblick in das Zusammenleben in der Wirecard AG hier geben. Sie haben in Ihrem Brief an Ihre Kolleginnen und Kollegen ja ausgeführt, dass es Ihrer Ansicht kein adäquates Corporate-Governance-System gäbe. Könnten Sie noch mal für mich konkretisieren, was Ihnen gefehlt hat? Kann man das so auf drei, vier Punkte bringen, die Sie erwartet hätten, dass dies umgesetzt wird und gelebt wird im Wirecard-Konzern?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. - Also, Sie wissen, dass sozusagen ja die Corporate Governance den rechtlichen und faktischen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung von Unternehmen regelt, ja, damit nichts schiefläuft. Und in meinen Augen hätte man das Unternehmen viel stärker professionalisieren müssen, insbesondere um an das schnelle Wachstum und die damit einhergehende Komplexität anzupassen. Und was meine ich konkret damit? Ein COO, der diese Rolle auch ausführt, frisches Blut im Vorstand, gerne auch auf der zweiten Ebene, und diese ganzen Prozesse, dass ich die richtigen Informationen in ausreichender Form zum richtigen Zeitpunkt sowohl beim Aufsichtsrat als auch bei den Prüfern habe.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie klugerweise, bevor Sie das Aufsichtsratsmandat angenommen haben, eine Due Diligence durchgeführt haben und sich das näher angeguckt haben. Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie grundsätzlich eigentlich einen Prüfungsausschuss für erforderlich halten, haben darauf hingewiesen, bei drei Aufsichtsräten macht das nicht unbedingt Sinn. Aber der Aufsichtsrat wurde ja mit Ihrer Wahl größer; dann waren es ja fünf. Also, den Prüfungsausschuss gab es nicht.

Es gibt ja die sogenannte Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz zur Beachtung dieses Kodex. Dort ist die Wirecard ja immer schon in erheblichen Umfängen abgewichen, eben weil sie

keine Ausschüsse hatte. Es gab keine Empfehlung zur Benennung von Zielen bei Aufsichtsräten. Die Halbjahres- und Quartalsberichte sind nicht mit dem Aufsichtsrat erörtert worden. Und Sie haben auch schon darauf hingewiesen: Der Konzernabschluss sollte ja eigentlich 90 Tage nach Geschäftsende vorgelegt werden. All diese Dinge sind kontinuierlich in den Berichten ja enthalten. Hat Sie das nicht misstrauisch gemacht? Also, ich verstehe, dass Sie überrascht sind über das Innenleben dort. Aber waren das nicht schon Indizien? Hätten das nicht schon Alarmsignale sein können, bevor man das Mandat dann annimmt?

Zeugin Tina Kleingarn: Ob so was Indizien für Betrug sind?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein. Dafür dass es die Governance nicht in dem Sinne gibt, wie Sie sich das vorstellen. Also, wenn - -

Zeugin Tina Kleingarn: Wissen Sie, ich habe ja auch seit 2013 Start-ups beraten, ja. Und wer von Ihnen Start-ups kennt, weiß auch: Start-ups haben ihre Stärken nicht in der Corporate Governance, ja. Und ich habe schon ein bisschen antizipiert, dass es da vermutlich Verbesserungsbedarf gibt. Und ganz ehrlich: Bei 30 Prozent Wachstum global, mit Aktivitäten weltweit gibt es immer was zu tun, ja. Dass es so viel zu tun geben würde, können Sie aber als Externer nicht sehen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Würden Sie Wirecard immer noch als Start-up sehen, also zu dem Zeitpunkt, als Sie eingetreten sind dort?

Zeugin Tina Kleingarn: „Start-up“ ist jetzt ein sehr weiter Begriff. Also, das Unternehmen hatte schon damals eine stattliche Größe. Aber relativ gesprochen, haben die Strukturen nicht dieser Unternehmensgröße Rechnung getragen. Das meine ich damit, ja.

Und vielleicht noch mal auf dieses Wort „Due Diligence“ zu sprechen kommen. Sie haben recht: Ich habe das gesagt. Das müssen Sie ein bisschen in Anführungszeichen sehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, das habe ich schon verstanden.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, als Externe habe ich da wenig - - Ja, also, das war eine Desktop-recherche.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, ich habe mich persönlich gefragt, der ja auch in manchem Aufsichtsrat sitzt, ob man nicht - - Ich will das nur erfragen. Also, da sind nur drei Aufsichtsräte und dann nur fünf. Und bei dieser Größe des Unternehmens, da kommen doch Zweifel auf, ob die Größe reicht oder - -

Zeugin Tina Kleingarn: An der Größe des Aufsichtsrats -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Tina Kleingarn: - kommen Zweifel auf?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Bei Ihnen nicht?

Zeugin Tina Kleingarn: Zweifel für was? Für Betrug?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein, nein. Ich bin ja gar nicht beim Betrug. Ich frage ja mich: Ist ein Aufsichtsrat - - Oder muss ein Aufsichtsrat nicht eine Mindestgröße haben, um seine Tätigkeiten so auszuüben, wie das Aktiengesetz es vorsieht? Weil auch alle Kompetenzen am besten dort vertreten sein sollten. Haben Sie das Gefühl - frage ich anders -, dass mit den fünf Personen oder mit den vier Kolleginnen und Kollegen, die Sie im Aufsichtsrat dort gesessen haben, alle notwendigen Kompetenzen für die Überwachung des Unternehmens in dem Aufsichtsrat vertreten waren?

Zeugin Tina Kleingarn: Es ist nicht an mir, zu beurteilen, ob alle Kompetenzen vertreten waren. Das Gesetz sieht vor, dass ein Aufsichtsrat mindestens drei Personen haben muss. Das war ja gegeben. Und ich glaube, die Initiative des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, den Aufsichtsrat zu erweitern, das ging von ihm aus. Ich würde mal vermuten, der Vorstand war nicht so begeistert davon, da jetzt neue Personen drin zu haben.

Das ist aber nur eine Vermutung. Wir sind da sehr freudig willkommen worden. Aber ich meine, durch diesen Schritt wurde ja die Kompetenz des Aufsichtsrats signifikant verstärkt, ja. Wir haben da richtig Schwung reingebracht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Haben Sie das Gefühl, dass die Fragen, die Sie ja anscheinend zu Recht gestellt haben, im Aufsichtsrat früher nicht gestellt worden sind, also dass es noch weniger Informationen vorher gegeben hat, dass es immer eine Überraschung gab, als Sie so viele Fragen gestellt haben?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich war davor nicht dabei. Daher weiß ich nicht, welche Fragen gestellt worden sind. Aber ich habe mir schon sagen lassen, dass das dann schon richtig - - dass das dann schon mit sehr viel Schwung losgegangen ist, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Also, ich stelle diese Fragen, weil wir verstehen wollen das System: Wie haben Vorstand und Aufsichtsrat zusammengewirkt in der Wirecard AG? Weil diese Governance-Frage beschäftigt uns schon sehr, weil wir ja auch den Auftrag haben, darüber nachzudenken, ob wir dem Gesetzgeber oder uns selber noch mal Vorschläge machen für Reformen.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, ich verstehe Sie da natürlich, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und deshalb wollen wir gucken - - Das ist jetzt nicht als Vorwurf an Sie formuliert, sondern einfach ein Verstehen zu entwickeln; denn wir haben ja in § 111 Absatz 1 Aktiengesetz die Vorschrift: „Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen.“ Und wir stellen uns die Frage: Hat der Aufsichtsrat der Wirecard AG diese Überwachungsfunktion wahrgenommen?

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Das ist aber jetzt eine Rechtsfrage, ne?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja. Ich habe sie auch einfach nur mal in den Raum gestellt. Ich habe es ja nicht als Frage formuliert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe zwei Sachen dazu zu sagen. Die Erweiterung des Aufsichtsrats von drei auf fünf Personen mit den Kompetenzen, die dann neu in den Aufsichtsrat reingekommen sind, war hervorragend. Wie der Aufsichtsrat zu dritt vor meiner Amtszeit agiert und gehandelt hat, weiß ich nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Können Sie auch nicht wissen, selbstverständlich. - Ich habe dann aber doch noch mal eine Frage zu Ihrer Zeit. Wenn ich das richtig im Geschäftsbericht gelesen habe - es gibt ja auch den Bericht des Aufsichtsrats an die Aktionäre -, hat an der Aufsichtsratsitzung am 5. April 2017 der Abschlussprüfer teilgenommen. Vorfrage: Sie haben vorhin gesagt, es gab sogar noch eine Vorbesprechung zu dieser Aufsichtsratsitzung.

(Die Zeugin nickt)

Sind dort - - Also, erste Frage: Sie haben in Ihrem Brief geschrieben an die Kolleginnen und Kollegen, dass das Testat gefährdet gewesen sei. War das nur, weil - so habe ich Sie eben vorhin verstanden - Informationen nicht vorgelegt werden können oder weil auch ganze Sachverhalte völlig strittig waren, bilanzpolitisch zum Beispiel?

Zeugin Tina Kleingarn: An die genauen Details - - Also, es gab natürlich viele Prüfungsschwerpunkte, ja. Aber an die genauen Details, was damals wo welchen Stand hatte, kann ich mich nicht gut genug erinnern, um das jetzt aussagen zu können.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, aber Sie erinnern sich, dass es eine umfassende Diskussion zu dem Abschluss gab mit dem Abschlussprüfer, oder ist das eher so gelaufen, der Abschlussprüfer trägt vor - -

Zeugin Tina Kleingarn: Also, aus meiner Erinnerung von der vorzubesprechenden, von der vorangegangenen Sitzung, die zwischen Prüfer und Aufsichtsrat war, auf die Sie gerade angesprochen haben, wo ja dann auch die Nachricht kam, das Testat könnte möglicherweise nicht erteilt werden, meine ich mich zu erinnern - - Also, es war ja immer, dass diese Information noch nicht

da war - die Company war nicht fertig -, dass insbesondere zu dem TPA-Geschäft auch Informationen fehlten.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn Sie das Zusammenwirken beobachtet haben des Abschlussprüfers oder die Vertreter des Abschlussprüfers und des Vorstandes, haben Sie da eher eine kritische Distanz gesehen, oder gab es da über Jahre auch eine gewisse Nähe, Vertrautheit, die man irgendwie gespürt hat?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe ja nur eine Prüfung mitgemacht. Insofern war das die sozusagen einzige und erste. Und die ganze Zusammenarbeit zwischen Prüfer und Firma habe ich ja bis zu diesem 5. April nicht mitbekommen, ja. Und ich hatte mich ja wiederholt immer erkundigt, gerade auch im Hinblick auf die Ereignisse, die ich aus dem Vorjahr gehört hatte: Sind wir auf einem guten Weg, ja? Und ich habe es immer beim ARV, beim Aufsichtsratsvorsitz angefragt. Und er - wie ich es ja auch geschildert hatte - hatte einen regelmäßigen Draht sowohl zum Prüfer als auch zum CFO. Es war alles auf einem guten Weg.

Und ich erinnere mich aber, dass aus dieser Sitzung am 5. April oder auch in der Woche davor - - Also, ich meine, ich war ja in Alarmmodus seit dieser Vorsitzung. Ich habe immer wieder nachgefragt. Das war dann auch der Zeitpunkt - also, Abschluss ist CFO-Thema, ja -, wo dann auch vom CEO bestätigt wurde über den - - Also, es ging immer Sprachrohr Aufsichtsratsvorsitzender - das war ja keine Sitzung zum damaligen Zeitpunkt -, dass alles auf einem guten Wege sei. Und das hat uns dann auch schon - - Okay, das habe ich auch geglaubt. Wir haben aber natürlich trotzdem im Aufsichtsrat besprochen und den Vorstand darauf hingewiesen, dass, wenn sich das Testat möglicherweise auch verzögern würde, das ad-hoc-pflichtig sei für eine Aufschubentscheidung, ja. Aber da kam die Rückmeldung vom Vorstand: Nein. Wir sind auf gutem Weg. Wir schaffen das auch ohne Aufschubentscheidung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und in dieser Sitzung - - Und sozusagen auch Tage vor dem 05.04. kam auch vom Aufsichtsratsvorsitzenden - - Ich erkundigte mich da auch: Wann kriege ich denn jetzt endlich mal die Prüfungsunterlagen, um mich auf diesen Termin vorzubereiten, ja? Die waren natürlich nicht fertig. War die Aussage vom Aufsichtsratsvorsitzenden - die hatte er bekommen -: EY kämpft um das Testat. - Und ich glaube, EY hat gekämpft im Sinne von: Er* hat versucht, das zu machen, was sie machen müssen. - Aber auf die Frage hatte ich - - war es mein Eindruck, dass EY möglicherweise das Testat durchgewunken hat - - ist meine Antwort: auf keinen Fall. Es war auf keinen Fall mein Eindruck.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber zur Sitzung am 05.04. hatten Sie dann einen Prüfungsbericht bekommen mit dem entsprechenden Testat?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. Das Testat ist dann Gott sei Dank am 05.04. erfolgt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): An dem gleichen Tag?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, nein. Diese Vorsitz war ja eine Woche vorher, als das Ganze hochkam. Aber die Firma hat, wie so oft, in letzter Minute dann noch geliefert.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, Sie haben zu der entscheidenden Sitzung als Aufsichtsratsmitglied den Prüfungsbericht bekommen?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, natürlich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, mittlerweile wundert mich nichts, also von daher - - Okay. Gut.

Ich habe dann noch eine Frage, bevor der Kollege Hauer noch weitermacht. Im Geschäftsbericht ist ja auch enthalten der Bericht des Aufsichtsrats an die Aktionärinnen und Aktionäre. Und gerade wenn ich mir den ansehe für die Zeit, als Sie auch Mitglied des Aufsichtsrates waren, will ich nicht sagen, dass er euphorisch klingt. Aber es liest sich nicht so, dass es irgendwelche Probleme gebe, auch die Probleme, die Sie angesprochen haben, oder Verbesserungsvorschläge.

Von daher wäre meine konkrete Frage: Dieser Bericht, hat den der Aufsichtsrat selber entwickelt, oder ist Ihnen ein Vorschlag des Unternehmens vorgelegt worden? Ist dieser Bericht debattiert worden? Hatten Sie eine Chance, dort Einfluss zu nehmen und vielleicht auch ein paar kritische Töne hineinzubringen?

Zeugin Tina Kleingarn: Also: Meines Wissens nach und auch aus meiner Erinnerung wurden - - Also, es ist ja häufig üblich, dass die Anwälte diese Berichte erst mal vorschreiben. Und in dem Fall war das nicht der Anwalt des Aufsichtsrats, sondern das lief immer alles über die Anwalts-gesellschaft der Firma. Ich erinnere mich, dass ich - das muss ja dann der Bericht des Aufsichtsrats von der 16er-Prüfung gewesen sein - - dass es sehr, sehr spät eine Fassung gab. Also, das ist bilateral zwischen dem ARV - das ist auch üblich - und dann den Anwälten gemacht worden. Und die Mitglieder haben dann eine quasi finale Fassung bekommen zur Kommentierung. Allerdings war natürlich diese Kommentierung - - Oder das war natürlich nicht - - Also, hier sind ja auch - - Also, das war vor dem 05.04.

Und ich erinnere mich, dass ich dann auch schriftliche Anmerkungen gemacht habe und zum Beispiel eine, dass hier ja steht, dass der Vorstand mit uns die Quartals- und Halbjahresberichte regelmäßig im Vorfeld besprochen hat. Und da habe ich angemerkt, dass das nicht der Fall gewesen ist, aber dass das sicherlich eine gute Idee wäre, weil das ja der Corporate Governance Kodex auch so vorsieht. Und ich habe dann auch eine Bestätigung des Aufsichtsratsvorsitzenden bekommen. Er hatte das mit der Firma orchestriert, mit der Bestätigung, dass der Satz abgeändert so reingeht. Und Sie sehen: Es ist leider nicht erfolgt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Nehme ich so zur Kenntnis. - Hans Michelbach, wenn ich darf, Herr Vorsitzender.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, gut. Ich lasse mich von jedem ankündigen sozusagen. Ich darf - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Ich würde gern noch eine Sache ergänzen. Das ist mir allerdings nicht sofort aufgefallen; das ist mir erst später aufgefallen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Darf ich?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Frau Kleingarn, vielen Dank. - Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich so gut mit den Einlassungen uns darstellen, weil wir haben ja den Auftrag, Licht in das Dunkel bei Wirecard zu bekommen, die insbesondere auch die Persönlichkeiten, die dort Führungsaufgaben wahrgenommen haben - - Und wir haben vor wenigen Stunden den Herrn Braun hier gehabt, der uns mitgeteilt hat, dass er aussagewillig bei der Staatsanwaltschaft ist. Die Staatsanwaltschaft hat uns gerade mitgeteilt, dass sie davon nichts wisse und das auch nicht für bare Münze hält. Das ist ja im Grunde genommen dreistes Lügengebäude. War das nach Ihrer Einschätzung üblich, dass da mit so gespaltenen Zunge gearbeitet wurde, oder halten Sie das - - Also, wir halten das natürlich für dubios, wenn man uns so etwas erklärt und wir dann von der Staatsanwaltschaft genau das Gegenteil hören.

Ich möchte eigentlich fortsetzen damit, dass wir ja bei der „Financial Times“ immer wieder den Vorwurf gehört haben, dass Firmenkäufe, Firmenankäufe wie zum Beispiel von Wirecard in Indien - - wurde da ja geprüft, aufs Korn genommen. Und man arbeitete in London heraus, dass die Angaben über die Bedeutung der Unternehmen auf dem Markt für Zahlungsdienstleistungen weit übertrieben waren. Das heißt also, Sie sprechen ja auch von schnellem Wachstum, das man Ihnen scheinbar dargelegt hat. Aber war das nicht nur ein Scheinwachstum? Hat man nicht kleine Unternehmen günstig gekauft und anschließend in den Bilanzen teurer, hochwertiger dargestellt, wie sie in Wirklichkeit waren? Gab es da in Ihrer Zeit Firmenkäufe, die Sie als Aufsichtsrätin noch mal hinterfragen konnten, hinterfragt haben? Waren Ihnen, ich sage mal, diese generellen Vorwürfe, die ja von der „Financial Times“ immer

wieder so dargestellt wurden, bekannt? Haben Sie sich vom Vorstand über Firmenkäufe unterrichten lassen, oder war das ein Tabuthema, dass man gesagt hat, da hat der Aufsichtsrat keinen Einblick? Also, wie sind Sie in diesen Gesprächen mit natürlich diesen Erklärungen des Vorstandes umgegangen? Und Firmenkäufe gehören ja zur Ausrichtung des Konzerns und sind da mit dem Aufsichtsrat abzustimmen. Wie hat diese Abstimmung bei Ihnen stattgefunden? Konnten Sie da hinterfragen, ob die Werte wirklich auch gegeben sind? Vielleicht dazu noch mal.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. - Also, ich darf sagen, dass, als ich Aufsichtsrätin der Firma war, ich nicht das Gefühl hatte, vom Vorstand belogen zu werden. Ich habe dem Vorstand vertraut, ja. Ich habe dem damaligen CEO vertraut, und ich habe auch den beiden anderen Vorstandsmitgliedern vertraut.

Auf Ihre Frage nach den M&A-Akquisitionen: Natürlich haben wir uns berichten lassen. Ich hatte ja vorhin bereits ausgeführt: Es ging mal darum, wie sich die in der Vergangenheit akquirierten Unternehmen dann innerhalb der Wirecard entwickelt haben. Es ging um die Pipeline: Was ist denn noch so im Köcher, was denn demnächst mal möglicherweise zum Kauf ansteht?

Und die konkreten M&A-Transaktionen haben wir uns natürlich berichten lassen. Jeder im Aufsichtsrat hatte die Möglichkeit, nachzufragen. Das hat - - Der Aufsichtsratsvorsitzende hat auch jeden - - Also, ich erinnere mich an Situationen, wo der Aufsichtsratsvorsitzende auch gesagt hat: Hier sind die Unterlagen. - Es war ja immer - - Immer war ja alles mit Zeitdruck für diese Beschlüsse. Nichtsdestotrotz: In diesen Situationen hat sich der Aufsichtsrat die Zeit genommen, nachzufragen, wenn es Unklarheiten gab, Unverständnis erhalten. Und ich erinnere mich zum Beispiel an ein - - Entweder fand das im Rahmen der Sitzung statt. Da erinnere ich mich an Transaktionen. Und ich erinnere mich aber auch an eine Telefonkonferenz, in der Herr Marsalek ausführlich diese Fragen beantwortet hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber Sie haben ja gesagt, dass die Werte sportlich waren -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Michelbach!

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - ja, ich will nur noch abschließen -, dass die Werte sportlich waren, die Sie dann vorgelegt bekommen haben. Kann es nicht sein, dass wirklich so, wie man bei - - wie man jetzt mutmaßt, dass diese Werte doch getürkt waren, weil die Werte gar nicht nachgewiesen so hoch waren?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, das ist mein subjektives Empfinden gewesen, dass die eine oder andere Transaktion vielleicht schon eher ein bisschen sportlich war. Ich kann aber nicht sagen, dass ich immer das Gefühl hatte, dass die Preise immer viel zu hoch sind. Diesen Eindruck hatte ich nicht.

Und ich meine: Ich mache seit 20 Jahren M&A-Transaktionen. Ich glaube, dass ich da ein sehr gutes - - sehr gute Expertise für - - habe, das einschätzen zu können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann nehme ich jetzt wieder virtuell den Hut ab und schlüpfe in meine Rolle als normales Ausschussmitglied.

Das ist eigentlich ein gepflegter Doppelpass. Und ich möchte aber trotzdem auch noch mal näher darauf eingehen, auf Goomo und - ich hoffe, ich spreche es richtig aus - Bijlipay. Dan McCrum hat sehr gut ausgeführt: Das kann ein guter Modus Operandi sein, kurz vor Jahresende Kredite aufzunehmen, ein Unternehmen zu akquirieren und dann quasi etwaige Finanzlücken im darauffolgenden Jahr - - eben mit dieser angedeuteten Methode - durch den Kollegen Michelbach - dann quasi durch die Überzahlung Liquidität oder auch Wachstum darstellen zu können. Insoweit würde ich da gerne noch mal nachfragen wollen. Ich finde es stark, dass Sie da diese Haltung gehabt haben, zu sagen: Da möchte ich mehr wissen.

Wann und an wen haben Sie die Mail oder diese Nachricht verschickt, dass Sie sagen: „Das ist mir jetzt“ - Sie haben es ausgedrückt - „ein bisschen dünne“? Welche Informationen hatten Sie zu diesem Zeitpunkt zu den besagten Unternehmen? Und würde mich mal interessieren: Haben Sie noch eine zufriedenstellende Antwort eben entsprechend erhalten? Und sahen Sie sich vielleicht dann doch genötigt, als die Informationen da waren - oder waren sie nicht mehr da -, dann vielleicht doch zu sagen: „Hm, jetzt sage ich jetzt mal den Aufsichtsbehörden an der Stelle, was diese Zukäufe angeht in Verbindung mit den Krediten, Bescheid“?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe mich nie genötigt gefühlt. Das sehen Sie alleine daran, wie intensiv ich immer nachgefragt habe und dass ich auch gegen Beschlüsse gestimmt habe, jetzt mal auf die Kredite anzusprechen.

Was war die weitere Frage, bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die weitere Frage war: Welche Informationen - - Haben Sie dann noch Informationen zu diesen Krediten entsprechend und den Zukäufen erhalten in Ihrer Amtszeit und, wenn ja, waren die dann zufriedenstellend?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wenn Sie von - - Sie hatten ja am Anfang gesagt, Kredite, mit denen dann M&A-Transaktionen getätigt worden sind, ja. Das sind Kredite, die die Firma aufgenommen hat. Von denen habe ich nicht gesprochen. Ich habe von Krediten gesprochen, die dann auf der Bankenebene gegeben worden sind und die dann nach KWG auf der AG-Ebene einer Bürgschaft bedurften, die vom Aufsichtsrat genehmigt werden musste.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann würde mich noch mal interessieren: Sie hatten das ja auch so ein bisschen schon ausgeführt und sind drauf eingegangen, auch zu den Sitzungsterminen - - und dann das Testat ja doch noch erteilt wurde. Wie verlief diese Erörterung mit Ernst & Young? Gab es bezüglich der Billigung des Abschlussberichtes für das Jahr 2016 noch weitere - - danach trotzdem Unstimmigkeiten im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufsichtsrat? Denn das ist ja dann quasi last minute reingekommen, das Testat.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich bin mir nicht sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, Sie sprachen ja davon, dass Gott sei Dank dann noch das Testat kam. Ich glaube, 05.04. war das Datum, was eben genannt wurde. Und nun ist die Frage: Wie wurde jetzt dennoch - - Weil Sie sagten ja, das ruckelte ein bisschen. Gab es dann noch eine kritische Erläuterung des Berichtes von Ernst & Young, oder hat man gesagt im Aufsichtsrat: „Na ja, okay. Wir haben das Testat. Alles ist in Ordnung“?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, in der Sitzung am 05.04. hat dann natürlich, wie es für solche Sitzungen üblich ist, auch eine Erläuterung seitens EY und der Gesellschaft stattgefunden. EY hat beispielsweise durch die Unterlage geführt und alle wichtigen Sachverhalte erläutert. Und diese waren - - Es gab keinen Sachverhalt aus meiner Erinnerung, der nicht zu dem Zeitpunkt zufriedenstellend gewesen ist, sodass EY nicht hätte das Testat geben können. Und ich habe mich auf das Testat verlassen. Und es wurden auch ausreichend die Zusammenhänge erklärt.

Was für mich damals wichtig gewesen ist: dass man diesen ruckeligen Prüfungsprozess natürlich im Nachgang noch mal intensivst mit dem Vorstand aufarbeitet. Das geht so einfach nicht, ja. Und - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie war Ihr Eindruck? Kam das an bei den Vorstandskollegen, die Sie daraufhin angesprochen haben? Ist das durchgedrungen?

Zeugin Tina Kleingarn: Aufsichtsratskollegen meinen Sie, ne?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, diese - - Also, wir hatten dann auch einen Monat oder so später mit dem Prüfer eine Aufarbeitungssitzung, und in der

wurde ganz klar ein Fahrplan entwickelt, was gemacht werden muss. Ich hatte auch den Eindruck, dass der Prüfer damals möglicherweise - - Also, der Prüfer hat die weitere Fortsetzung des Mandats abhängig gemacht vom Prüfungsverlauf vom „Project Ring“, ja. Also, ich hatte den Eindruck, EY war schon an einem Punkt, wo sie möglicherweise die Prüfungstätigkeit auch nicht mehr weitergeführt hätten. Insofern war das schon natürlich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben die vielleicht in dem Zusammenhang auch mal Kontakte zur BaFin oder zu Aufsichtsbehörden erwähnt, auch im Hinblick dann ja auf die Berichterstattung der „Financial Times“ oder eben jetzt dem - - nennen wir es mal - Ruckeln im Abschluss? Haben die da was erwähnt oder eher nicht? Aber das ist ja schon ein starkes Indiz, was Sie dort nennen.

Zeugin Tina Kleingarn: Wer hat was erwähnt?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Prüfer von Ernst & Young, haben die in diesen Gesprächen und auch in dem Nachganggespräch, wo Sie den Eindruck hatten: „Mensch, die schmeißen vielleicht, eventuell das Handtuch“, mal über Kontakte - -

Zeugin Tina Kleingarn: Also, EY hat klar zum Ausdruck gebracht, dass, was sie - - also, unter welchen Umständen sie das fortführen, ja. Was ist mit der BaFin und EY?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben da vielleicht die Prüfer von Ernst & Young auch Kontakte zur BaFin erwähnt oder gesagt: „Mensch, wir haben in diesem Zusammenhang mal eine Adresse und uns adressiert an eine der Aufsichtsbehörden“, oder - -

Zeugin Tina Kleingarn: Davon habe ich nichts mitbekommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann setze ich den Hut des Vorsitzenden wieder auf. Und es geht weiter mit der Fraktion der SPD. Ich frage: Wer möchte? - Die Kollegin Kiziltepe. Bitte schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ja, vielen Dank, Frau Kleingarn. Meine Fragen beziehen sich auch auf die Wirtschaftsprüfung und das Verhältnis zum Aufsichtsrat. Und bitte auch nichts als Vorwurf verstehen. Das ist der größte Bilanzskandal, den wir in der deutschen DAX-Geschichte haben. Uns geht es auch darum, alles zu verstehen, weil keiner will es gewesen sein, keiner will zuständig sein, und das ist unbefriedigend.

Sie sprechen in Ihrem Schreiben, in dem Sie Ihr Amt niederlegen, im vorletzten Absatz ja - - oder schreiben:

Früher oder später werden sich diese Mängel rächen und eingegangene Risiken sich womöglich materialisieren. (?)

Können Sie kurz ausführen, was Sie genau damit meinen, welche Szenarien Sie damals im Kopf hatten?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, das ist de facto die Zusammenfassung dieses Briefs in einem abschließenden Satz. Die ganzen Beispiele finden Sie dazu im Brief. Und ich muss Ihnen auch sagen: Als ich diesen Brief geschrieben habe, war das mein Anliegen, mich meinen Kollegen mitzuteilen, dass die meine Beweggründe für die Niederlegung verstehen. Ich hätte nie gedacht, dass ich irgendwann, heute, bei Ihnen sitzen würde, um mich um diesen Brief - - dass dieser Brief noch mal relevant werden würde, ja, sondern es war, dass mir diese Niederlegung sehr schmerzlich gefallen ist, weil mir die Aufsichtsratsarbeit an sich - trotz der Differenzen, die wir natürlich ab und zu mal hatten -, aber auch in dem Gremium, das ich als - - Also, ich habe mich da gehört gefühlt, ja. Ich habe da auch sehr viel anstoßen können. Hatte ich halt das Gefühl, ich müsste mich erklären, warum ich nach so kurzer Zeit dann niederlege.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Sie haben davon gesprochen, dass Sie eine Prüfung mitgemacht haben. EY war ja einen längeren Zeitraum mit dabei. Hat Sie nicht gewundert, dass nach dieser kurzfristigen Aktion, die Sie erlebt haben,

was für Sie sehr ungewöhnlich und unbefriedigend war, dass nach einer Woche sich plötzlich alles wieder gelegt hat? Haben Sie das versucht zu hinterfragen, mit Ihren Kollegen im Aufsichtsrat besprochen oder aber auch mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und einzelnen Prüfern oder Prüferinnen?

Zeugin Tina Kleingarn: Was meinen Sie, dass sich nach einer Woche alles gelegt hatte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Na ja, in diesem Vorgespräch zu der Sitzung, wo es um den Prüfbericht 2016 gehen sollte, erfahren Sie plötzlich, dass EY womöglich nicht testieren kann, eine Woche vorher. Und dann, innerhalb einer Woche, klärt sich alles. Und es ist in diesem Prüfbericht kein Prüfungshemmnis vermerkt, war es noch nie, bis heute. Und für uns stellt sich die Frage, warum das alles so einwandfrei testiert wurde. Sie haben eben gesagt, Sie haben sich auf das Testat verlassen. Das haben alle getan. Und wir versuchen, zu verstehen, warum die Prüfung hier jedes Jahr so ausgefallen ist, einwandfrei.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, zu anderen Prüfungen kann ich natürlich nichts sagen.

Also, es war ja nicht so, dass an allen Stellen Mängel vorlagen, ja. Also, es gab auch Beispiele wie zum Beispiel die Purchase Price Allocation, also die - wie sagt man es auf Deutsch? - Allokation der Kaufpreise von den Erstkonsolidierungen der Akquisition. Da, erinnere ich mich, haben die Prüfer gesagt: Das ist sehr gut verlaufen in diesem Jahr.

Es gab andere Sachverhalte, an die ich mich erinnern kann, wie zum Beispiel die DPR-Prüfung, die auch im Rahmen dieses Jahresabschlusses aufgegriffen wurde, wo das Unternehmen auch die abgeschlossen hatte, ja. Also, ich möchte nicht den Eindruck vermitteln, dass - - Es war alles toll. Dann sind wir da hingegangen. Es war alles ganz, ganz schlecht, und eine Woche später war wieder alles ganz - - Das wäre zu extrem, ja. Und da es meine erste Prüfung war mit dem Unternehmen, hatte ich jetzt auch keinen Vergleich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, und wissen Sie, es ist immer so: Wenn Sie beispielsweise zehn Prüfungsthemen haben, da kommen Sie mit sieben gut durch, zwei sind schwieriger, und eines ist vielleicht sehr schwierig. Also, das ist ja immer - - Das ist ja immer so.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ein Aufsichtsrat überwacht ja auch ein Unternehmen. Und Wirtschaftsprüfung bedeutet ja auch Überwachung, ne? Das ist ein öffentlicher Auftrag. Gibt es da eine Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfern?

Zeugin Tina Kleingarn: Eine Zusammenarbeit?

Cansel Kiziltepe (SPD): Eine Zusammenarbeit, genau. - Also, gewöhnlicherweise.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich sage mal: Die Rolle des Aufsichtsrats ist ja, den Vorschlag für die Prüfungsgesellschaft der Hauptversammlung vorzulegen. Und natürlich gibt es auch Austausch zwischen dem Aufsichtsrat und den Prüfern. Aber es gibt keine direkte Zusammenarbeit in der Form, dass der Aufsichtsrat Zahlen erstellen würde und dem Prüfer zur Verfügung stellen würde oder dass der Aufsichtsrat die Fragen des Prüfers beantwortet. Das macht alles das Unternehmen. Aber natürlich sollte sich - - Und in einem Prüfungsausschuss kommt das natürlich auch dann noch mal mehr zutage, dass der Aufsichtsrat auch an Sitzungen teilnimmt. Und ich wusste ja auch, dass der Aufsichtsratsvorsitzende im engen Kontakt steht, im regelmäßigen Austausch mit dem CFO und dem Prüfer, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, nach etwa vier Wochen gab es eine Aufarbeitungssitzung mit den Prüfern.

Zeugin Tina Kleingarn: Mhm.

Cansel Kiziltepe (SPD): Mit dem gesamten Aufsichtsrat oder mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich meine zu erinnern - das muss im Mai gewesen sein -, dass der Aufsichtsrat diese Sitzung mit dem Prüfer hatte.

Da bin ich mir jetzt nicht hundertprozentig sicher. Aber ich wüsste nicht, warum nicht der gesamte Aufsichtsrat das hätte haben sollen. Ich hätte mir viel mehr noch eine Aufarbeitung mit dem Vorstand gewünscht, ja, dem zu sagen: So geht's nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber das war ja nicht möglich oder - -

Zeugin Tina Kleingarn: Das wäre schon möglich gewesen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, da habe ich aber die - - Also, ich glaube, ich hatte ein anderes Empfinden für die Notwendigkeit als die Mehrheit im Aufsichtsrat.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und der Aufsichtsrat hat auch kein Initiativrecht, um zu sagen: Wir setzen jetzt auf die Agenda bei der nächsten Vorstandssitzung - -

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich hat das der Aufsichtsrat, aber das erfolgte nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Erfolgte nicht?

Zeugin Tina Kleingarn: Nicht in der - - Also, ich kann mir vorstellen, dass natürlich der Aufsichtsratsvorsitzende in seinen regelmäßigen bilateralen Unterhaltungen - - kann ich mir sehr gut vorstellen, dass der natürlich das mit dem CFO und auch dem CEO adressiert hat. Da müssen Sie ihn aber nach fragen.

Was ich mir nur gewünscht hätte, wäre - gerne auch als außerordentliche Sitzung -, so was direkt mit dem Vorstand zu adressieren und nicht erst im Rahmen der Prüfungsvorbereitung 17. Das wurde schon irgendwann angesprochen. Sie müssen ja auch als Aufsichtsrat dann mal mit dem Prüfer und auch dem Unternehmen besprechen: So, wie machen wir das denn nächstes Jahr? - Weil Prüfer kommen gewöhnlich schon im Dezember ins Haus, ja. Also, das machen sie dann vermutlich im letzten Quartal. Aber ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

hätte mir gewünscht, dass wir insbesondere gegenüber dem CFO - ich meine, das fällt in sein Ressort - diese Themen wirklich zur Sprache bringen und ganz klarmachen, dass es so nicht geht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie sich eigentlich an den Namen des Prüfers erinnern in der Aufarbeitungssitzung?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, klar. Die stehen auch im Geschäftsbericht, im Testat.*

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Hatten Sie noch weiteren Kontakt zu Prüfern?

Zeugin Tina Kleingarn: Wir hatten - - Also, zu dem Prüfungsteam, insbesondere natürlich dem Prüfungsleiter, nach dem Sie auch gerade gefragt haben. Und dann gab es noch, an was ich mich erinnern kann - - hatten wir uns auch mal vonseiten des Aufsichtsrats beraten lassen durch EY - das ist aber eine ganz andere Division gewesen, Aufsichtsratsservices -, wie man bestimmte Sachen - - Zum Beispiel diese Nichtprüfungsleistungen, die müssen Sie ja sehr exakt nachhalten, ne? Also, das ist die Prüfung. Und dann gibt es die Nichtprüfungsleistungen, zum Beispiel - ich erinnere mich an - - Das musste der Aufsichtsrat dann auch genehmigen. Wenn Sie jetzt irgendwie von EY wollen, dass die sich noch mal irgendwo steuerliche Themen angucken, gehört das nicht zur Prüfung, sondern das ist eine separate Prüfungsleistung. Die darf auch ein gewisses Maß nicht überschreiten vom Auftragsvolumen, um diesen Teil schon nicht zu groß zu machen. Da hat der Gesetzgeber ja alles schon auch für Regelungen gesorgt. Und in diesem Rahmen das ordnungsgemäß aufzusetzen, hatten wir auch mal Kontakt zu den Aufsichtsratsservices. An weitere Interaktionen kann ich mich nicht erinnern.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann schreiben Sie noch in Ihrem Brief:

Es muss klargemacht werden dem Vorstand, dass eine angemessene Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer keine von außen aufgezwungene Last ist. (?)

Hat der Vorstand aus Ihrer Sicht nicht mit EY alles besprochen oder gut kooperiert?

Zeugin Tina Kleingarn: Die Frage hatte ich ja vorhin schon mal beantwortet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das stimmt.

Zeugin Tina Kleingarn: Vielleicht um es zusammenfassend zu sagen: Also, meinen Kindern würde ich sagen: Da müsst ihr besser mitmachen. - Also, in meinen Augen war das ein bisschen - - Das war auch ein Thema: Wie gehe ich mit dem Prüfer um? Und da war in meinen Augen die Gesellschaft doch an der einen oder anderen Stelle - nicht immer, aber doch manchmal - auch ein bisschen überheblich. Wenn Sie zwischen den Zeilen im KPMG-Report lesen, dann, finde ich, kriegt man das Gefühl auch ein bisschen raus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann würde jetzt die FDP-Fraktion das Wort erhalten. Dr. Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Gab es denn in Ihrer Amtszeit auch eine Ausschreibung der nächsten Abschlussprüfung und einen Vorschlag an die Hauptversammlung?

(Die Zeugin notiert sich etwas)

Zeugin Tina Kleingarn: Entschuldigung. Wer hat die Frage gestellt?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe die Frage gestellt - hier, hallo! -, ob in Ihrer Amtszeit die Abschlussprüfung neu ausgeschrieben wurde und ein Vorschlag für die Hauptversammlung unterbreitet wurde?

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich wurde das.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und das heißt? Haben da außer Ernst & Young noch andere gepitcht?

Zeugin Tina Kleingarn: Sie müssen als Unternehmen den Prüfer nicht jedes Jahr im Rahmen eines Vergabeprozesses neu auswählen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): So hatte ich - - Das ist klar. Ist auch nicht passiert.

Zeugin Tina Kleingarn: Ist auch nicht passiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Das war meine Frage. Denn Sie haben den Vorschlag natürlich gemacht; das müssen Sie ja. Aber es gab keinen neuen Vergabeprozess, richtig?

Zeugin Tina Kleingarn: Richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau. Okay. - Sie haben berichtet, dass im November 2016 Jan Marsalek über das TPA-Geschäft berichtet hat. Hat er dabei auch die Treuhandkonten erwähnt?

Zeugin Tina Kleingarn: Was meinen Sie genau mit Treuhandkonten?

Dr. Florian Toncar (FDP): Na, wir wissen ja heute, dass es zumindest 2018/19 Treuhandkonten - ja, die Konten scheint es ja gegeben zu haben; das Geld war nicht auffindbar - - jedenfalls dass Treuhandkonten ausgewiesen worden sind bilanziell und Bestände auf Treuhandkonten, von denen vorgeblich gesagt wurde, sie dienten der Absicherung der TPA-Partner. Also, haben bei der Vorstellung des TPA-Geschäfts durch Herrn Marsalek Treuhandkonten zur Absicherung der Geschäftspartner eine Rolle gespielt?

Zeugin Tina Kleingarn: In dieser Präsentation spielte das Thema keine Rolle. Es war eine Vorstellung der TPA-Aktivitäten. Und das war eher auf der operativen Seite angesiedelt, diese Präsentation, weniger auf der bilanziellen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wurde dem Aufsichtsrat im Laufe des Jahres 2016 oder 2017 mal berichtet vom Vorstand oder vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats selbst, dass es eine Short-Attacke auf Wirecard gegeben habe, zum Beispiel im Gefolge des Zatarra-Berichts?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, der Zatarra-Bericht war ja vor meiner Zeit.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Ob es jetzt wirklich im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Zatarra-Berichtes Short-Attacken gab, weiß ich nicht. Ich hatte aber schon - - Ich hatte schon den Eindruck - das kam ja auch bei der CFO-Neubestellung hervor -, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats, die schon länger dabei waren, sehr große Befürchtungen vor Kapitalmarktverwerfungen aufgrund von Leerverkäufem hatten. Das war - - Das hatte ich bemerkt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Können Sie uns die Aufsichtsratsvergütung beschreiben bei Wirecard?

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Meinen Sie das jetzt abstrakt oder konkret, weil -

Dr. Florian Toncar (FDP): Konkret.

RA Dr. Björn Bastian Boerger: - für den Untersuchungsgegenstand, wieso ist da jetzt die konkrete Vergütung relevant?

Dr. Florian Toncar (FDP): Na, ich will - - Erst mal glaube ich, dass man das nachlesen kann, weil es veröffentlicht werden muss. Aber mir geht es darum, um den - -

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Wenn man es nachlesen kann, müssen Sie die Frage nicht stellen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Bitte?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Was die Fragen betrifft, können wir schon selber entscheiden!)

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann es kurz beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Kollege. Nein, ich will dem Kollegen nur, bevor er jetzt die Sorge hat, Sie sollen hier aufs Glatteis geführt werden - - Das ist gar nicht das Ziel. Aber die Diskussion um die Struktur der Aufsichtsratsvergütung bei Wirecard hat mit Anreizmechanismen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

damit auch mit der Funktionsfähigkeit des Aufsichtsrats zu tun; denn ich habe zumindest gelesen, dass es eine variable Vergütung gegeben haben soll, dass genau hieran sich die Kritik entzündete. Und der Hintergrund der Frage ist schlichtweg, ob ein Kontrollorgan mit einer variablen Vergütung eine Fehlanreizwirkung hat. Und deswegen war - - Das ist sozusagen der sachliche Hintergrund der Frage. Euro und Cent muss ich nicht wissen, aber - - Glaube ich, kann man rauskriegen. Aber die Frage: „Wie war exakt die Anreizwirkung der Vergütung?“, ist, glaube ich, schon relevant, auch um einschätzen zu können, wie robust die Governance war.

Zeugin Tina Kleingarn: Während meiner Amtszeit war es eine „fixed“ Vergütung, eine feste Vergütung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie, ob sich das später geändert hat?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Dann: Gab es Protokolle des Aufsichtsrats, der Sitzungen?

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich gab es Protokolle.

Dr. Florian Toncar (FDP): Im Vorstand nicht immer. - Okay.

Zeugin Tina Kleingarn: Sie haben jetzt - - Sie haben nach Protokollen des Aufsichtsrats gefragt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau.

Zeugin Tina Kleingarn: Inwieweit der Vorstand Protokolle hatte, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich dachte das mit dem Vorstand nur deshalb, weil Sie „natürlich“ gesagt haben. Ich halte das auch für natürlich. Aber es war nicht alles im Vorstand natürlich, was wir gemeinsam für natürlich halten. Deswegen die Frage.

Ich habe keine weiteren Nachfragen mehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Dr. Toncar.

Zeugin Tina Kleingarn: Herr Toncar, nur um Missverständnisse zu vermeiden: Zu Vorstandsprotokollen kann ich mich nicht äußern. Zu Aufsichtsratsprotokollen: Es gibt Aufsichtsratsprotokolle.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. Nur danach hatte ich gefragt und nicht nach Vorstandsprotokollen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Und das Wort hat jetzt für Die Linke Herr De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau Kleingarn, Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie aufmerksam wurden auf das Thema Zahlungsabwicklungen für Glücksspiel im Zuge der Panama Papers. Ich komme gleich darauf zurück. War denn jemals auch Zahlungsabwicklung oder das Risiko, Zahlungsabwicklung im Bereich Pornografie im Hinblick auf illegale Pornografie, also Kinderpornografie beispielsweise, ein Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben ja ausgeführt, dass Sie von dieser Glücksspieldebatte über die Panama Papers, über die Berichterstattung Kenntnis erlangt haben. Das hat mich aufhorchen lassen, weil ich ja - - Mein letzter Untersuchungsausschuss war der im Europäischen Parlament zu den Panama Papers, dem ich angehörte. Mir war davon nichts bekannt. Ich habe jetzt nachgesehen. Könnte es sein, dass Sie sich auf die Paradise Papers bezogen haben?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kann das jetzt - - Möglicherweise haben Sie recht. Ich beziehe mich auf einen Artikel. Ich meine, er war im September 2017, um den Dreh.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das waren die Paradise Papers.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, Entschuldigung. Danke für die Klarstellung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat das irgendein, sage ich mal, aufsichtsrechtliches Handeln bei Ihnen ausgelöst, also Ansprache in einer Sitzung zum Beispiel?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. Das habe ich vorhin ausgeführt. Möchten Sie, dass ich das wiederhole?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gerne.

Zeugin Tina Kleingarn: Das wurde im Aufsichtsrat adressiert und in einer der Sitzungen vom CFO in meinen Augen und aus meiner jetzigen Erinnerung zufriedenstellend beantwortet, dass es da keine Themen gibt und dass alles rechtskonform ablief, abläuft damals und dass auch juristische Gutachten dazu vorliegen. Das können Sie dem Protokoll entnehmen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was bedeutet oder was bedeutete denn in dieser Darstellung „rechtskonform“? Das war ja ganz klar illegal, zum Beispiel in den USA.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich weiß jetzt nicht, was - - Also, ich kann mich nicht erinnern, dass da auch von den USA die Rede war. Aber meine Erinnerung ist nicht so gut. Ich habe ja sogar den Namen des Papers nicht mehr richtig - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist auch in Deutschland nicht legal, die Zahlungsabwicklung. Weiß ich, weil ich ja an der Gesetzgebung beteiligt bin.

Eine weitere Frage: Waren Sie jemals mit Organkrediten befasst?

Zeugin Tina Kleingarn: Sind Organ- - Sie meinen mit Organkrediten Kredite für den Vorstand?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Beispielsweise Herrn Braun, Herrn Marsalek.

Zeugin Tina Kleingarn: Meines Wissens - - Ich kann mich an keine Kredite während meiner Amtszeit erinnern, Organkredite.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Hatten Sie Kenntnis von größeren nicht relevanten

Kostenkontrollen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Aufbau von Rechenzentren? Da soll es einen Auftrag über 19 Millionen Euro an die Telekom gegeben haben. Waren Sie jemals damit befasst?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann mich an einen solchen Auftrag nicht erinnern, dass davon mal die Sprache war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hatten Sie Kenntnis davon, dass in mehreren Standorten Rechenzentren aufgebaut werden sollten für die Wirecard AG? War das jemals Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, die Wirecard als Technologiekonzern hat natürlich Rechenzentren und Rechenkapazität beansprucht und benötigt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): An welchen Standorten?

Zeugin Tina Kleingarn: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich gerne noch von Ihnen wissen: Gab es einen Chief Information Officer in Ihrer Zeit, also der sich auch in diesem Bereich Informationssicherung irgendwie auseinandergesetzt hat, und wie hieß der?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann mich an keinen Manager mit einer solchen konkreten Funktion erinnern. Ich erinnere aber, dass es jemanden gab, der für die Technologie zuständig war. Möglicherweise war es auch der CIO. Das kann ich nicht sagen. Aber wem - - Ich meine, natürlich braucht ein Technologieunternehmen auch solche Funktionen. Und wir hatten ein Onboardinggespräch mit einem Herrn Heuser*, der so einer -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Name Neff oder Nef ist da nie gefallen?

Zeugin Tina Kleingarn: Wie bitte?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Neff oder Nef: Ist ein solcher Name gefallen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: An so einen Namen kann ich mich nicht erinnern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dürfte ich Sie noch fragen, ob es im Zusammenhang mit den Artikeln in der „Financial Times“ - Sie hatten ja zum Kollegen Toncar gesagt, Zatarra war vor Ihrer Zeit - - ob es da thematisiert wurde, Short-Attacken?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich hatte mir jetzt gerade eine Notiz gemacht. Können Sie es bitte wiederholen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ob im Zusammenhang mit der Berichterstattung der „Financial Times“ Short-Attacken thematisiert wurden in Ihrer Zeit im Aufsichtsrat.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es - - Also, ich bin mir noch nicht mal sicher, ob diese Artikel in meine Aufsichtsratszeit gefallen sind. Und ich kann mich nicht an diese Diskussion spezifisch zu der „FT“ erinnern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die sind auch in Ihre Zeit gefallen. - Ich hätte eine weitere Frage. Aber ich glaube, ich bin mit der Zeit schon durch. Also nächste Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. Gut. - Dann hat als Nächstes das Wort der Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kleingarn, ich zitiere kurz aus dem schon mehrmals angesprochenen „manager magazin“-Artikel von damals, 2017. Zitat:

Der Whistleblower warnte, hochrangige deutsche Führungskräfte von Wirecard seien direkt oder indirekt an diesem Fonds beteiligt und stünden daher unter einem Interessenkonflikt. Sie hätten die Geschäftszahlen der indischen Firmen künstlich aufgeblasen, um einen hohen Kaufpreis zu recht-

fertigen, und sogar einem EY-Mitarbeiter vor Ort persönliches Schmiergeld angeboten, wenn er diese Zahlen bestätigte.

Daraufhin - - Zitat Ende; Entschuldigung. - Daraufhin hat EY das sogenannte „Project Ring“ gestartet, um sozusagen diesen Indien-Deal zu untersuchen. Das wurde dann, so kann man nachlesen, auf Druck von Herrn Marsalek gestoppt. War das jemals Thema im Aufsichtsrat?

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich war das „Project Ring“ auch Thema im Aufsichtsrat. Dass Herr Marsalek das Projekt gestoppt haben soll, kann - - Also, ich weiß nicht, ob das noch möglicherweise auch außerhalb meiner Zeit lag. Ich erinnere mich aber, dass wir informiert worden sind - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich meine, damals, dass es der Aufsichtsratsvorsitzende gewesen ist, der den Aufsichtsrat in Kenntnis gesetzt hat - das kann ich aber nicht mehr hundertprozentig sagen; vielleicht war es auch in Zusammenkunft mit dem Vorstand, kann ich nicht genau sagen -, wo uns mitgeteilt wurde, dass es einen Whistleblower gegeben hat, in Indien. Und es gab - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Innerhalb von EY? Das war bekannt, dass das ein EY-Kollege war?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich meine, es gab zwei Vorfälle. Der eine Vorfall - - Es gab zwei Vorwürfe; es gab unbestätigte Vorwürfe. In dem einen Vorwurf ging es um Scheinumsätze, dass in Indien möglicherweise Umsätze aufgebläht worden sind. Und in dem anderen Vorwurf ging es um einen möglichen Interessenskonflikt eines Senior-Management-Mitarbeiters, der von der Veräußerung profitiert haben soll.

Was natürlich hier, in diesem Fall, dann für einen Aufsichtsrat sehr wichtig ist, ist die Frage: Ist dieser Beschuldigte Teil des Vorstandes, oder ist er unterhalb des Vorstandes? Und ich meine mich zu erinnern, dass der Beschuldigte im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Finanzressort war, aber unterhalb des CFOs, weshalb entschieden wurde, diese Sonderprüfung zu „Project Ring“ vom Vorstand aus zu beauftragen. Wäre es anders gewesen, wäre es der Vorstand selbst gewesen, der beschuldigt worden ist, hätte der Aufsichtsrat diese Prüfung anstoßen müssen. Und das ist dann auch erf- - Also, Management - - Der Vorstand hat dann auch diese Prüfung in Auftrag gegeben. Also, da waren auch forensische Untersuchungshandlungen mit involviert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gab es dann einen Ergebnisbericht? Haben Sie den eingefordert?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe mich regelmäßig - - habe ich mich nach dem Projektfortschritt erkundigt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hieß es dann auch „Project Ring“, oder war das dann schon wieder eine neue Baustelle?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist das „Project Ring“.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich meine, dass es damals - - Also, ich hatte Ihnen gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob das in einer Aufsichtsratssitzung - - oder ob der Aufsichtsratsvorsitzende den Aufsichtsrat darüber unterrichtet hat. Ich meine, Letzteres; aber ich weiß es nicht mehr genau.

Und der Aufsichtsrat hatte auch ein - - Also, EY hatte auch ein Vortragsrecht gegenüber dem Aufsichtsrat zu dieser Prüfung, weil der Aufsichtsrat einfach nah dran sein wollte, ja. Und - - Was war da noch?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich vielleicht noch mal einen Schritt zurückgehen? Dieser Umstand, dass Sie sagen, das war jetzt nicht Vorstandsebene, dann wäre es Ihr Business gewesen als Aufsichtsrat, sondern es war in der Hierarchie tiefer - - Wer hat denn diese Information gegeben? Weil wenn ich jetzt möglicherweise beschuldigter Vorstand bin, dann

sage ich ja: „Das ist halt einer von meinen Leuten“, um ihnen das Thema zu entreißen; ich sage das jetzt mal ein bisschen flapsig.

Zeugin Tina Kleingarn: Das kam von EY.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kam von EY, der Hinweis?

Zeugin Tina Kleingarn: Mhm.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Tina Kleingarn: Vielleicht noch eine Information: Also, ich habe mir dann auch im Nachgang das Auftragschreiben auch noch mal selber zeigen lassen, um diesen Sachverhalt besser zu verstehen. Und es wurde auch im letzten Moment, meine ich, dann entschieden, dass der Zuständige für dieses Projekt, also der Betreuer - - der Zuständige vonseiten des Vorstandes sollte ursprünglich der CFO sein. Als dann aber der Beschuldigte im Ressort des CEOs*/CFOs vermutet wurde, wurde die Zuständigkeit für das Projekt an den COO -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): COO? - Oh, oh!

(Heiterkeit)

Zeugin Tina Kleingarn: - geändert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Dr. Bayaz. - Dann: Wer möchte? - Matthias Hauer. Bitte schön. Für die CDU/CSU.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, vielen Dank zunächst für die Beantwortung der Fragen bislang. - Mich würde zunächst weiter interessieren, ob Sie persönlich aufgrund Ihrer kritischen Haltung zu irgendeinem Zeitpunkt mal unter Druck gesetzt wurden.

Zeugin Tina Kleingarn: Nein. Ich habe mich nie unter Druck gesetzt gefühlt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aus Ihrer heutigen Einschätzung heraus: Würden Sie sagen, Sie haben da während Ihrer Aufsichtsratsstätigkeit Fehler gemacht?

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Jetzt gehen wir vielleicht in einen Bereich, der rechtlich auch Konsequenzen haben könnte. Daher frage ich schon, ob da eine Relevanz besteht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Natürlich besteht da eine Relevanz. Dennoch ist es Ihre Entscheidung, ob Sie auf diese Frage antworten möchten oder nicht.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich würde Sie bitten, diese Frage hinreichend zu konkretisieren, damit ich sie beantworten kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das mache ich gerne. - Sind Sie aus Ihrem heutigen Kenntnisstand der Auffassung, dass Sie zum damaligen Zeitpunkt hätten erkennen müssen, dass es Probleme hinsichtlich der Treuhandkonten gab, oder dass Sie erkennen mussten, dass sich beim TPA-Geschäft Hinweise ergeben haben, die auf Unregelmäßigkeiten hindeuten?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin Tina Kleingarn: Nein. Ich hatte nicht das Gefühl.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gern einige Namen vorlesen und würde Sie bitten, dann zu sagen, ob Sie von diesen Namen schon mal was gehört haben: Manoj Sahu aus Indien oder Edu Kumlawan aus Singapur?

Zeugin Tina Kleingarn: Entschuldigung, das geht etwas zu schnell.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie können es gerne mitschreiben und dann überlegen. Manoj Sahu.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich muss den Namen erst mal verstehen, um ihn aufschreiben zu können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Manoj Sahu. S - A - H - U ist der Nachname.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich glaube, diesen Namen habe ich noch nicht gehört.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Edo Kumlawan aus Singapur. K - U - M - L - A - W - A - N.

Zeugin Tina Kleingarn: Es gab den Regional-CFO in Singapur - - war ein Edo Kada* sowieso. Das kann man aber dem Organigramm entnehmen, ob das der Besagte ist, den Sie gerade aufgeführt haben; es gibt zumindest eine Namensähnlichkeit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, welche Personen das waren, weiß ich. Mich interessiert halt, ob Sie schon mal was als Aufsichtsrätin von diesen Personen gehört haben. Dann - -

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wenn wir eine Klarheit haben, dass es die Person ist, die damals der regional kaufmännische Geschäftsführer für das Asiengeschäft war, dann kann ich das bejahen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es geht um die Leitung der Buchführung der Asia-Pacific-Region der Wirecard AG.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich denke, dass - - Also, das müsste der sein. Und ich erinnere mich sogar, dass der in 2016 - - ich meine, dass der sogar auf der Hauptversammlung war. Aber ich habe nie mit ihm gesprochen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann der Fonds EMIF, E - M - I - F geschrieben, im Zusammenhang mit dem Erwerb von Anteilen der Hermes I Tickets Ltd. Ist Ihnen das schon mal zu Ohren gekommen?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist letztendlich - - gehört das zu „Project Ring“. Ich kannte allerdings - - Also, für mich war das immer die GI Retail gewesen. Also, an den Namen EMIF - - Ich meine, dass ich den jetzt nur aus der Presse kenne, also unter der Bezeichnung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann noch drei weitere Firmennamen, und zwar Ruprecht Services Ltd., oCap Management Ltd. und Getnow Holding Ltd.

Zeugin Tina Kleingarn: Kann ich mich nicht erinnern, weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank. - Dann würde ich Sie bitten, mal darzulegen aus Ihrer Sicht, welche Aufgabe der Wirecard Bank im Rahmen des Konzerns zukam. Warum brauchte die Wirecard AG eine Bank?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich glaube, das war einer der strategisch smarten Entscheidungen des Unternehmens, sich frühzeitig eine Banklizenz zu besorgen. Wenn Sie sich heute Start-ups anschauen oder Fintechs, ist es eigentlich für fast jedes Fintech oder für viele Fintechs das Ziel, durch eine Banklizenz eine gewisse Eigenständigkeit auch in der - - zu erlangen. Das hat die Wirecard befähigt, natürlich ganz andere - - ein ganz anderes Geschäftsmodell zu verfolgen als ohne Banklizenz. Ich war aber nicht im Aufsichtsrat der Wirecard Bank.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das ist klar. Ich frage vor allem auch hinsichtlich der Aufsicht, weil natürlich eine Bank anders beaufsichtigt wird. Und das ist Ihnen ja bewusst. Und deshalb frage ich mal, ob denn eine BaFin-Aufsicht über den Gesamtkonzern mal zu einem Zeitpunkt Thema im Aufsichtsrat war, während Sie dort tätig waren, also des Gesamtkonzerns oder vielleicht auch einer Zwischenholding.

Zeugin Tina Kleingarn: Es gab in der gleichen Aufsichtsratssitzung, wo auch die Papers adressiert worden sind, die mit P beginnen, auch eine Ausführung vom damaligen CFO zum Thema Status Finanzholding. Das Thema - so wie ich mich heute erinnere - war damals neu für mich. Ich hatte den Eindruck, das war aber eher ein Thema, was in der Bank war. Und ich hatte den Eindruck, dass der CFO das sehr souverän ausgeführt hat und gesagt hat, dass das alles in Ordnung ist. Das können Sie dem Protokoll dieser Sitzung gut entnehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wurde dabei auch erwähnt, ob dabei Gespräche mit der BaFin zu diesem Thema geführt wurden seitens des Unternehmens?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich meine mich zu erinnern, dass das in diesem Protokoll drinsteht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber über einen weiteren Inhalt erinnern Sie sich nicht?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich erinnere mich nicht, ob überhaupt ein weiterer Inhalt gegeben wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann würde mich mal interessieren, ob Sie zu einem Zeitpunkt mal Aktien von Wirecard besessen haben oder spekuliert haben, vielleicht auf sinkende Kurse.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich habe noch nie Aktien der Wirecard besessen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann würde mich mal interessieren, wieso sich aus Ihrer Sicht Wirecard besser entwickelt hat als die Mitbewerber zum damaligen Zeitpunkt. Es gab ja ein sehr stetiges Wachstum, ein sehr starkes Wachstum. Das war ja bei den Mitbewerbern nicht so in diesem Maße. Wie haben Sie sich das damals erklärt?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, zum einen muss ich sagen: Es gab nicht *den* Wettbewerber, der wirklich genau vergleichbar gewesen ist. Es gab in einzelnen Regionen sicherlich vergleichbare - - oder Unternehmen, die auch in Payments tätig waren. Also, den direkten Comp, wie man in der Bank sagt, gab es so nicht.

Hinzu kommt, dass natürlich viele der Wettbewerber auch gar nicht börsennotiert gewesen sind. Ich meine, das ganze Thema Zahlungsdienstleistung ist noch ein sehr, sehr junger Sektor. Viele Unternehmen, die Sie heute an der Börse haben, waren damals noch gar nicht börsennotiert. Und eine so detaillierte Analyse, welches Unternehmen da jetzt wirklich zu passt, habe ich in meiner Zeit als Aufsichtsrat nicht angestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben in Ihrem Schreiben, in dem Sie ja Ihren Rücktritt erklärt haben aus dem Aufsichtsrat, auch geschrieben, dass Sie für die unternehmerische Leistung - - oder: Für diese unternehmerische Leistung gebührt dem Management der Wirecard AG Dank und Anerkennung.

Da würde mich mal interessieren, ob das Ihre ehrliche Auffassung zu dem damaligen Stand war oder ob das mehr so eine Höflichkeitsfloskel in diesem Schreiben, was ja eher kritisch insgesamt pointiert war, beinhaltet.

Zeugin Tina Kleingarn: Herr Hauer, das war ganz klar meine Meinung damals. Und ich würde auch gerne in Erinnerung rufen, dass schon damals die Wirecard eine Erfolgsgeschichte war, die zum Teil seinesgleichen suchte. Es gab kein Unternehmen, zumindest nicht in der Größenordnung in dem Sektor, das mit so einem starken Wachstum jährlich - - so ein starkes jährliches Wachstum erzielt hat. Also, ich muss sagen: Als ich in das Unternehmen reingekommen bin: Ich war sehr beeindruckt von diesem Unternehmen, von der zugrunde liegenden Strategie, von den Visionen des CEOs. Ich fand beispielsweise - - Wenn man sich mal eine Konferenz angeschaut hat - das können Sie auch heute noch auf YouTube machen -, auf der der damalige CEO gesprochen hatte, fand ich das sehr, sehr überzeugend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie hatten es ja schon eingangs als strategisch überzeugende Aufstellung des Unternehmens bezeichnet. Insofern kann ich das nachvollziehen, dass Sie das dort schreiben und ernst gemeint haben. Aber heute wissen wir ja, das ist alles auf Lug und Trug aufgebaut gewesen, und stellen auch fest, dass das Geschäftsmodell auch einige Fragen aufwirft. Und das hatte ich ja auch vorhin schon geschildert, dass, wenn ein Gesamtkonzern immer kontinuierlich wächst, aber doch sehr starke Schwankungen in den einzelnen Bereichen vorgelegen haben, dass das schon vielleicht zu dem einen oder anderen kritischen Zwischenton anregen sollte. Und deshalb würde mich mal - jetzt komme ich wieder zur Frage - konkret interessieren, wie das TPA-Geschäft aus Ihrer Sicht funktioniert hat.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich bin keine Fachexpertin für das TPA-Geschäft.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie können uns sicherlich einen groben Überblick geben, wie das funktioniert hat. Sie waren ja Aufsichtsrätin des Konzerns. Und das TPA-Geschäft war ja auch ein wesentlicher Teil - - auch verantwortlich für einen großen Teil der Bilanzsumme des Unternehmens.

Zeugin Tina Kleingarn: Sie wissen, dass ich 18 Monate Aufsichtsrat in diesem Unternehmen war und es seit drei Jahren nicht mehr bin, seit knapp drei Jahren. Ich finde es nicht angemessen, jetzt nach so langer Zeit als Zeugin hierzu Ausführungen vorzunehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das nehme ich zur Kenntnis, auch wenn ich das anders einschätze. Ich denke, wenn Sie als Zeugin uns ja auch mehrere Stunden Rede und Antwort stehen, dann - - Und wir alle wissen - auch durch die Medienberichterstattung ist ja auch Ihnen das spätestens bekannt geworden -, dass das TPA-Geschäft auch Dreh- und Angelpunkt für die Dinge ist, die jetzt strafrechtliche Relevanz für einige der Beteiligten haben. Insofern frage ich Sie einfach noch mal, ob Sie uns irgendwas zum TPA-Geschäft sagen möchten und können.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich bin seit knapp drei Jahren nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrats und habe mich seit knapp drei Jahren nicht mehr mit der Thematik des TPA beschäftigt. Ich würde es - noch mal - nicht für angemessen halten, dass ich mich jetzt - - dass ich Ihnen jetzt detailliert das TPA-Geschäft erkläre.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie haben nicht meine Angemessenheit meiner Fragen zu beantworten oder zu bewerten, sondern Sie können natürlich Ihre Antwort so ausrichten, wie Sie das möchten. Aber Ihre Antwort sollte sich nicht die Angemessenheit meiner Frage zum Thema machen.

RA Dr. Björn Bastian Boerger: Nun ist bei der Frage natürlich auch noch das Problem, dass wir ex post natürlich sehr viel wissen und sich damit



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Vermischung einstellt von dem heutigen Wissen mit dem früheren Wissen. Und dann ist überhaupt erst mal zu klären: Kann man das überhaupt auseinanderhalten?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann stelle ich meine Frage noch mal anders und frage: Aus Ihrer damaligen Tätigkeit als Aufsichtsrätin, soweit Sie sich daran erinnern: Wie haben Sie zum damaligen Zeitpunkt das TPA-Geschäft eingeschätzt? Wie es funktioniert hat, interessiert mich. Wie war Ihre damalige Wahrnehmung darüber?

Zeugin Tina Kleingarn: Meine Wahrnehmung oder mein Verständnis war damals, dass das TPA-Geschäft dann eingesetzt wird, wenn das Unternehmen in den Ländern, die TPA betrafen, keine eigenen Lizenzen besaß. Insofern war das TPA-Geschäft ein Instrument, auch in den Ländern Aktivitäten und Geschäfte zu machen, in denen man noch keine eigene Lizenz besaß.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich damals im Aufsichtsrat darüber ausgetauscht, ob bei diesem TPA-Geschäft die Margen von Wirecard andere sind als von Mitbewerbern?

Zeugin Tina Kleingarn: Darüber haben wir uns nicht ausgetauscht. - Darüber haben wir uns nicht ausgetauscht. Mir wäre jetzt auch kein Mitbewerber bekannt, der seine TPA-Margen offenlegen würde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auf Ihrem Rücktritt, haben Sie da Ihr Rücktrittsschreiben Ihrerseits irgendwie weitergegeben, außer jetzt an die Adressaten des Schreibens?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich hatte ja schon vorhin darauf hingewiesen, dass ich meine Verschwiegenheitspflichten auch im Nachgang an meine Aufsichtsrats Tätigkeit sehr, sehr ernst genommen habe. Und die Tatsache, dass es mein Schreiben, das erst heute in der Presse bekannt geworden ist, bislang nicht in der Presse gab, dürfte darauf schließen lassen, dass ich meine Verschwiegenheitspflichten sehr ernst genommen habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe das tatsächlich daraus geschlossen, weil es - - dass es erst so spät jetzt öffentlich geworden ist, dass wahrscheinlich da sehr zurückhaltend mit umgegangen wurde. Aber dennoch ist ja meine Frage jetzt noch unbeantwortet. Vielleicht sagen Sie es trotzdem noch mal deutlich. Ich würde es Ihnen sogar glauben, wenn Sie mir jetzt sagen würden, Sie haben es ausschließlich dem Aufsichtsrat zukommen lassen.

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich habe ich das Schreiben nur dem Aufsichtsrat zukommen lassen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann würde mich jetzt noch abschließend für diese Runde interessieren, ob Sie noch eine Frage bislang vermisst haben, wo Sie meinen, wenn wir die jetzt stellen, könnte das zur Aufklärung einen großen Schritt beitragen.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich glaube, wir haben über sehr, sehr viele Themen gesprochen. Ich habe jetzt keine konkrete Frage, die mir in diesem Moment einfällt, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich fange gleich an. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitiert Sie in einem Artikel vom 31. August dieses Jahres aus einer internen Mail. Nach Aussage der Zeitung haben Sie in dieser Mail an Ihre Vorstandskolleginnen - - Aufsichtsratskolleginnen und -kollegen Folgendes geschrieben: Trotz wiederholenden Nachfragens hätten Sie keine ausreichenden Informationen, die es Ihnen ermöglicht hätten, die Kredite und die Zusammenhänge angemessen zu beurteilen. - Die Mail nimmt wohl Bezug auf Bürgschaften, die die Wirecard AG für Kredite angeblicher Geschäftspartner übernehmen wollte. Lassen Sie mich zunächst auf die Bürgschaften eingehen. Oder vielleicht erklären Sie das, wie Sie das mit den stetigen Bürgschaften gesehen haben.

Und die zweite Frage: Wie war das mit der Idee, bei Wirecard eine Bank vorne hinzustellen, mehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder minder auf Tarnkappe, um das gesamte Gebilde von 56 Tochtergesellschaften außerhalb der BaFin-Prüfung zu etablieren bzw. die anderen Gesellschaften vor der BaFin zu verstecken?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich beantworte gerne diese Frage. - Vielleicht an den Herrn Vorsitzenden: Ich habe noch nicht richtig zu Mittag gegessen. Ich würde dann im Anschluss um eine kurze Unterbrechung bitten. Ich dachte, ich würde das hier bekommen, aber das war nicht richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Selbstverständlich unterbrechen wir.

(Cansel Kiziltepe (SPD):
Wir bekommen ja auch!)

Ich dachte jetzt, dass wir die Fragen zu Ende machen - so hatte ich das jetzt verstanden - und dass wir nach der Antwort dann unterbrechen. So habe ich das jetzt verstanden.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, also ich bin ein bisschen - - I need food, ja. Ich brauche etwas zu essen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann unterbrechen wir jetzt. Das lasse ich nicht zu, dass Sie mir hier unterzuckern. Dann unterbrechen wir jetzt. Und ich würde sagen, wir - -

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.
(Univ Kyiv) Hans
Michelbach)

- Genau, die haben wir ja im Kopf. - Und dann setzen wir, wenn Sie gestärkt sind, fort.

Zeugin Tina Kleingarn: Danke.

(Unterbrechung von
19.59 bis 20.42 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: So, Frau Kleingarn, ich kann Sie wieder herzlich begrüßen. Ich hoffe, dass Sie gestärkt uns wieder zur Verfügung stehen. Wir hatten eigentlich gar nicht den Eindruck, dass Sie gestärkt werden mussten; aber ich

denke, Festessen hatten Sie auch keins. Aber wir wollen gerne weitermachen.

Der Vorsitzende hat einen Medientermin. Ich darf als sein Stellvertreter die Sitzung jetzt leiten und darf Sie noch mal um die Frage, die ich persönlich noch gestellt hatte - - noch um Beantwortung - -

Zeugin Tina Kleingarn: Dr. Michelbach, darf ich Sie kurz bitten, dass ich mich erst setze? Ich muss noch kurz meine Sachen rausholen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja, ja, gerne.

Zeugin Tina Kleingarn: Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Jetzt okay, Frau Kleingarn? - Soll ich die Frage noch mal kurz wiederholen?

Zeugin Tina Kleingarn: Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ja, bitte.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Danke schön. - Frau Kleingarn, es geht um ein Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung“. Da werden Sie am 31. August dieses Jahres aus einer internen Mail zitiert. Nach Aussage der Zeitung haben Sie in dieser Mail an Ihre Vorst- - an Ihre Aufsichtsratskolleginnen und -kollegen Folgendes geschrieben: „Trotz wiederholten Nachfragens“ hätten Sie „keine ausreichenden Informationen“, die es Ihnen „ermöglicht hätten, die Kredite und die Zusammenhänge angemessen zu beurteilen“.

Die Mail nimmt wohl Bezug auf Bürgschaften, die die Wirecard AG für Kredite angeblicher Geschäftspartner in Asien übernehmen wollte. Stehen diese Bürgschaften nach Ihren heutigen Erkenntnissen im Zusammenhang mit den Betrugsvorwürfen bei Wirecard? Vielleicht dazu noch mal Ihre Einschätzung und der Grund dieser Zitate.

Zeugin Tina Kleingarn: Ob diese Bürgschaften im Zusammenhang mit den Betrugsvorwürfen



Nur zur dienstlichen Verwendung

stehen, kann ich nicht beantworten. Der Grund, warum ich damals gegen diese Bürgschaften entschieden habe, war, dass ich einfach aus dem Unternehmen - und für diese beiden Bürgschaften war Herr Marsalek der zuständige Ansprechpartner - keine ausreichenden Informationen bekommen habe, um wirklich die Angemessenheit dieser Kreditentscheidung zu beurteilen. Und ich habe wirklich so oft nachgefragt.

Aus meiner Erinnerung kam diese Bürgschaft Anfang 2017, wurde Anfang 2017 an den Aufsichtsrat herangetragen, und ich habe über Monate immer wieder nachgefragt nach diesen Informationen. Und das ist dann über verschiedene Stellen in der Firma bearbeitet worden, und ganz am Ende war es aber der COO, der dann dafür die Zuständigkeit in die Hand genommen hat.

Aber die Informationen waren nicht ausreichend, sodass ich diese Bürgschaften hätte befürworten können, sodass ich sie letztendlich abgelehnt habe. Und das ist sehr kongruent mit meinem gesamten Verhalten während meiner Amtszeit, sodass ich auch, wenn beispielsweise - wir hatten ja über diese M&A-Kaufpreise gesprochen - - wenn ich da den Eindruck gehabt hätte, dass jemals ein M&A-Preis zu hoch gewesen wäre, ich diesen dann auch abgelehnt hätte.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank. - Nur kurze Nachfrage noch. Das heißt, Sie haben keine befriedigende Antwort bekommen und konnten auch damit nicht erfahren, ob es sich um Geschäftspartner oder überhaupt existierende Personen und Unternehmen handelt; das heißt, Sie konnten sich kein Bild machen. Oder haben Sie doch vermutet, dass es die Firmen vielleicht gar nicht gibt oder die Bürgschaften in irgendeiner Form Fakes sind oder wie auch immer?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, dass es die Unternehmen - - Also, dass es die Kreditnehmer gar nicht geben würde, das ist mir gar nicht in den Sinn gekommen.

Ich konnte eher - - Ich meine, ich habe ja in meiner beruflichen Vergangenheit sehr viele Kredit-

prozesse in Banken analysiert und mitentschieden. Und ich weiß sehr gut, welche Informationen notwendig sind, um das zu beurteilen. Und die habe ich für mein Dafürhalten in diesem besagten Fall bis zum Ende nicht erhalten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank. - Ich käme jetzt zur Runde der Befragung durch die AfD.

Jörn König (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Frau Kleingarn! Ich vertrete hier den Herrn Gottschalk als Mitglied und habe diesbezüglich natürlich auch ein paar Fragen. Zu Ihrer Information: Ich habe Ihre Aussagen in dem Streaming-Saal die ganze Zeit mitgehört. Also, ich bin im Bilde.

Ich habe erst mal die Frage zu dem Verhältnis im Vorstand. Sie sagten schon, dass aus Ihrer Sicht Herr Dr. Braun der Mann war, der halt wirklich bestimmt hat. Zweiter Vorstand oder in dem Vorstand war auch Herr Marsalek. Haben Sie in der Zeit, in der Sie Aufsichtsrat waren, eventuell irgendwelche Veränderungen im Verhältnis dieser beiden oder vielleicht eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse oder Ähnliches beobachtet, und, falls ja, wie hat sich diese geäußert?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, soweit ich das erinnern kann, habe ich keine Verschiebung der Kräfteverhältnisse mitbekommen.

Und vielleicht noch kurz zu dem ersten Teil Ihrer Frage, dass Herr Braun für mich der Chef war: Das kann ich natürlich nur gegen - - jetzt in der Konstellation gegenüber dem Aufsichtsrat beurteilen, natürlich nicht innerhalb des Vorstandes.

Jörn König (AfD): Gut. - Dann haben Sie in Ihrem Schreiben vom September 2017 durchblicken lassen, dass Sie sich so ein bisschen als einsamer Rufer gefühlt haben, wenn es darum ging, halt Verbesserungen in der Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat einzufordern.

Nun hat ja so ein Aufsichtsrat auch öfter mal eine Entscheidung zu treffen. Ist es denn so gewesen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Sie, wenn es darum ging, ich sage mal, Verbesserungen einzufordern - - Sie hatten ja schon die Sache mit dem Onboarding; da ist es Ihnen entgegengekommen. Ist es denn nie passiert, dass andere Aufsichtsratsmitglieder mit Ihnen gestimmt haben, und, falls ja, wann war das? Oder gab es - - Wenn es denn fünf Leute im Aufsichtsrat waren, dann müsste auch manche Entscheidung vielleicht mit 3 : 2 gefällt worden sein. Ja, gab es da irgend- - Entscheidungen, wo Sie eben halt nicht alleine waren?

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich haben auch meine Kollegen - - Also, natürlich haben wir auch gemeinsam entschieden. Und wir haben ja in der überwiegenden Mehrheit gemeinsam entschieden. Und es sind jetzt ja Einzelfälle gewesen, in denen ich dagegestimmt habe.

Ich hatte vorhin ausgeführt, wie es um die CFO-Nachfolgebestellung gestellt war. Das entnehmen Sie ja auch dem Schreiben, dass ich mich wirklich dem - - zum einen mir vom CEO habe wirklich zusichern lassen und auch seine Überzeugung verspürt habe, wie wichtig ihm dieser designierte CFO ist. Und als ich dann wirklich die Einzige war, die diesem CFO nicht zugestimmt hätte, habe ich mich im übergeordneten Unternehmensinteresse dafür entschieden, dem CFO zuzustimmen. Warum? Ich wäre die Einzige gewesen, vier gegen eins. Das Kind war quasi schon in den Brunnen gefallen.

Es ist in einer - - in einem Gremium wie einem Aufsichtsrat, in dem Sie so vertrauensvoll zusammenarbeiten - - wenn Sie bei so einer entscheidenden Personalie letztendlich dagegenstimmen, ist das ein Vertrauensbruch. Dann können Sie de facto auch gleich gehen. Beziehungsweise: Wenn Sie mit dem designierten CFO in Zukunft gut zusammenarbeiten wollen, hilft es nichts, wenn Sie sich bei einem 1 : 4-Entscheid gegen ihn stellen.

Jörn König (AfD): Okay. Gut. - Dann haben Sie ja - - Wenn wir gerade dabei sind: Sie haben ja dann doch irgendwann einen Schlusstrich gezogen und haben ein, ich sage mal, Rücktrittsbegründungsschreiben ja verfasst. Haben Sie darauf Reaktionen erhalten? Wie sind diese aus-

gefallen? Und stehen oder standen Sie mit weiteren Aufsichtsratsmitgliedern nach Ihrem Ausscheiden in Kontakt? Wenn ja, mit welchem?

Zeugin Tina Kleingarn: Der erste Teil der Frage war?

Jörn König (AfD): Welche Reaktionen Sie von Ihren Aufsichtsratskollegen bekommen haben.

Zeugin Tina Kleingarn: Ach so, ja, genau. Gut. - Ich hatte ja vorhin schon erwähnt, dass insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende, aber auch meine Kollegin, mit der ich damals in den Aufsichtsrat gemeinsam eingezogen bin, wirklich versucht haben, mich zum Halten zu bewegen. Zu den anderen beiden hatte ich ein bisschen weniger Kon- - also, gab es - - Also, das hatte ich insbesondere von diesen beiden - - Also insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende hat sich sehr dafür eingesetzt, dass ich dem Gremium - - im Gremium verbleibe. Inwieweit er das mit den anderen besprochen hat, kann ich nicht sagen.

Und zum zweiten Teil Ihrer Frage: Zu wem hatte ich ex post Kontakt? Ich bin dort im Frieden gegangen, auch mit allen anderen Aufsichtsratsmitgliedern, und im Nachgang hatte ich noch zum Aufsichtsratsvorsitzenden Kontakt, nicht zuletzt, weil wir in der gleichen Büro-WG sind und uns da gelegentlich über den Weg laufen. Und zu meiner Kollegin, mit der ich auch in den Aufsichtsrat gezogen bin, hatte ich auch weiter Kontakt.

Zu dem Financial Expert aus dem Aufsichtsrat hatte ich kurz meiner Erinnerung nach zu einem spezifischen Projekt außerhalb des Wirecard-Kontexts auch Kontakt. Daran kann ich mich erinnern.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Die Zeit ist abgelaufen.

Jörn König (AfD): Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Danke schön. - Dann käme die SPD-Fraktion dran. Herr Dr. Zimmermann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich fange noch mal mit was relativ einfach Operativem an, aber das interessiert uns, weil das ja auch mögliche Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen für uns sein könnten, diese Onboardinggeschichten. Sie hatten vorhin eine Person schon mal genannt. Mit wem haben Sie da noch Gespräche geführt?

Zeugin Tina Kleingarn: Aus meiner Erinnerung heute - und es lag damals auch ein Onboardingzeitplan mit den ganzen Gesprächspartnern vor - erinnere ich mich, dass wir Onboardinggespräche mit den beiden Bankvorständen damals hatten, mit der Leiterin Personal, mit der Leiterin Investor Relations, mit der Managerin, die später auch in den Vorstand berufen wurde, mit dem Leiter Controlling, mit dem Leiter M&A, mit dem Leiter Rechnungswesen, mit dem Leiter Technologie, den ich vorhin angesprochen habe, mit dem Leiter, der für den Geschäftsbereich Travel & Mobility zuständig war, und vielleicht noch mit drei, vier mehr, die ich jetzt nicht mehr benennen kann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber das heißt, Sie hatten auch - sehe ich es richtig? - ein Onboardinggespräch mit Herrn von Erffa?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist richtig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und da würde ich noch mal gerne auf das Thema zurückkommen, was wir vorhin schon hatten, und zwar das Thema Whistleblower. Sie haben, wenn ich das richtig verstanden habe, vorhin ausgeführt: Das haben Sie dann als kein Aufsichtsratsthema betrachtet, weil es unterhalb des Vorstandes war. Und - -

Zeugin Tina Kleingarn: Darf ich da kurz einhaken?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sehr gerne.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich habe das sehr wohl als Thema des Aufsichtsrats betrachtet. Als ich vorhin meine Ausführungen gemacht habe, ging es darum, wer für die Beauftragung von EY die Zuständigkeit hatte, ob die der Aufsichtsrat hatte

oder der Vorstand. Und da der Beschuldigte unterhalb des Vorstandes lag, war es der Vorstand.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Das ist umso besser, weil dann würde mich interessieren: Was haben Sie dann, als - - Da es ein Thema für den Aufsichtsrat war, was haben Sie in dieser Sache unternommen? Weil das ist ja jetzt auch keine Kleinigkeit, wenn der Head of Accounting solche - - wenn dem solche Vorwürfe erst mal unterstellt werden.

Zeugin Tina Kleingarn: Mhm. - Aus meiner Erinnerung hat sich der Aufsichtsrat und insbesondere habe ich das auch durch Nachf- - durch wiederholtes Nachfragen berichten lassen, was es Neues in diesem Sachverhalt gibt.

Es gab auch - - Ich erinnere mich an ein Treffen, was wir auch mal mit EY hatten, wo die dazu Auskunft gegeben haben. Und was sehr unbefriedigend war für mich, war, dass es einfach nicht voranschritt. Die Informationserhebung in Indien war laut EY extrem schleppend.

Ich weiß nicht, ob Sie schon mal Transaktionen in Indien gemacht haben. Da ist es in der Tat sehr, sehr komplex und langwierig. Die Gesellschaft war ja gerade erst im März 2016, also bevor ich in den Aufsichtsrat kam, akquiriert worden. Es war natürlich noch alles sehr neu. Es handelte sich um eine forensische Untersuchung. Insofern sind da natürlich die Maßstäbe für die Datenerhebung ja noch mal andere. Und wie es halt immer bei der Wirecard war: Es dauerte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was ja interessant ist - - Also, wir lernen ja auch alle immer noch dazu. Ich meine, „forensisch“, das hört sich immer gleich so nach „Wow!“ an. Das Interessante, was ich aber finde, ist: Wussten Sie, dass man mit Herrn von Erffa nie darüber gesprochen hat? Also, man hat ihn offenbar überhaupt nicht befragt zu den Vorwürfen.

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ist offenbar so. Das ist ganz interessant. Also, das ist ja irgendwie



Nur zur dienstlichen Verwendung

spannend. Also, es gibt forensische Untersuchungen. Was man offenbar auch nicht gemacht hat, ist, mal in die Mails von ihm zu schauen.

Aber jetzt noch mal. Und bitte nehmen Sie es nicht persönlich, aber das ist ja sozusagen - wie soll ich sagen? - immer an den Stellen, wo - - Also, ganz offensichtlich hat dieser Whistleblower damals - - der hat einen Punkt gehabt. Und das gehört zu dem „Project Ring“, und das gehört auch zu dem, was ich vor Stunden das „Roundtripping“ genannt habe.

Und sozusagen - - Es ist ja, also, für Sie jetzt irgendwie ganz praktisch, weil da, wo vielleicht der Aufsichtsrat - - Der hatte Informationen; da gab es einen Anhaltspunkt. Und jetzt haben Sie gesagt - - Die Frage: Wie war der Stand der Ermittlungen, als Sie aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich will nur kurz anmerken, dass das Projekt „Ring“ sowohl Roundtripping, also Scheinumsätze, als auch eine Bereicherung durch Kaufpreisabzweigung beinhaltete.

Und zu Ihrer Frage. Als ich aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden bin, war meines Wissens nach das Projekt „Ring“ noch nicht abgeschlossen. Es gab bis zu dem - - Es gab zu dem Zeitpunkt, wo ich das letzte Mal danach gefragt hatte, noch keine Erkenntnisse. Und die Prüfung lief weiterhin. Die war noch am Laufen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, und die ist ja dann irgendwann auch versendet und - -

Es ist aber trotzdem - - Also, es tut mir aber leid, aber dieses „Project Ring“, das hat sich über einen langen Zeitraum gezogen. Es geht um, glaube ich, 340 Millionen Euro in Summe. Es gibt dubiose Verkäufer, wenn ich das mal sagen darf. War Ihnen das klar, an wen die Gelder da eigentlich geflossen sind?

Zeugin Tina Kleingarn: Vielleicht kurz zu den 340 Millionen. Mir war nicht bekannt, dass in dem Projekt 340 Millionen abgeflossen sind. Also, diese Höhe wäre mir neu. Es wurde meines Wissens nach damals nicht spezifiziert, aber es

war aus meinem - - von meinem Wissensstand eine wesentlich geringere Summe.

Und was die du- - Das, was Sie als dubiose Käufer beschreiben: Die Akquisition erfolgte ja in 2015, und das Closing dieser Transaktion war im März 16. Das heißt, dass ich mich mit dem ganzen Akquisitionsvorgang damals nicht befasst hatte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, das heißt, Ihnen war - - Gut, aber ich sage mal, es hätte ja durchaus sein können, dass Sie, als Sie in den Vorstand [sic!] gekommen sind, mit den Kolleginnen und Kollegen darüber gesprochen haben: Was sind aktuelle Themen? Was sind große Projekte? Und es hätte ja sein können, dass man mal darüber geredet hat: Woher kam diese Akquisition? Von wem hat man das eigentlich abgekauft? Das hätte ja sein können.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, als ich in den Aufsichtsrat gekommen bin, im Juni 2016, kann ich mich nicht erinnern, dass das damals ein Thema war. Das kam erst - - Diese Anschuldigungen kamen erst später hoch, dass der Aufsichtsrat davon wusste.

Und ich sage mal - - Ich hatte Ihnen ja schon erläutert, dass ich wirklich ein sehr intensives Onboarding gemacht habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, genau.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, da bin ich, muss ich sagen, wirklich sehr, sehr im Reinen mit mir.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist ja auch - - Das ist auch in Ordnung. Aber es hätte ja sein können, dass eben genau bei diesem intensiven Onboarding irgendjemand mal dieses Projekt noch mal erwähnt hätte und gesagt hätte: Hier haben wir in Indien - - Wie Sie es geschildert haben: War alles total kompliziert, und dann haben wir die Kohle nach Mauritius überwiesen und - -

Aber darf ich noch mal da nachhaken: Die Summe - - Weil Sie gesagt haben, sie ist deutlich geringer als 340 Millionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Also, die 340 Millionen sind, wie ich - - sind meines Erachtens der Kaufpreis damals gewesen. Und die Anschuldigungen, die damals erhoben wurden - - Das habe ich mir auch irgendwo notiert.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Und die Anschuldigungen, die gemacht wurden - - Die unbestätigten Vorwürfe waren, dass sich jemand an dem Kauf - - an dieser Transaktion bereichert hätte. Das war in der Tat nicht quantifiziert. Aber es hat niemals aus meiner Erinnerung irgendwie den Anschein gegeben, dass es um diesen Betrag ging, den Sie gerade aufgerufen haben. Das war damals der Akquisitionspreis der M&A-Transaktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. - Ich war der Meinung, dieser Akquisitionspreis - - Aber okay, das ist schon mal ganz interessant, was Sie sagten.

Haben Sie bei Ihrem Onboarding - - Ich vermute ja mal, Sie werden sich die Bilanz einfach auch mal vorgenommen haben. Ich meine, Sie haben mehrfach Ihre Kapitalmarkterfahrung erwähnt, die ja hervorsticht. Haben Sie zu Beginn sich einfach mal die Bilanz vorgenommen, sie angeschaut, und haben Sie das auch möglicherweise bei dem einen Jahresabschluss, den Sie ja im Aufsichtsrat begleitet haben, auch getan? Und - - Also, erst mal die Frage: Haben Sie das gemacht?

Zeugin Tina Kleingarn: Natürlich habe ich mir als Aufsichtsrat auch mal die Bilanz angeschaut, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist gut. Deswegen würde mich interessieren: Ist Ihnen damals aufgefallen, dass die Profite, die die Wirecard macht, im Wesentlichen aus dem Geschäft in Asien resultieren?

Zeugin Tina Kleingarn: Es war schon bekannt, dass der Gewinnbeitrag aus Asien überproportional groß war.

Auf Ihre Frage zum Onboarding. In keinem der Onboardinggespräche haben wir Bilanzen besprochen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Dr. Zimmermann. Vielen Dank, Frau Kleingarn. - Wir kommen jetzt zur Fragestellung der FDP. Herr Dr. Toncar, bitte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ich möchte gern noch mal auf Herrn von Knoop zurückkommen. Sie hatten positiv umschrieben, was Sie glauben, was ein guter Konzern-CFO einer scheinbar im Wachstum begriffenen Firma hätte mitbringen müssen. Und wir wissen, dass Sie bei Herrn von Knoop Bedenken hatten. Können Sie noch mal konkret sagen, welche der von Ihnen positiv umschriebenen Eigenschaften er nicht hatte oder wo die Bedenken herkamen, im Hinblick auf welche Punkte?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich muss sagen, dass nach meiner Einschätzung er in den vier aufgeführten Bereichen keine ausreichende Kompetenz hatte, die dem Anspruch der Wirecard, in Kürze in den DAX aufzusteigen, gerecht geworden wäre. Das heißt nicht, dass er ein schlechter Manager gewesen ist. Herr von - - Der damals designierte CFO, war meine Wahrnehmung, hatte ein sehr gutes Standing innerhalb der Wirecard Bank und war daher auch langjährig schon Vorstand und hatte diesen - - Es war mein Eindruck, dass er in diesem Teil des Unternehmens sehr gut aufgestellt war und da einen sehr guten Job gemacht hat. Ich habe ihn nur im Hinblick auf eine Konzern-CFO-Position als nicht den Richtigen erachtet, was natürlich noch mal verstärkt war durch die Tatsache, dass ich gerne einen externen CFO gehabt hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Kam Ihnen in den Sinn, als Braun Sie versucht hat zu überzeugen, dass Herr Braun, gerade weil Sie ja die Führungskultur auch als eher stark eigentümergeleitet und - Sie schreiben: mittelständisch; Sie haben vorhin gesagt: start-up-mäßig - - dass Sie jedenfalls die Struktur so empfunden haben - - Hatten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie nie das Gefühl, dass Herr Braun vielleicht ein Eigeninteresse an einem schwachen CFO hätte haben können?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich war immer der Meinung, dass der damalige CEO das Beste für sein Unternehmen wollte, nicht zuletzt, weil er ein großer Anteilseigner des Unternehmens war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dann komme ich gern noch mal zurück auf das Thema Bürgschaften. Können Sie noch mal beschreiben - - Bei den Bürgschaften, die durch den Aufsichtsrat gegangen sind: Waren das, die zugrunde liegenden, zu besichernden Kredite, Kredite der Wirecard Bank AG oder anderer Banken oder eine Mischung?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich hatte Ihnen ja berichtet: Ich hatte drei - - Während meiner Amtszeit hatte der Aufsichtsrat drei Bürgschaftsanfragen. Immer wenn es - - In diesen drei Fällen, als es zu Bürgschaftsanfragen kam, war es jedes Mal die Wirecard Bank, die einen Kredit an einen Geschäftspartner vergeben hat, bei dem es notwendig wurde nach KWG, dass eine Bürgschaft des Konzerns ausgesprochen wird, damit dieser Kredit die KWG-Standards erfüllt.

Insofern wurden diese Kredite, die halt an Geschäftspartner gehen, um beispielsweise Unternehmen, mit denen man ein Geschäft machen will, zu unterstützen, was per se auch völlig in Ordnung ist - - Also, es gibt immer mal in der - - sozusagen Kredite, die man ausgibt oder die die Banken ausgeben, um Geschäft voranzubringen.

Entschuldigung, jetzt habe ich den Faden verloren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, also die Frage, die ich gestellt hatte, war ja nur, ob der Kreditgeber die Wirecard Bank war oder Drittbanken. Die haben Sie, glaube ich, schon beantwortet.

Zeugin Tina Kleingarn: Ach so, Entschuldigung, ja. - Die Wirecard Bank war der Kreditgeber. Der Kredit wurde bereits auf der Ebene der Wirecard Bank vom Aufsichtsrat genehmigt und ist dann weitergeleitet worden für die Bürgschaft auf die Konzernebene.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich setze mal voraus, dass Sie bei der Vergabeentscheidung über die Bürgschaft die Kreditvorlage der Wirecard Bank zur Kenntnis bekommen haben, also die Kreditentscheidung.

Zeugin Tina Kleingarn: Aus meiner Erinnerung war die Unterlage identisch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. - Können Sie, nachdem Sie ja Krediterfahrung haben, eine Aussage darüber treffen, inwieweit sozusagen sich die Standards, die Qualität, die Tiefe, die Aussagekraft der Kreditvorlage der Wirecard Bank AG von typischen Kreditvorlagen oder kunstgerechten Kreditvorlagen, die Sie in Ihrem vorherigen und späteren Berufsleben gesehen haben, unterschieden haben?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich würde sagen, dass die Kredite nicht unbedingt vergleichbar waren. Bei den Krediten, die ich zur Bürgschaftsanfrage bekommen habe, waren das Kredite im Bereich 10 bis 20 Millionen. Die Kredite, die ich - - mit denen ich in der Bank zu tun hatte, waren ein Vielfaches davon. Insofern ist es nicht direkt vergleichbar gewesen.

Aber wie ich es bereits vorhin erwähnt hatte: Es gab einfach keine ausreichenden Informationen in diesen Krediten, wie ich es auch vorhin ausgeführt hatte: Rückzahlungsprofil, wie sind die besichert, was ist eigentlich der Geschäftsgegenstand, wie sehen die historischen Kennzahlen aus, was ist der Businessplan, der diesem Kredit zugrunde liegt? Die waren nicht ausreichend, und trotz so wiederholten Nachfragens war es dann am Ende immer noch nicht ausreichend, sodass ich zu dem Entschluss gekommen bin, dagegeng zustimmen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie wurde denn Ihr Ausscheiden an den Kapitalmarkt kommuniziert?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht, weil ich da schon ausgeschieden war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hatten Sie das Gefühl - Sie sagten, Sie sollten umgestimmt werden von den Aufsichtsratskollegen -, das war Kollegialität,



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder war es sozusagen die Sorge vor negativen Auswirkungen auf den Kapitalmarkt, die Reputation des Unternehmens, der eingeleitete Prozess einer Professionalisierung oder was auch immer man da sagen wollte? Was waren die Motive dafür, dass man, wie Sie sagten, Sie relativ massiv hat umstimmen wollen?

Zeugin Tina Kleingarn: Darüber kann ich natürlich nur spekulieren. Ich fühlte mich im Aufsichtsrat sehr geschätzt. Und ich hatte den Eindruck, dass meine Aufsichtsratskollegen mich weiterhin gerne an Bord gehabt hätten. Und insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende, der entschieden dazu beigetragen hat, dass ich diesen Aufsichtsrat verstärke, hat, glaube ich, meine Arbeit sehr geschätzt und wollte deshalb, dass ich dabei bleibe.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Dr. Toncar. - Jetzt zunächst müssen wir eine kurze Unterbrechung machen, weil der Ton in dem Nachbarsaal nicht da ist. Ich bitte, das mal kurz herzustellen. - Nein, Frau Kleingarn, es geht gleich weiter. Es dauert nicht lange. Es ist nur eine Einwahl.

(Unterbrechung von
21.16 bis 21.21 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut, vielleicht schaffen Sie das Bild auch noch. Hauptsache, der Ton ist perfekt, weil jetzt kommt auch der Herr De Masi von den Linken dran. Er braucht Ton. Bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kleingarn, ich will noch mal auf das Thema Glücksspiel zurückkommen, weil Sie ja vorher dargestellt haben, dass Ihnen die Rechtslage damals nicht präsent war, insbesondere in den USA, wo es ja erhebliches Geschäft ursprünglich gab der Wirecard.

Im Oktober 2006 hat US-Präsident George W. Bush seine Unterschrift unter den Unlawful Internet Gambling Enforcement Act gesetzt, der es verboten hat, Zahlungsaufträge von Onlineglücksspielen in den USA abzuwickeln. Der

zuständige New Yorker Staatsanwalt Michael Garcia hat unter anderem bei den beiden Neteller-Gründern bis zu 20 Jahre Haft angedroht, weil sie illegale Glücksspielerlöse transferiert haben. Und er hat auch unterstrichen, dass er solche Taten auch dann verfolgt, wenn die Verdächtigen und ihr Vermögen außerhalb der USA ansässig sind. In dem Buch „Die Wirecard-Story“ heißt es, dass deswegen das Wirecard-Management Bedenken gehabt hätte, noch in die USA einzureisen. Haben Sie Kenntnisse über solche Bedenken gehabt?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Wir haben ja dann vorher auch über die Lage in Deutschland gesprochen im Zusammenhang mit den Paradise Papers, September 2017. Damals hat auch die Staatsanwaltschaft gegen die Wirecard Bank ermittelt. Sie waren bei der Wirecard AG. Aber ich möchte Ihnen die Frage stellen, ob diese Ermittlungen in dem Zusammenhang mit der Thematisierung im Aufsichtsrat eine Rolle gespielt haben.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich damals davon Kenntnis hatte, dass die Wirecard Bank da Anschuldigungen ausgesetzt war.*

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist aber sehr überraschend, denn es stand in der Presse, war ein großes Thema in der Presse. Und Sie haben doch als Aufsichtsrätin sicherlich presserelevante Informationen über die Wirecard verfolgt.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, es gab jetzt keinen Presse- - es gab keinen expliziten Pressespiegel für den Aufsichtsrat. Aber natürlich habe ich - - Also, ich habe Ihnen ja vorhin schon erwähnt, dass, als dieser besagte Artikel von den Paradise Papers hochkam, der Aufsichtsrat das auch aufgegriffen hat und dass dann der Finanzvorstand, der damalige, in einer der letzten Sitzungen - vielleicht in 2017 - dazu Stellung genommen hat, also auf Bitte des Aufsichtsratsvorsitzenden damals, und uns zugesichert hat oder uns in Kenntnis gesetzt hat, dass es rechtliche Gutachten zu dem Thema des - - im Glücksspielesektor gibt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Zulässigkeit des Geschäftsmodells bestätigt worden sei, dass es keine Beanstandungen durch die Prüfer oder auch die Regulierungsbehörden im Hinblick auf geldwäscherechtliche Vorschriften gegeben hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und von wem waren diese Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, und wer hat sie erstellt?

Zeugin Tina Kleingarn: Externe Berater.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Welche externen Berater?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Sie haben sich dann auf diese Aussagen so verlassen, obwohl auch der Presseberichterstattung zu entnehmen war, dass Staatsanwälte und auch das Innenministerium Niedersachsen eine andere Auffassung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit hatten?

Zeugin Tina Kleingarn: Für mich war nach dieser Ausführung des CFOs diese Thematik adressiert. Und ich meine mich zu erinnern, dass ich auch nach diesen Rechtsgutachten gefragt hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und ist im Zusammenhang mit der Rechtmäßigkeit - das muss ja auch inhaltlich begründet worden sein, was in den Rechtsgutachten steht - - Ging es da etwa um die Unterscheidung zwischen Abwicklung von Glücksspiel und Geschicklichkeitsspiel im Bereich von Onlinepoker? Hat das eine Rolle gespielt in den Ausführungen?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gerne noch mal zu einem neuen Komplex kommen. Sie haben ja vorhin ausgeführt auf die Frage eines Kollegen, dass sich auch mit dem Inhaberkontrollverfahren oder der Umhängung einmal befasst wurde. Wurde dort geäußert, dass aus Sicht der Wirecard eine Art Gewohnheitsrecht entstanden sei, dass man eben nicht dauerhaft von der BaFin beaufsichtigt würde?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wenn Sie das Thema Finanzholding ansprechen, wurde damals in der gleichen Aufsichtsrat- vom damaligen CFO ausgeführt, dass es eine Einschätzung der BaFin, dass das Unternehmen als Finanzholding zu werten sei - - keine Änderung zur Folge hätte und dass das auch kein Risiko fürs Unternehmen darstellen würde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und diese Einschätzung, bezog die sich auf die Wirecard Acquiring & Issuing oder auf die Wirecard AG?

Zeugin Tina Kleingarn: Auf die AG.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und die BaFin hätte die Einschätzung gehabt, dass diese als Finanzholding zu qualifizieren sei? Das habe ich richtig verstanden?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, dass - - Es gab die Einschätzung der BaFin, dass die Wirecard als Finanz- - dass, wenn die Wirecard als Finanzholding zu führen wäre, dies nicht zu einer inhaltlichen Änderung im Konzern kommen würde. Es hatten aber damals auch externe Berater aus den Bereichen Recht, Steuern dazu geraten, die Wirecard Bank auszugliedern und direkt unter die AG zu hängen. Und der CFO gab damals an, dass das dann auch realisiert würde, dass die BaFin und die Bundesbank informiert seien und auf dem Laufenden gehalten werden - keine Auswirkungen auf das operative Geschäft - und dass man das bis zum Ende des Jahres realisieren wollte. Mehr weiß ich dazu nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, meine Zeit ist um. Ich muss aber schon signalisieren, dass ich eine weitere Runde benötigen werde.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr De Masi. - Wir haben jetzt die Befragung durch Bündnis 90/Die Grünen. Lisa Paus, bitte.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kleingarn, mich würde noch mal interessieren Ihr Verhältnis zu Herrn Matthias und Ihre Einschätzung über Herrn Matthias als unabhängiger



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufsichtsrat. Sie hatten am Anfang erläutert, wie Sie sich da intensiv vorbereitet haben. Aber das Verhältnis zu Herrn Matthias und wie Sie sich kennengelernt haben, das habe ich noch nicht vollständig verstanden.

Zeugin Tina Kleingarn: Herr Matthias und ich sind uns einander vorgestellt worden, als ich auf der Suche war nach einem Ansprechpartner bei der Wirecard für das besagte Projekt, was ich damals beraten hatte, wo Wirecard als ein möglicher Erwerber infrage gekommen war, neben 20 anderen möglichen Erwerbern. So haben wir uns kennengelernt.

Und der zweite Teil?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seine Arbeit als unabhängiger Aufsichtsrat.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich muss sagen, dass ich Herrn Matthias als einen Aufsichtsratsvorsitzenden kennengelernt habe, der das Gremium wirklich gut zusammengehalten hat. Der hat eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen; der hat eine Atmosphäre geschaffen, in der auch jeder im Aufsichtsrat sagen konnte, was er wollte. - Ja, das würde ich dazu antworten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Was hatten Sie für einen Vertrag? Hatten Sie einen Dreijahresvertrag? Hatten Sie einen Fünfjahresvertrag?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich hatte eine Berufung für fünf Jahre. Sie kriegen als Aufsichtsrat keinen Vertrag. Sie werden durch die Hauptversammlung bestellt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, Entschuldigung. Ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, es gibt - - Es ist kein Angestelltenverhältnis.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten eine Berufung für fünf Jahre. Und Ihnen ist auch nicht bekannt, dass es da Unterschiede gab zwischen unterschiedlichen Aufsichtsratsmitgliedern, unterschiedliche Zeiten?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wir hatten damals beide, als wir reingegangen sind, als wir berufen wurden, fünf Jahre. Es gibt in der Corporate Governance immer Abwägungen: Macht man das jetzt fünf Jahre? Macht man das jetzt drei Jahre? Da ändern sich die Empfehlungen auch, also jetzt allgemein gesprochen. Ich kann nur jetzt für meinen Sachverhalt sagen: Es waren damals fünf Jahre. Und meines Wissens nach waren es auch fünf Jahre für meine Kollegin.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie hatten jetzt schon gesagt, Ihre Vergütung war auch fest, nicht variabel.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, richtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auch gesagt, wie es danach war, wissen Sie nicht. Wissen Sie, ob es davor anders war?

Zeugin Tina Kleingarn: Das weiß ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie hatten jetzt auch schon gesagt, dass Sie der Bürgerschaftsbeschlussfassung am Ende ja nicht zugestimmt hatten im Dezember 2017. Sie hatten gesagt, bei der Bestellung des CFO, da waren Sie die Einzige, die dagegengestimmt hat. War das bei den Bürgerschaftsentscheidungen auch so, oder wie war da die Abstimmung?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe ja letztendlich nicht gegen die CFO-Bestellung - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Hatte ich ja ausgeführt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie waren da alleine, hatten Sie gesagt. Genau.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich meine, wir waren da ja sehr in die Ecke gedrängt, ja? Und durch diese unabgestimmte Terminsetzung hat der Vorstand den Aufsichtsrat in die Ecke gedrückt - also die Handlungsalternativen eingeschränkt, insbesondere da ja auch Teile des Aufsichtsrats sehr von



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesen möglichen Kapitalmarktimplikationen - - die als sehr relevant eingestuft - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt eher - - Bei der Bürgschaftsentscheidung, waren Sie da auch - - Da haben Sie ja dagegengestimmt. Waren Sie da die Einzige?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe dagegengestimmt bei diesen beiden. Meines Wissens nach hat meine Kollegin sich der Stimme enthalten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie noch was zu Herrn Ley sagen? Sie hatten ja schon gesagt, Sie haben das mitbekommen, dass er auch dann hinterher als Berater tätig gewesen ist, und Sie fanden das auch plausibel. Gab es da einen Vertrag, und haben Sie den Vertrag gesehen? Wissen Sie was über die Konditionen des Vertrages?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, es gab da einen Vertrag, einen Beratervertrag, der zum Ende meiner Amtszeit dort auch aufgesetzt wurde. Ich habe diesen auch - - Ich habe auch meine Anmerkungen zu diesem Vertrag per E-Mail eingegeben.

Ich muss sagen: Prinzipiell, da ja sozusagen schon das Gremium des Aufsichtsrats dort nicht ausgesprochen happy war, hatten ja auch Herr Ley und Herr Braun angeboten, dass sie den designierten Finanzvorstand in der Übergangsperiode unterstützen, gerade in den Bereichen Kapitalmarkt oder auch M&A, wo er noch nicht so viel Expertise als Bankenvorstand haben konnte. Und diese Tatsache fand ich zu begrüßen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Konditionen? Können Sie was sagen über die Vergütung und über die Laufzeit?

Zeugin Tina Kleingarn: Daran er - - Das liegt schriftlich vor, den Vertrag gibt es; aber ich kann mich da jetzt so nicht dran erinnern, was das konkret war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich gern noch wissen: Es gab ja Doppelungen der Aufsichtsratsmitglieder in der Bank und in der AG. War das für Sie je ein Thema, und war es im Aufsichtsrat ein Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Es ist richtig, dass es, bevor ich in den Aufsichtsrat berufen wurde, eine komplette Personalunion gegeben hat zwischen dem Aufsichtsrat der Bank und der AG. Ich hatte ja schon ausgeführt, dass sozusagen die Initiative, diesen Aufsichtsrat auch zu erweitern, durch den Aufsichtsratsvorsitzenden - das war mein Eindruck damals - auch stark vorangetrieben wurde, möglicherweise auch nicht immer unter - - Ich glaube, er hat dort einiges an Überzeugungsarbeit auch gegenüber dem Vorstand geleistet. Und dann wurde es auch erst mal so gut befunden, dass es - - So, das war jetzt erst mal der erste Schritt.

Ich habe mir auch, als ich berufen wurde, irgendwann gedacht, okay, ob nicht auch dann - - habe ich mich auch gefragt, ob ich nicht auch in den - - Das war dann kein Thema. Und ich muss sagen: Ein bisschen Unabhängigkeit oder ein bisschen sozusagen differierende Mitglieder in beiden Gremien zu haben, muss ich sagen, finde ich durchaus auch erstrebenswert.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht unbedingt als notwendig?

Zeugin Tina Kleingarn: Wie bitte?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht unbedingt als notwendig oder sinnvoll?

Zeugin Tina Kleingarn: Doch, durchaus auch als sinnvoll. Aber gerade deshalb drängt es sich ja nicht auf, dass ich noch zusätzlich in den Aufsichtsrat der Bank gehe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber im Aufsichtsrat war das nie Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, das war kein Thema.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Lisa Paus, ich denke, die Zeit ist fortgeschritten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Die Frage ist jetzt: Eine weitere Runde? - Ich sehe Bedarf. Dann hat der Kollege Hauer das Wort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es beginnt Herr Güntzler.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ach so, Entschuldigung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn der Vorsitzende es erlaubt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Das erlaube ich. Fritz Güntzler hat das Wort.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Mich interessiert noch mal das Zusammenspiel zwischen Aufsichtsrat und Vorstand. Kollege Hauer hat ganz am Anfang der Befragung die Frage gestellt, wie so eine Aufsichtsratssitzung abgelaufen ist. Ich würde noch mal nachfragen: Wie viele Informationen haben Sie bekommen? Also, wir haben jetzt in mehreren Befragungen, auch heute, dazugelernt, dass die Informationspolitik gewöhnungsbedürftig war im Wirecard-Konzern, jedenfalls was die Geschwindigkeit angeht, vielleicht auch teilweise dem Umfang der Informationen entsprechend. Gab es zunächst eine umfassende Berichterstattung, wie § 90 Aktiengesetz es vorsieht, über den gesamten Konzern und die Tochterunternehmen im Aufsichtsrat?

Zeugin Tina Kleingarn: Soweit ich es erinnere, begann eine ordentliche Aufsichtsratssitzung immer mit der Berichterstattung des Vorstandes.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Meine konkrete Frage war - - Also, ich habe es jetzt nicht durchgezählt,

aber bis zur Spitze waren es ja über 50 Gesellschaften, die dem Wirecard-Konzern angehört haben, und Sie waren ja Mitglied im Aufsichtsrat des Mutterunternehmens. Und darum ist die Frage, ob auch über alle Beteiligungen einzeln berichtet wurde. Es gibt ja in § 90 Aktiengesetz die verschiedenen Dinge, über die der Vorstand zu berichten hat, und beim Mutterunternehmen auch über die entsprechenden Dinge aus den Tochterunternehmen.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, es wurde nicht separat und einzeln zu jedem der Tochterunternehmen berichtet. Das ist meines Wissens nach auch gar nicht Usus, dass man auf jede einzelne Gesellschaft separat eingeht. Ich glaube, das ist in einem - - Aber es wurde auf die - - Also, als Aufsichtsrat haben Sie ja einen konsolidierten Blick. Insofern wurden auch die konsolidierten Ergebnisse angesprochen. Aber ich meine mich zu erinnern, wenn es jetzt irgendwie Sachverhalte gab, die jetzt Einzelgesellschaften betrafen, die von Bedeutung waren, dass das sicherlich auch angesprochen worden ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Gut, das konsolidierte Ergebnis ist ja auch eine Kumulation der Einzelergebnisse. Von daher ist es ja schon nicht ganz unentscheidend. Ich lese Ihnen das mal vor. In § 90 Absatz 1 Satz 2 heißt es:

Ist die Gesellschaft Mutterunternehmen ..., so hat der Bericht auch auf Tochterunternehmen ... einzugehen.

Und meine nächste Frage wäre: In der Vorschrift heißt es auch, dass diese Berichte möglichst rechtzeitig - das wird wahrscheinlich beim Wirecard-Konzern vielleicht ein gewisses Problem gewesen sein - und in der Regel auch in Textform erfolgen sollten. Haben Sie diese Berichte, den Gesamtbericht und/oder vielleicht die Einzelberichte, wenn denn überhaupt über Tochtergesellschaften berichtet worden ist, dann auch rechtzeitig und in Textform erhalten?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, Sie meinen, in schriftlicher Niederlegung?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, meines Wissens nach wird das durch das Protokoll dann ex post schriftlich niedergelegt. Im Vorfeld: Kann ich mich nicht erinnern, dass wir die schriftlich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Gab es also keinerlei Informationen, dass Sie sich auf die Aufsichtsratssitzung auch in diesem Punkte hätten vorbereiten können?

Zeugin Tina Kleingarn: Ach so, Sie meinen - - Also, es gab natürlich eine Agenda, und es gab auch Einzelinformationen. Aber ich hätte mir schon eine Praxis gewünscht, in der die früher und umfangreicher zur Verfügung gestellt worden wären.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Und dann vielleicht noch eine ganz andere Frage. Wir haben im Rahmen dieser Befragungen gehört oder erfahren, dass es, ich sage mal, neben dem eigentlichen geschäftlichen Bereich auch so einen gesellschaftlichen Bereich gab, dass der Vorstand der Wirecard zum Beispiel zum Oktoberfest eingeladen hat. Sind zu diesen Einladungen auch Einladungen an den Aufsichtsrat erfolgt?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, mich hat die Gesellschaft nie auf das Oktoberfest eingeladen. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht auf Research-Analysten Bezug nehmen. Ich kann mich nur erinnern, dass wir eine jährliche Weihnachtsfeier zwischen - - mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat gemeinsam hatten.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Kollege Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, dann fahre ich gerne fort. - Und zwar hatten wir heute Vormittag eine Beratungssitzung und ein Fachgespräch mit Jochen Siegert, einem Payment-Experten, und er berichtete uns vom Thema „Umgehen der Regularien von Kreditkartenunternehmen in Bezug auf Wirecard“. Deshalb frage ich Sie zunächst einmal: Gab es irgendwann mal in Ihrer Zeit des

Aufsichtsrats das Thema Visa-/Mastercard im Aufsichtsrat, dass es da irgendwelche Probleme geben könnte im Verhältnis zu Wirecard?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, es wurde sicherlich im Rahmen der Berichterstattung - - ist auch immer mal wieder auf die Kreditkartenunternehmen eingegangen worden. Warum? Weil das natürlich sehr, sehr wichtige Partner für das Unternehmen gewesen sind. Und es wäre ein Worst Case gewesen, wenn einer dieser Partner die Geschäftsbeziehung aufgekündigt hätte. Allerdings muss ich sagen: Ich kann mich nicht erinnern, dass es jemals solche - - dazu gekommen wäre oder dass so was im Raum stand. Aber ich habe schon die Erinnerung, dass die Kreditkartenfirmen sehr wichtige Partner für das Unternehmen gewesen sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, laut Presseberichten soll angeblich zweimal Wirecard der Entzug der Acquiring-Lizenz gedroht haben, zuletzt etwa 2015. Das ist Ihnen also nicht bekannt?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, mir ist nicht bekannt, dass während meiner - - Also, ich kann mich nicht erinnern, dass wir das Thema diskutiert haben, dass die Lizenz von einer dieser beiden Firmen in Gefahr sein könnte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Siegert hatte uns das heute Vormittag so erklärt, dass, wenn zum Beispiel ein Kunde eine Dienstleistung in Anspruch nimmt und dann eben behauptet, dass er die gar nicht in Anspruch genommen hat, zum Beispiel eine Pornodienstleistung, dann normalerweise eine Rückbelastung über die Bank hätte erfolgen müssen, aber dass bei Wirecard ein Refund zulasten des Händlers erfolgt sei und darin ein Umgehen der Regularien von diesen Kreditkartenunternehmen bestünde. Wenn Sie das jetzt hören, gibt es da noch weitere Erkenntnisse, die Sie dazu mitteilen möchten, oder bleiben Sie dabei, dass so was damals nicht diskutiert wurde?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, mir ist das Thema nicht bekannt. Also, generell die Chargebacks, davon habe ich - - dass es das als Technikalie



Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt. Aber jetzt von dem, was Sie berichten, das ist mir - - Dazu weiß ich nichts.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Mich würde interessieren das Verhältnis der Aufsichtsratsmitglieder zueinander. Das haben Sie ja als kollegial dargestellt - so habe ich das jedenfalls wahrgenommen - und dass Sie auch noch danach Kontakt hatten zu dem einen oder anderen aus dem Aufsichtsrat. Haben Sie denn danach mal mit Mitgliedern des Aufsichtsrates auch über die weiteren Geschehnisse beim Unternehmen gesprochen?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich habe die - - Wenn, dann sehr high-level. Also wenn, habe ich vielleicht mitbekommen, dass die jetzt gerade dort tagen oder dass meine ehemalige Kollegin, wenn ich mich noch mal mit der getroffen hatte, dass sie gerade sehr busy ist oder dass sie keine Zeit hat, weil sie an dem Tag Sitzung hat oder so. Aber keine Interna, an die ich mich erinnern kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten ja vor Ihnen das Gespräch mit Herrn Dr. Braun. Herr Dr. Braun hat uns nicht so viel gesagt. Insofern bin ich jetzt mal froh, dass Sie ausführlich Stellung nehmen und da auch zur Aufklärung beitragen. Aber was Herr Dr. Braun gesagt hat, ist, dass Abschlussprüfer getäuscht worden seien; also Bezug auf die Abschlussprüfer. Jetzt würde ich mal gerne wissen: Sie in Ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied, fühlen Sie sich jetzt im Nachhinein getäuscht? Und, wenn ja, von wem?

Zeugin Tina Kleingarn: Wenn die Vorwürfe, die erhoben wurden, so der Tatsache - - wenn die stimmen, dann fühle ich mich nicht nur getäuscht, dann fühle ich mich belogen und betrogen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von wem?

Zeugin Tina Kleingarn: Das wird hoffentlich die Aufklärung zeigen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber das zeigt ja nicht, von wem Sie sich dann belogen und betrogen fühlen. - Fragezeichen.

Zeugin Tina Kleingarn: Gut, also - - Ich meine - -

(RA Dr. Björn Bastian Boerger: Es hängt ja immer noch vom Ergebnis der Aufklärung ab, wer denn dann am Ende als Betrüger festgestellt wird oder nicht!)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst mal stelle ich fest, dass ich nicht glaube, dass der Rechtsbeistand eine solche Erklärung hier abgeben darf. Aber das sei jetzt mal dahingestellt. Ich nehme jetzt einfach zur Kenntnis, dass Sie dazu nichts weiter sagen wollen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Sie dürfen keine Stellungnahme abgeben, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde noch weiter interessieren: Der Bilanzposten „Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalente“: Sind Ihnen da irgendwelche Unregelmäßigkeiten oder besonders hohe Beträge aufgefallen?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich erinnere mich - - Also, besonders hohe Beträge oder Auffälligkeiten sind - - an die kann ich mich nicht erinnern. Aber was mir in diesem Zusammenhang - - woran ich mich erinnern kann: Dass es eine Diskussion gab. Es gibt ja nicht nur diese Position „Cash and Cash Equivalents“ oder Zahlungsäquivalente-Posten, sondern ich meine, es gab auch eine Diskussion über den Ausweis von Restricted Cash zwischen dem - - auch mit EY, wo man dann zu dem Entschluss gekommen war, dass man das im Folgejahr detaillierter ausweisen wollte. Und es war dem damaligen CFO sehr wichtig, dass er die Kapitalmärkte darauf im Vorfeld vorbereitet. Diesem Vorgehen hat EY damals zugestimmt. Das ist das, was ich heute zu diesem Thema erinnere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und diese Diskussion, die entbrannte dann zwischen EY und dem Aufsichtsrat und dem Vorstand, oder wer hat da diskutiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Also, die entbrannte nicht, die wurde sehr sachlich geführt. Und da waren der Vorstand oder Teile des Vorstandes, der Aufsichtsrat und die Prüfer zugegen. Also, aus dem - - Ich meine, so viele Konstellationen hatten wir nicht. Das muss in dieser Bilanzsituation - - Also rein schlussfolgernd denke ich, dass das in dieser Bilanzsituation gewesen ist.

Ich habe mich damals dafür ausgesprochen, dass wir das direkt ausweisen; aber sozusagen die Übereinkunft war, auch auf Bitten des Finanzvorstands, den Kapitalmarkt da entsprechend informieren zu können, dass das beim Folgemal so gemacht werden würde. Darauf wurde sich geeinigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie sollte das dann ausgewiesen werden?

Zeugin Tina Kleingarn: So im Detail haben wir das nicht - - Das wurde noch nicht endgültig festgelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wo wollten Sie es ausweisen? Sie haben ja gerade gesagt, Sie wollten es direkt ausweisen. In welcher Form?

Zeugin Tina Kleingarn: Ja. Ich wollte, dass dieser Ausweis - also, letztendlich sind es ja zusätzliche Informationen, die die Cash-Position wiedergeben -, dass das in den Notes oder dass das direkt ausgewiesen wird, dass man das sehen kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und was hat Sie dann davon überzeugt, dass es doch ausreicht, das im Folgejahr zu tun?

Zeugin Tina Kleingarn: Dass aus meiner Erinnerung ich die Einzige war, die das so erachtet hat, dass ich den - - die Begründung von Herrn Ley zumindest nachvollziehen konnte und dass der Prüfer auch damit einverstanden war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sind in dem Zusammenhang auch die Namen Al Alam, Senjo oder Easy Pay gefallen, also diese TPA-Partner?

Zeugin Tina Kleingarn: In diesem Zusammenhang nicht, aber im Rahmen der Erörterungen zu

TPA. Oder ich kann mich erinnern, dass Al Alam und - - Was war der Zweite?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Senjo und PayEasy, die drei.

Zeugin Tina Kleingarn: Okay. Also, ich kann mich zumindest erinnern, dass auch in dem Gespräch damals, als der COO das TPA-Geschäft vorgestellt hat, dass da die Namen Al Alam und Senjo, dieser zweite Name, den Sie da gerade hatten, auch - - Also, es kam die Frage aus dem Aufsichtsrat: Wer sind denn unsere größten Partner? Da war eine Liste mit bestimmt 20 Partnern. Aber da wollten wir halt wissen, wollten wir das ein bisschen differenziert wissen, wer denn die größten Partner sind. Da sind diese Namen gefallen. Bei dem dritten Namen bin ich mir nicht sicher, ob ich den aus diesem oder aus einem anderen Kontext oder über - - Den kann ich nicht mehr einordnen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage natürlich vor dem Hintergrund, weil das ja die drei sind, wo dann 2019 sich herausstellte, dass die 1,9 Milliarden angeblich auf diesen Treuhandkonten sich befänden und das entsprechend unter diesem Bilanzposten verbucht war. - Abschließend - -

Zeugin Tina Kleingarn: Ich kann auch nicht mehr ganz genau sagen, ob diese Restricted-Cash-Transaktionen*, diese Cash Equi- - diese Barmitteläquivalente - - kann ich mich nicht erinnern, ob das im Zusammenhang mit TPA war oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und ob da über Treuhandkonten diskutiert wurde in diesem Zusammenhang, wissen Sie auch nicht mehr?

Zeugin Tina Kleingarn: Es wurde sicher mal über Treuhandkonten geredet. Aber ich kann nicht sagen, ob es in dieser - - in diesem Zusammenhang über den Ausweis der - - des Detaillierungsgrades der Barmitteläquivalente war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dass sich signifikante Beträge auf Treuhandkonten befanden, das wurde diskutiert oder nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Also, vor drei Jahren waren diese Beträge noch wesentlich kleiner, aber sie waren natürlich auch schon groß, und sie wurden im Rahmen der Prüfung auch vom Prüfer beleuchtet, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann wäre meine letzte Frage jetzt noch - -

Zeugin Tina Kleingarn: Und wenn es meiner Meinung nach keine - - Ja, sie wurden beleuchtet, ja. Es war eins der - - also TPA war einer der Prüfungsschwerpunkte, Key Accounting Matters.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Abschließend noch mal die Frage, ob sich der Aufsichtsrat auch mal mit der Frage beschäftigt hat, wer denn für die Geldwäscheaufsicht über die Wirecard AG zuständig war oder ob da vielleicht niemand zuständig war und ob Geldwäsche oder Geldwäscheaufsicht überhaupt mal Thema im Aufsichtsrat war zu dieser Zeit.

Zeugin Tina Kleingarn: Das war meines Wissens nach nicht Thema im Aufsichtsrat der AG. Ich würde davon ausgehen, dass es Thema war im Aufsichtsrat der Bank, nicht zuletzt, weil auch der - - einer der - - oder weil die Bankvorstände auch in den Onboarding-Sitzungen auch mal zum Thema Geldwäscheprävention - - uns das kurz erläutert hatten. Das habe ich dort angesiedelt gesehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. - Dann übergebe ich an den Kollegen Dr. Michelbach.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Frau Kleingarn, ich habe noch das Thema: Sie waren ja persönlich bekannt mit dem Thomas Eichelmann, der nach Ihrer Zeit dann Aufsichtsratsmitglied wurde und dann zum 1. Januar 2020 den Vorsitz des Aufsichtsrats übernommen hat. Gab es mit ihm Gespräche, bevor er dieses Mandat angenommen hat, warum Sie 2017 ausgestiegen sind?

Und gab es darüber einen Hinweis, warum Herr Eichelmann bei Wirecard dann selbst eingestie-

gen ist, zumal er ja als langjähriger Finanzvorstand der Deutschen Börse ja doch in einer Zwitterposition war, bei einem börsennotierten Unternehmen als Aufsichtsrat und Aufsichtsratsvorsitzender einzusteigen? Sehen Sie da Interessenkonflikte? Und kann es sein, dass Wirecard natürlich hier es durch diesen Weg geschafft hat, eine Aufnahme in die Deutsche Börse zu erreichen, ohne je eine Prüfung zu bekommen? Das heißt also, nach unserer Kenntnis und Aussage des heutigen Vorsitzenden der Deutschen Börse, Dr. Weimer, ist es in Deutschland möglich gewesen, dass Wirecard ohne jegliche Prüfung in den DAX aufgestiegen ist. Haben Sie davon Kenntnis? Haben Sie Kontakt heute noch mit Herrn Eichelmann? Haben Sie darüber gesprochen?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, als Erstes würde ich gerne zu Protokoll geben, dass Herr - - dass der letzte Aufsichtsratsvorsitzende kein persönlicher Kontakt von mir ist. Ich weiß nicht, woher Sie diese Information haben.

Ich würde aber auch mitteilen, dass er mich über eine gemeinsame Kon- - Bek- - durch einen gemeinsamen Kontakt - ich glaube, es war eine ehemalige Mitarbeiterin von ihm, die auch in meinem Netzwerk ist - mich kontaktiert hat. Ich glaube, es muss Juli* 2019 gewesen sein, hat sie mich kontaktiert, ob ich für ein kurzes Gespräch mit dem zukünftigen - - mit einem zukünftigen Mitglied des Aufsichtsrats einverstanden wäre. Das habe ich bejaht. Ich finde es immer richtig, wenn man sich - - wenn man in solchen Situationen den Kontakt aufsucht. Das mache ich durchaus auch, und ich habe mich dann für ein Telefonat auch gerne bereit erklärt.

Dieses Telefonat hat aus meiner Erinnerung letztendlich aus Terminfindungsgründen erst dann stattgefunden, als er bereits als Mitglied bestellt* worden war. Und meine Erwartung war es gewesen, dass er sich über das Unternehmen hätte austauschen wollen. Ich hatte dann aber eher den Eindruck, dass er von mir wissen wollte, wie denn so die Konstellation und das Miteinander und so - - Interna aus der - - aus den - - aus der Zusammenarbeit im Aufsichtsrat haben wollte, und muss sagen, er war ja dann auch schon bestellt. Das habe ich ihm dann quasi überlassen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich - - Das konnte er sich ja dann selber angucken. - Also, dieses Gespräch war relativ kurz.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Im Aufsichtsrat war das ein Thema, das mit der Deutschen Börse, dass man es fertiggebracht hatte, ohne substanzielle Prüfung dort Eingang zu finden?

Zeugin Tina Kleingarn: Als der Konzern in den DAX aufstieg - das war ja irgendwann spät 2018 -, war ich gar nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrats. Das weiß ich nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Aber vorher war auch keine Prüfung, war man ja auch an der Börse notiert. War nie ein Thema, oder war das ein Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, als ich Mitglied im Aufsichtsrat war, war das Unternehmen im TecDAX notiert.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Aber bei der Börse.

Zeugin Tina Kleingarn: Hm?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Aber nicht geprüft.

Zeugin Tina Kleingarn: Davon hatte ich keine Kenntnis. Als ich kam, war es im TecDAX, und als ich ging, war es im TecDAX.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Okay. Danke schön. - Wir haben jetzt die Befragung durch den Kollegen der AfD. Bitte schön.

Jörn König (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kleingarn, wir hatten vorhin noch die Reaktion der anderen Aufsichtsratsmitglieder ja besprochen. Gab es denn Bemühungen vonseiten des Vorstandes, Sie wieder zurückzuholen, oder gab es anderweitige Reaktionen? Und falls ja: Wie sind diese ausgefallen?

Zeugin Tina Kleingarn: So. Die Reaktion der Aufsichts- - Also, ja, es war mein Wunsch, als ich den Aufsichtsratsvorsitzenden und dann auch die jeweiligen Mitglieder persönlich informiert hatte, dass ich niederlegen würde - das gehört sich einfach so - - auch mein Wunsch, natürlich den Vorstandsvorsitzenden hiervon, hierüber zu informieren. Seine Reaktion damals auf meine Niederlegungsentscheidung war sehr, sehr heftig. Ich erinnere mich an ein Telefongespräch, was alles andere als konzilient war, wo ich nur gedacht habe: Ich bin hier nicht dein Teammitglied, sondern dein Aufsichtsrat.

Gut, das war eine emotionale Sache damals. Ich habe ihm meine Gründe erklärt, und er hat mir erklärt, dass das überhaupt keine gute Idee ist, weil das Beste, was mir passieren kann, ist ein Aufsichtsratsmandat bei der Wirecard. Wir haben uns dann aber wieder zusammengefunden, ja. Also, es war emotional in diesem Moment, und das hat sich dann aber über die verbleibenden zweieinhalb Monate - - habe ich mich da keineswegs als Persona non grata gefühlt, dass ich jetzt niedergelegt hatte. Wir haben die Aufsichtsratsarbeit ganz normal weitergeführt bis zum Ende, bis zur Weihnachtsfeier, die Sie vorhin angesprochen hatten. Und ich hatte dann auch ein ausscheidendes Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden. Also, wir sind immer, auch wenn wir Konflikte und Streitigkeiten zu Themen hatten, sehr gut miteinander klargekommen. Also, wir haben uns geschätzt, und wir haben uns respektiert; ja.

Jörn König (AfD): Okay. - Und die anderen beiden Vorstandsmitglieder haben keine Reaktion gezeigt oder haben sich da zurückgehalten, weil der Vorstandsvorsitzende ja doch gut, -

Zeugin Tina Kleingarn: Genau so, wie Sie sagen.

Jörn König (AfD): - intensiv reagiert hatte, sage ich mal. Gut, okay. - Haben Sie auch in Ihrem Niederlegungsschreiben davon gesprochen, dass sich Risiken materialisieren könnten? Sie hatten das Bild im Kopf, dass natürlich Wirecard eine grandiose Erfolgsstory ist, mit 30 Prozent Wachstum jährlich. Welches Bild hatten Sie da im Kopf, als Sie über die Risiken geschrieben haben,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bzw. was haben Sie damit gemeint, welche Art von Risiken? Also, aus welchem Bereich der Wirecard hätte dieses Risiko oder ist dieses Risiko aus Ihrer Sicht lokalisiert gewesen? Und an welche Größenordnung dachten Sie dabei?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich habe mir ja in meinem Niederlegungsschreiben wirklich - - wollte ich es sehr konkret machen und habe deshalb auch diese ganzen Beispiele aufgeführt, damit es nicht so ein - - Also, ich wollte es wirklich konkret machen.

Und diesen Satz, auf den Sie anspielen: Es war wirklich eine Zusammenfassung. Und um Ihnen auch ein Beispiel zu geben: Was möglicherweise hätte passieren können aus meiner Meinung damals, ist, dass, wenn Sie die Führungsebene nicht entsprechend ausbauen, ja - - Zum Beispiel ein echter COO, der sich wirklich darum kümmert, die Prozesse der Komplexität des Unternehmens anzunehmen - - dass das unbedingt erforderlich ist. Und wenn nicht, dann könnte halt auch mal was schiefgehen.

Ein weiteres Beispiel: Bürgschaften. Wenn Sie halt nicht sicherstellen, dass ausreichend Informationen vorliegen - und das betrifft ja nicht nur den Aufsichtsrat; auch innerhalb des Unternehmens wurden ja diese Kredite bewilligt -, dann kann es Ihnen ja auch mal passieren, dass Sie einen Kredit vergeben, der dann nicht gut wird, ja? Und es gab beispiels- - eine Bürgschaft - das war die erste -, die wurde Ende Dezember 2016 an den Aufsichtsrat herangetragen, PayFor* - oder - - Ich glaube, ich hatte es vorhin schon kurz erwähnt. Da wurde dann auch auf meine Palette an Rückfragen diese Bürgschaft zurückgezogen vonseiten der Gesellschaft, weil sich dann wohl beim genaueren Hinsehen oder Beantworten der Fragen herausstellte, dass die Kreditpartei, der Kreditnehmer nicht kreditwürdig sei, ja? Und so was passiert halt, wenn Sie keine ordentlichen Strukturen haben.

Jörn König (AfD): Welche Höhe hatte dieser Kredit oder diese Bürgschaft?

Zeugin Tina Kleingarn: Das kann ich nicht mehr genau sagen. Ich schätze, es war wieder in diesem Rahmen von 10 bis 20 Millionen.

Jörn König (AfD): Na ja, ist ja auch Geld. - Vielen Dank.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, hatte sich meine Berufung bezahlt gemacht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank. - Jetzt habe ich hier natürlich den Kollegen der SPD oder die Kollegin. Herr Dr. Zimmermann?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir teilen uns das auf. - Die 340 Millionen von der Indien-Akquisition: Das war ja die größte Akquisition, die Wirecard je getätigt hat. Und das lief an den EMIF-Fonds auf Mauritius, glaube ich, wo man nicht so genau weiß, wer dahintersteckte alles. Halten Sie Anteile an dem EMIF?

Zeugin Tina Kleingarn: Guten Tag, Herr Zimmermann! - Ich halte keine Anteile an EMIF.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie mal Anteile an dem gehalten?

Zeugin Tina Kleingarn: Dr. Zimmermann, ich habe nie Anteile an EMIF gehalten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie jemals Anteile an mit der Wirecard verbundenen Unternehmen gehalten?*

Zeugin Tina Kleingarn: Das kann ich nicht ganz genau sagen. Meines Wissens nach nein. Aber da mir keine Parteibeteiligung bekannt ist, die börsennotiert ist, wäre es schwierig gewesen. Insofern kann ich die Frage vermutlich ausschließen und beneinen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na, es gab ja sehr viele - - Es gab ja ebendieses große, komplexe Firmengeflecht. Man muss ja leider in diesem Fall danach fragen.

Was war eigentlich am Ende der finale Auslöser für Ihren Rücktritt? Weil irgendwie - - Ich werde



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht so ganz schlau aus dieser Geschichte. Also, ich meine sozusagen - - Man muss ja sagen: Ihr Rücktrittsschreiben, das ist ja wirklich irgendwie gefühlt schon Ihre Lebensversicherung, weil sozusagen Sie haben es irgendwie geahnt, Sie hatten den richtigen Riecher, und das spricht ja auch absolut für Sie.

Gleichzeitig haben Sie jetzt aber eben erzählt, Sie sind eigentlich irgendwie mit allen im Guten auseinandergegangen und waren auch auf der Weihnachtsfeier, und dann hat man gemeinsam irgendwo noch eine Bürogemeinschaft und so. Das passt für mich eigentlich nicht so zu diesem Schreiben. Aber deswegen: Können Sie noch mal sagen, was dann am Ende wirklich der Auslöser war, dass Sie gesagt haben: „Okay, jetzt ist irgendwie das Maß voll“?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich möchte noch mal entschieden sagen: Ich habe es nicht geahnt, was Sie gerade impliziert haben; das möchte ich noch mal klarstellen. Und ich denke, dass sozusagen mein vierseitiges Schreiben sehr klar begründet, warum ich niedergelegt habe. - Jetzt ist mir der Faden entfallen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was am Ende den Ausschlag gegeben hat, dass Sie diesen Schritt gegangen sind.

Zeugin Tina Kleingarn: Ah ja, okay. Ja, ja. Danke schön. - Es war eine Kumulation an Auffälligkeiten, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Es war nicht der eine Knall.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Wenn ich sage, dass Sie es geahnt haben, dann vielleicht auch nur unterbewusst. Und zumindest ist ja sozusagen - - haben Sie ja offenbar mit vielen der Befürchtungen, die Sie da auch niedergeschrieben haben, am Ende ja recht behalten.

Zeugin Tina Kleingarn: Vielleicht noch mal zu den beiden - - Ja, okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, gerne, gerne.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich glaube, dass ich trotz Niederlegung mein Amt professionell bis zum

Ende fortgeführt habe. Und dass man dann am Ende der letzten Aufsichtsratsitzung des Jahres noch an der Weihnachtsfeier teilnimmt - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, und das verstehe ich eben nicht, weil am Ende des Tages ist doch von all dem, so wie Sie das geschildert haben - - Weil sozusagen Sie waren immer die, die nachgebohrt hat, die mehr wissen wollte, die Missstände angeprangert hat, der es zu langsam ging. Und es waren doch am Ende sozusagen der Vorstand und vielleicht auch der Aufsichtsratsvorsitzende, der am Ende Sie da nicht unterstützt hat bzw. Ihre Forderung nicht erfüllt hat. Und deswegen finde ich das sozusagen jetzt - das ist jetzt nur meine Beobachtung - so faszinierend, dass man das so trennen kann, dass man im Prinzip sagen kann, also - - weil für mich ist das - - haben Sie eigentlich gesagt, Sie entziehen dem Vorstand irgendwo ja auch Ihr Vertrauen. Und dann sagt man: Aber Weihnachten feiern wir noch zusammen.

Gut, das soll in den besten Familien vorkommen, aber das ist einfach der Punkt. Da müssen Sie jetzt nichts zu sagen; das ist nur meine Beobachtung. Aber natürlich verstehe ich das, wenn Sie sagen, Sie wollten das professionell zu Ende bringen. Deswegen: Ist in Ordnung, also, da brauchen Sie sich auch nicht zu äußern.

Aber ich setze trotzdem noch mal bei dieser Boygroup, die es da gab, an: Es gab Herrn Braun, es gab Herrn Bellenhaus, es gab Herrn von Erffa, es gab Herrn Wulf Matthias. Die waren ja alle Ewigkeiten in dem Laden mit dabei und gleichzeitig in der - - Die Staatsanwaltschaft spricht von bandenmäßigen Geschichten, von Korpsgeist. Haben Sie davon - -

(Abg. Dr. Florian Toncar
(FDP) und Abg. Fabio De
Masi (DIE LINKE)
unterhalten sich)

- Wollte irgendjemand was zu diesem Thema - - Na ja, egal. - Haben Sie davon sozusagen als jemand, die von außen reinkam - - Wie haben Sie das wahrgenommen, diese Strukturen? Weil sozusagen ganz offenbar - - Also, wenn nicht ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einzel Täter mit dem - - irgendwie das alles alleine auf die Beine gestellt hat - - Und von dem, was sich momentan uns darstellt, müssen das zahlreiche Beteiligte gewesen sein. Und möglicherweise sind einige der Personen, die ich gerade benannt habe, bis über alle Ohren darin verstrickt. Wie haben Sie diese Truppe wahrgenommen? Ich meine, Sie haben schließlich Weihnachtsfeiern auch gemacht.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja, ich habe bislang in jedem Aufsichtsrat Weihnachtsfeiern gehabt. - Ich sage mal so, wie ich es im Onboarding, im Rahmen des - - als ich zum Onboarding Bezug genommen habe, schon angedeutet habe: Die Gesellschaft war sehr stark von innen heraus gewachsen. Viele der leitenden Mitarbeiter hatten sich da von Anfang an hochgearbeitet. Das fand ich schon - - Das ist mir aufgefallen, und daher fand ich es ja auch so wichtig, zu sagen: Wir brauchen hier frisches Blut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wissen Sie, ich merke ja, dass Ihnen das nicht gefällt, wenn ich auch auf diese Weihnachtsfeier - - Aber wissen Sie, der Herr Marsalek, der hat quasi nach dieser Weihnachtsfeier nicht allzu lange sich mit Leuten getroffen und hat Videoaufnahmen offenbar rumgezeigt, wo irgendwo in Libyen Leute erschossen werden, und hat gesagt: Oh, diese Bodycams, die haben so eine super neue Qualität. - Ich will nur erklären, dass ich Sie nicht ärgern will, wenn ich nach solchen Petitessen frage.

Weil mich interessiert: Wie kann das eigentlich sein, dass sozusagen Sie, die ich jetzt ein paar Stunden kennengelernt habe, sozusagen mit denen da zusammenhockt? Das zeigt ja auch im Zweifelsfall die Janusköpfigkeit von einigen dieser Beteiligten. Und wir reden die ganze Zeit über Täuschung und Betrug. Und wir wollen ja so ein bisschen auch rausfinden: Wie konnte das passieren? Das ist einfach nur, um - -

Zeugin Tina Kleingarn: Also, zu den Beschreibungen: Davon hatte ich keine Ahnung. Ich hatte vielmehr Herrn - - auch den COO als sehr professionell, unglaublich eloquent, eine - - begnadete Vertriebsfähigkeiten, auf dem globalen Parkett zu

Hause, so hatte ich ihn wahrgenommen. Und ich hatte auch ein Ausgangsgespräch mit ihm, wo sich auch dieser Eindruck noch mal bestätigt hat, ja?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Ich kann leider die Uhr von hier nicht sehen. - Okay. - Eine sozusagen - - Da haben Sie immer schon was dazu gesagt, aber es gibt sozusagen in diesem Ausschuss die Arbeitshypothese: Wenn man nur die „Financial Times“ aufmerksam gelesen hat, hätte man diesen Skandal frühzeitig aufklären können. - Jetzt haben Sie vorhin gesagt, Sie haben sich vorher den Zatarra-Bericht angeschaut und nicht die „Financial Times“. Aber wenn Sie dazu was sagen wollen: Würden Sie sich dieser These anschließen?

Zeugin Tina Kleingarn: Ich glaube, mit allem Wissen, was man heute über diesen Fall hat, kann ich Sie schon nachvollziehen, wenn Sie sagen: „Es kann doch nicht sein, dass das so lange gedauert hat, bis das auffliegt“, ja? Da gebe ich Ihnen - - Da bin ich bei Ihnen. Und ich habe Ihnen ja auch gesagt, wie viel ich da gemacht habe und wie viel ich da angestoßen habe. Das ging sicherlich über das normale Engagement eines Aufsichtsrats auch hinaus, ja. Ich war da sehr - - Ich wollte auch alles richtig machen, ja?

Und es hat ja auch noch vieler weiterer Wechsel bedurft, bis dann durch investigative Recherche, sehr, sehr intensive Recherche, nach für nach sich die Vorfälle erhärtet haben, es mehr und mehr Evidenz auch dazukam, gerade durch die „FT“ in den Jahren 18, 19, bis hin, wo dann die Sonderprüfung auch gestartet wurde.

Aber das zeigt mir einfach auch, wie wichtig diese Diversität ist, nicht nur im Aufsichtsrat, aber auch im Vorstand, dass solche Dinge ans Licht kommen. Und ich glaube, dass es sehr gut war für das Gremium des Aufsichtsrats, dass es sich seit 2016 über die Jahre bis zum Schluss so weit diversifiziert hatte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir haben noch 55 Sekunden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Das nutzen wir natürlich aus, Herr Michelbach. - Danke schön.

Ich möchte noch mal auf das Jahr 2017 zurückkommen. In diesem Jahr erfolgte ja auch die Einstufung als Technologiekonzern, und Sie waren berufen als Mitglied im Aufsichtsrat. War das Thema im Aufsichtsrat, war das Thema in den Vorstandssitzungen? Gab es Gespräche im Vorfeld, im Nachhinein? Haben Sie persönlich Gespräche geführt mit der BaFin zu der Einstufung als Technologiekonzern und nicht als Zahlungsdienstleister, weil das ja auch aufsichtsrelevant ist, wer wie wo zuständig ist?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich kann mich an keinerlei direkte Interaktionen mit der BaFin erinnern; das ist eher Vorstandsthema und, wenn überhaupt, maximal noch Thema des Aufsichtsratsvorsitzenden. Da weiß ich es nicht, ob er Interaktionen hatte.

Und wie ich es vorhin schon ausgeführt habe, ist mir das Thema der Finanzholding explizit erst mal in dieser besagten Aufsichtsratssitzung aufgefallen. Ich hatte den Eindruck, da es auch durch die Altmitglieder des Aufsichtsrats vorgebracht wurde, dass das ein Thema war, womit die sich möglicherweise schon auf Ebene der Bank beschäftigt hatten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Kollegin, tut mir leid, also minus 39.

Cansel Kiziltepe (SPD): Schade.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Der Kollege Dr. Toncar von der FDP hat das Wort.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ich möchte noch mal auf die Personalie von Knoop zurückkommen. Im Konzernlagebericht der Wirecard AG für 2017 steht geschrieben:

In der Sitzung am 19. Juni 2017, die wir nach der ordentlichen Hauptversammlung am 20. Juni 2017 fortsetzten, erörterten wir

intensiv mögliche Kandidaten für den Finanzvorstand sowie ein weiteres Vorstandmitglied und sprachen hierzu mit möglichen Kandidaten.

Ist das zutreffend, dass Ihnen mehrere Kandidaten konkret präsentiert wurden, mit denen Sie im Aufsichtsrat gesprochen haben?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, der Konzernlagebericht wurde ja erstellt zu einem Zeitpunkt, in dem ich nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrats war. Aber um auf die konkrete Sitzung zu sprechen zu kommen: Aus meiner Erinnerung war der designierte CFO der Einzige, den wir im Köcher hatten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Interessant. Danke. Ist ja eine klare Antwort. - Dann würde mich noch interessieren - -

Zeugin Tina Kleingarn: Aber natürlich gab es noch einen weiteren Vorstand, der dann auch im - - den Produktvorstand, der dort - - Das war dort auch Thema in der - -

Dr. Florian Toncar (FDP): „... erörterten wir intensiv mögliche ...“, ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich weiß jetzt - - Ich habe jetzt das nicht da vorlie - - Also, wenn Sie auf den CFO fragen, kann ich mich nur an diesen einen Kandidaten erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Man kann den Satz so oder so lesen. Aber ich nehme mit: Es gab nur einen Kandidaten. - Ich werde jetzt auch keine Anzeige bei der BaFin machen, dass der Lagebereich falsch ist, weil das hat keine Folgen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich würde aber gern noch mal zu sprechen kommen auf das Thema: Wofür war Herr Marsalek jetzt eigentlich konkret zuständig? Ich habe verstanden, dass er COO war, und ich lese, dass er irgendwie für das Asien-Geschäft zuständig ist. Das sieht für mich aus wie nach so einer Art Matrixorganisation mit Ressorts im Vorstand und



Nur zur dienstlichen Verwendung

gleichzeitig geografischen Zuständigkeiten. Können Sie das irgendwie absichten?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, ich finde, dass es der Begriff „Matrix“ ganz gut beschreibt. Sie haben natürlich, wenn Sie in diese funktionalen Bereiche aufgestellt sind - - müssen Sie sich auch überlegen, was Sie mit den geografischen Regionen machen. Und da war Herr - - war der besagte COO in der Tat zuständig für das Asien-Geschäft.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es denn für andere geografische Regionen auch Vorstände, die eine regionale Zuständigkeit hatten?

Zeugin Tina Kleingarn: Meines Wissens nach ja. Und es war die designierte Produktvorständin, die sich beispielsweise dem Bereich - - um sich um den Bereich USA gekümmert hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und wissen Sie, was eine geografische Zuständigkeit bedeutete, auch im Verhältnis zu den eigenen Vorstandskollegen und deren Ressorts?

Zeugin Tina Kleingarn: Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Dann würde mich noch interessieren: Sie sprachen von dem Telefonat mit Herrn Braun, der nicht konzilient reagiert hat, nachdem er von Ihrem Rückzug erfahren hat. War das Telefonat mit Herrn Braun, bevor Herr Matthias versucht hat, Sie umzustimmen, oder hinterher?

Zeugin Tina Kleingarn: Das war meines Erachtens dazwischen. Weil das war nicht nur ein Tag, wo versucht wurde, mich umzustimmen; das ging über paar Wochen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - TPA-Geschäft ist ja letztlich auch ein starker Wachstumstreiber, wenn man das als Wachstum bezeichnen will zwischen 2015 und 19 oder 20. Wurde Ihnen das im Aufsichtsrat dargestellt als organisches Wachstum der drei TPA-Einheiten oder als ein Geschäft, das durch M&A-Transaktionen und Zukäufe anorganisch aufgebaut worden ist?

Zeugin Tina Kleingarn: Das wurde mir so - - In dieser Form wurde uns das gar nicht dargestellt. Aber wenn ich das beurteilen müsste, ist das organisches Wachstum, weil dort hat es ja keine gesellschaftsrechtlichen Akquisitionen - - stattgefunden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist nämlich meine Deutung auch. Aber das würde ja bedeuten, dass man diesen ganzen Riesenaufwand mit den Zukäufen, den ganzen M&A-Transaktionen und all dem ganzen Sach- - es wird auch im Lagebericht ständig von M&A-Pipeline berichtet, was nach unheimlich viel Reserve klingt -, dass man diesen ganzen M&A-Aufwand in Asien betreibt, obwohl der eigentliche Wachstumstreiber organisch ist. Ist das plausibel?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, man ist sowohl organisch gewachsen als auch durch M&A-Akquisitionen. Und natürlich ist eine M&A-Akquisition, wenn Sie ein Wachstumsunternehmen in Asien beispielsweise akquirieren - - Im nächsten Jahr, wenn es konsolidiert ist, trägt es dann zum organischen Wachstum bei.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber der größte Zukauf in Asien war doch das Thema Hermes in Indien. Welche weiteren Zukäufe - - Kennen Sie weitere Zukäufe in Asien, die wirklich signifikant noch zum Wachstum dort beigetragen hätten?

Zeugin Tina Kleingarn: Es gab noch ein weiteres Projekt in Asien, und zwar waren das die Aktivitäten der Citi, einer amerikanischen Bank, die per Asset Deal in 2017 von der Citi erworben worden sind. Da ging es um mehrere Länder. Das ist eine Akquisition, die sehr intensiv auch im Aufsichtsrat besprochen wurde. Und die wurden auch akquiriert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Können Sie quantifizieren, welchen Bilanzeffekt das auf die Konzernbilanz hatte, also die Akquisition der Citi, des Asset Deals mit Citi? Welchen bilanziellen Effekt hatte das? Ob Sie das quantifizieren können.

Zeugin Tina Kleingarn: Mhm. Also, zum damaligen Zeitpunkt sehr wenig. Zum einen war das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Closing dieser einzelnen Transaktion auch erst in 2018. Und wenn Sie Asset Deals erwerben, erwerben Sie ja die Assets und nicht die Gesellschaften, sprich: Sie haben nicht unbedingt die Sicherheit, dass die Transaktionen und die Kunden auch mitgehen. Aber dadurch, dass jetzt Closing erst in 18 war, kann ich Ihnen den Bilanzimpact jetzt nicht sagen. Können Sie vielleicht anhand des Kaufpreises schließen über die ungefähre Größenordnung, weil den habe ich jetzt nicht mehr im Kopf.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Ich glaube, ich bin über der Zeit.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Dr. Toncar. - Jetzt hat Herr De Masi von der Fraktion der Linken das Wort. Bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau Kleingarn, bei dieser Akquisition Hermes, 340 Millionen Euro, Riesenhausnummer wird da aufgerufen: Ist das üblich als Aufsichtsrätin, dass man das dann, ich sage mal, auch ins Verhältnis zur Ertragsstärke der Akquisition setzt? Weil Sie vorhin ausgeführt haben, dass Sie jetzt die aufgerufenen Kaufpreise erst mal nicht per se fragwürdig fanden.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich war in diese Akquisition nicht involviert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber sie hat Sie ja beschäftigt; das wird ja auch in Ihrem Brief aufgeführt, Sie beenden Ihren Brief ja quasi mit der Frage dieser Akquisition.

Zeugin Tina Kleingarn: Die Akquisition per se hat mich nicht beschäftigt. Was mich beschäftigt hat, war das „Project Ring“ und die dort vorgenommenen Vorwürfe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und inwiefern haben die Sie beschäftigt?

Zeugin Tina Kleingarn: Na ja, dass EY dann vom Vorstand mit dieser Sonderprüfung beauftragt war und ich regelmäßig nachgefragt habe - - oder

wir auch nie* regelmäßig nachgefragt haben, wie es jetzt mit dem Prüfungsfortschritt aussieht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und haben Sie in diesem Zusammenhang mitbekommen, dass es den Wunsch gab, auch E-Mails von Herrn Erffa vorgelegt zu bekommen, und dass dort Herr Marsalek eingeschritten ist gegenüber den Prüfern?

Zeugin Tina Kleingarn: An das kann ich mich nicht erinnern.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Sie haben vorher noch Ausführungen gemacht zu dem Inhaber-kontrollverfahren. Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig wiedergebe. Sie haben gesagt, es sei in Aussicht gestellt worden: bei Finanzholding oder Einstufung als Finanzholding keine Veränderung im Konzern. Mein Verständnis ist aber: Eine Veränderung im Konzern, zum Beispiel eine Umhängung der Wirecard Bank, die führt zu einem Inhaber-kontrollverfahren und die [sic!] führt dann zu einer anderen Einstufung, die wiederum führt zu einer anderen Aufsichtspraxis. Könnten Sie noch mal ausführen, was Ihnen dort erläutert wurde?

Zeugin Tina Kleingarn: Also, wie ich es gerade schon gesagt hatte, gab es eine Einschätzung der BaFin, dass der Konzern - - Also, die Einschätzung der BaFin war, dass, wenn das Unternehmen als Finanzholding einzustufen sei, das zu keiner inhaltlichen Änderung im Konzern führen würde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was war denn mit „inhaltlicher Änderung“ gemeint?

Zeugin Tina Kleingarn: Das wurde - - Also, ich hatte Ihnen ja gesagt, dass ich im Rahmen dieser Sitzung erstmalig mit dem Thema konfrontiert worden war aus meiner Erinnerung. Dieses Thema wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden angestoßen. Ich kann Ihnen da weiter - - Ich kenne das Thema nicht besser. Ich kann Ihnen dazu keine weiteren Auskünfte geben, wie ich mich erinnern kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber es erschien Ihnen schon als ein wesentlicher Vorgang.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tina Kleingarn: Nee, das wurde da als *ein* Punkt - - Das war mit auf der Tagesordnung, das wurde adressiert. Und ich erinnere mich, dass ich den Eindruck hatte, dass das der damalige CFO sehr kompetent beantwortet hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber die Frage, ob die BaFin in der Aufsicht zuständig würde im Ergebnis, also auch im Bereich Geldwäsche oder im Bereich Bilanzen, die spielte dort keine Rolle in den Ausführungen?

Zeugin Tina Kleingarn: Daran kann ich mich nicht genau erinnern. Aber da ja die Empfehlung von den externen Beratern gewesen war, die Bank auszugliedern und direkt unter die AG zu hängen, und da das ja gemacht werden sollte bis zum Jahresende und der CFO zusicherte, dass da alles auf einem guten Weg ist, habe ich das überhaupt nicht als kritisches Thema gesehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist es zutreffend, dass Sie Herrn Braun - - mehrere Male mit ihm essen waren, im „Käfer“? Das ist ja so irgendwie die Stammkneipe da bei Wirecard oder so.

Zeugin Tina Kleingarn: Sie hatten mich ja vorhin gefragt, ob es auch mal ein bilaterales Vieraugengespräch gab. Dieses besagte Treffen, dieser Austausch damals, nachdem ich mich schon über mehrere Monate ja dann bereits eingearbeitet hatte, fand damals als Mittagessen in diesem Restaurant statt; das ist richtig. Und ich bin im - - Ich hatte Ihnen ja auch gesagt, dass sozusagen Herr Braun und ich im Guten auseinandergegangen waren ganz am Ende. Und wir waren noch einmal oder zweimal - das weiß ich nicht genau - in den folgenden zwei Jahren - - Ich meine, einmal haben wir uns noch getroffen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Sie hatten dabei nicht den Eindruck, dass er Sie loswerden wollte.

Zeugin Tina Kleingarn: Im Aufsichtsrat?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Oder dass Sie dort Themen diskutiert haben, die ihm unangenehm waren.

Zeugin Tina Kleingarn: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich Sie gern nur noch abschließend fragen: Waren Sie jemals in der Prinzregentenstraße, in der Villa, wo Herr Marsalek residierte?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, nicht dass ich wüsste. Ich kenne diese besagte Villa auch nur aus der Presse.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr De Masi. - Jetzt hat der Kollege Dr. Bayaz von den Grünen das Wort.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich will noch mal auf das Acquiring-Geschäft zu sprechen kommen. Wir hatten einen Bilanzexperten auch hier in dem Ausschuss, dem aufgefallen ist, eigentlich relativ frühzeitig - auch das ist ja in dem „manager magazin“-Artikel thematisiert -, dass es fast identische Höhen von Forderungen und Verbindlichkeiten in der Bilanz gab aus dem Acquiring-Geschäft, und der das für extrem unplausibel und untypisch für das Geschäft gehalten hat. War das etwas - vielleicht auch getriggert durch diese Berichterstattung -, was jemals im Aufsichtsrat näher thematisiert, diskutiert, erörtert wurde?

Zeugin Tina Kleingarn: Ist das der gleiche Artikel wie der „manager magazin“-Artikel, den wir schon angesprochen hatten, oder - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müsste gewesen sein. Herbst 2017, ich glaube, ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Ja? Ich bin mir nicht so - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeugin Tina Kleingarn: Könnten Sie die Frage bitte noch einmal wiederholen?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vergessen wir mal den „manager magazin“-Artikel für einen Moment! Vielleicht war es auch die „Financial Times“. Ich komme heute auch durcheinander mit Medien, und ich habe auch keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tantiemenempfehlung für irgendwelche Printprodukte.

Es ging um die Frage: Auf der Bilanz aus dem Acquiring-Geschäft war frühzeitig der Fall, dass die Höhe von Forderungen und der Verbindlichkeiten aus dem Acquiring-Geschäft sozusagen sich genettet haben. Normalerweise - so hat uns das ein Bilanzexperte hier auf dem Platz, wo Sie sitzen, erklärt - ist das eine Cash-Position in der Bilanz. Er sagt, das sei sehr untypisch und damit auch sehr auffällig, vor allem in der Größenordnung. Das sei auch Marktbeobachtern quasi bekannt gewesen. Jemand, der das Geschäftsmodell verstanden hat, dem sei das aufgefallen. Deswegen frage ich mich, ob das jemals dann auch - getriggert durch welche Berichterstattung auch immer - Thema im Aufsichtsrat war.

Zeugin Tina Kleingarn: Also ich kann mich nicht erinnern, dass das Thema im Aufsichtsrat, explizit zu diesen beiden Positionen, gewesen ist. Aber, wie gesagt, hatte ja auch EY sich sehr intensiv und nicht zum ersten Mal - - auch immer sehr intensiv dieses TPA als Prüfungsschwerpunkt gehabt. Deshalb war jetzt für mich - - hatte ich schon das Gefühl, dass das - - bin ich davon ausgegangen - - hatte auch das Gefühl, dass das rechtmäßig bilanziert ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - War im Aufsichtsrat jemals das Thema „Project Panther“ in Ihrer Anwesenheit ein Thema?

Zeugin Tina Kleingarn: Nicht dass ich wüsste.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen, was das ist, ne, das „Project Panther“?

Zeugin Tina Kleingarn: Das würde ich Sie jetzt gerade fragen. Ist das das Thema „Deutsche Bank“? - Nein, ne? - Das kenne ich nur aus der Presse.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und jetzt, jenseits von formeller Tagesordnung: Das war auch nicht mal irgendwie so am Rande, in einem bilateralen Gespräch, wo

man mal gesagt hat: „So, ja, next stop Deutsche Bank“, oder so - -

Zeugin Tina Kleingarn: Nein, also - - Das hätte ich damals als größtenwahnsinnig erachtet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War denn jemals - ich kenne ja die ganzen Berichterstattungen um geheimdienstliche Verstrickungen und dergleichen - jegliche Form von Kooperation, Zusammenarbeit, Kontakte whatsoever jemals mal Thema im Aufsichtsrat, da auch auf völlig legale Art und Weise derartigen Institutionen Dienstleistungen anzubieten, von denen diese Dienste ja profitieren könnten?

Zeugin Tina Kleingarn: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab ja eine andere Aufsichtsrätin nach Ihrer Zeit, Frau Quintana-Plaza. Die hatten wir auch eingeladen. Die hat abgelehnt, zu kommen, weil sie ja portugiesische Staatsbürgerin, glaube ich, ist und sich nicht in Deutschland aufhält. Hatten Sie mit ihr jemals Kontakt? Hat die Sie auch um Rat gefragt, als sie den Job angenommen hat oder während dem Job oder nachdem sie ihn niedergelegt hat? Also ihr Mandat, den Job, meine ich.

Zeugin Tina Kleingarn: Ich habe ja mein Mandat - - Also, ich bin ja im Dezember 17 ausgestiegen, und die neuen Aufsichtsrätinnen sind erst, meines Wissens, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2018.

Zeugin Tina Kleingarn: - im Sommer 2018 berufen worden. Es gab also eine Frist von circa sechs Monaten, in denen der Aufsichtsrat in verkleinerter Form agiert hat. Ich kann mich an keinen Austausch mit Frau Quintana - - Ich glaube nicht, dass wir - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie kennen die auch gar nicht.

Zeugin Tina Kleingarn: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kennen Sie denn die Gründe, warum sie das Mandat niedergelegt hat? Sind es ähnliche Gründe wie bei Ihnen gewesen?

Zeugin Tina Kleingarn: Warum *sie* ihr Mandat niedergelegt hat?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja. Sie war ja auch nur kurze Zeit - -

Zeugin Tina Kleingarn: Das habe ich nur aus der Presse entnommen. Also, wenn wir über die gleiche Person reden: Das ist die Person, die irgendwann im Juni oder im April oder Mai, irgendwann in diesem Jahr, ihr Mandat vor den anderen niedergelegt hat, meinen Sie das?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja.

Zeugin Tina Kleingarn: Das kenne ich nur aus der Presse.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann habe ich hier keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Dr. Bayaz.

Wir sind damit am Ende der Befragung, wenn ich das so richtig sehe. Ich darf mich bei Ihnen, Frau Kleingarn, herzlich bedanken, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Und ich darf Sie verabschieden. Wünsche Ihnen natürlich noch einen guten Nachhauseweg, wo immer Sie jetzt hingehen. Vielen Dank. Sie haben sicher zu einer gewissen Aufklärung beigetragen, und wir werden das in unserer weiteren Arbeit natürlich dann gewichten.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll über die Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen; erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss

der Vernehmung. - So weit zur rechtlichen Bewertung: Das ist heute nicht abgeschlossen, sondern erst dann, wenn das Protokoll Ihnen übersandt war und Sie das inhaltlich geprüft haben. - Gibt es dazu noch Fragen von Ihrer Seite?

Zeugin Tina Kleingarn: Nein. Aus meiner Sicht und Wahrnehmung habe ich alles Wesentliche im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand heute zu Protokoll gegeben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut. Das ist Ihre Einschätzung - die Kolleginnen und Kollegen werden eine eigene Einschätzung vornehmen. Ich kann mich nur bedanken und wünsche Ihnen natürlich noch einen Resttag bzw. dann auch einen Nachhauseweg. - Vielen Dank.

Ich darf Sie also bitten, dass wir dann weiterfahren mit der Zeugenvernehmung für Herrn Freiherrn von Erffa. Ich darf also bitten, dass wir den Herrn Freiherr von Erffa zuschalten. Der Einwahlzeitpunkt: nur fünf Minuten. Ich bitte also, nicht zu weit sich zu entfernen.

(Unterbrechung von
22.43 bis 22.47 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Stephan Freiherr von Erffa

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ich darf jetzt, am Bild zumindest, erkennen, dass hier zwei Personen anwesend sind. Ich darf zunächst einmal fragen: Ist hier der Herr Freiherr von Erffa zugeschaltet?

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Ja, das ist richtig. Ja, ich bin hier, Freiherr von Erffa, Stephan, mit meinem Zeugenbeistand Frau Stetter.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja. - Wichtig ist, dass die technische Kommunikation funktioniert. Sie verstehen uns, Herr von Erffa?

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Wir verstehen Sie bestens. Wir haben sehr gutes Bild und sehr guten Ton.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut. Vielen Dank.

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Ich danke Ihnen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut. - Ich darf Sie noch begrüßen, Herr Freiherr von Erffa. Ich heiße Sie willkommen hier im Untersuchungsausschuss Wirecard des Deutschen Bundestages.

Neben Ihnen kann Ihr Rechtsbeistand natürlich teilnehmen. Ich muss aber darauf hinweisen, dass er kein Rederecht hat. Das ist eine Frau Kamp, glaube ich, ja? - Ich darf also auch Sie herzlich willkommen heißen als Rechtsbeistand von Herrn Freiherr von Erffa. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten, aber Sie haben kein Rede- und Fragerecht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. Haben Sie zu diesem Verfahren Fragen, Herr Freiherr von Erffa oder Frau Kamp?

RA n Dr. Sabine Stetter: Herzlichen Dank. - Mein Name ist Sabine Stetter. Es ist nicht die Frau Stephanie Kamp anwesend, sondern Rechtsanwältin Dr. Sabine Stetter.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Frau Stetter, Sie sind uns ebenso herzlich willkommen. Für Sie gilt also quasi das, was ich für die Frau Kamp gesagt habe, voll und ganz, -

RA n Dr. Sabine Stetter: Herzlichen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: - vollinhaltlich, jawohl.

Herr von Erffa, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen; das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören ausdrücklich nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Aussage in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut und bekannt geworden sind. - Haben Sie zu diesen von mir vorgetragenen Fragen irgendwelche Hinweise, Wünsche?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Nein, das ist verstanden. Danke schön, Herr Dr. Michelbach.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Bitte schön. - Dann möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie sprechen, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt. Damit ist dann auch erst der Abschluss der Befragung gegeben.

Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen darum: bei Aktenverhalten unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl nennen; die entsprechenden Angaben stehen oben auf der jeweiligen Seite.

Nur ein letzter Hinweis an den Zeugen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis - der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie dazu, zu diesen Hinweisen, Fragen?

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Nein, ich habe keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Dann möchte ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert wurden, nochmals mündlich kurz zu erläutern. Der Untersuchungsausschuss soll das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den Wirecard-Konzern, auch im Zusammenwirken mit

anderen öffentlichen sowie privaten Stellen, umfassend untersuchen. Dabei soll unter anderem aufgeklärt werden, inwiefern die Bundesregierung und ihre Geschäftsbereichsbehörden jeweils über die Vorkommnisse informiert waren und inwiefern sie ihren finanzaufsichtlichen, geldwäscheaufsichtlichen sowie steuerrechtlichen Pflichten im Hinblick auf den Wirecard-Konzern nachgekommen sind. Beschränkt ist die Untersuchung auf den Zeitraum 1. Januar 2014 bis 1. Oktober 2020.

Herr Freiherr von Erffa, ich würde Sie nun zunächst zur Person kurz vernehmen; ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vor- und Nachnamen natürlich noch mal bestätigen, Ihr Alter und Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen. Auch das ist sicher verstanden. Ich bitte Sie.

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Mein Name ist Stephan Freiherr von Erffa. Ich bin am [REDACTED] geboren, in [REDACTED]. Ich wohne in [REDACTED]; das ist in der Nähe von [REDACTED]. Und mein Beruf ist Buchhalter.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Freiherr von Erffa.

Ihr Rechtsbeistand hat mit Schreiben vom 13. November 2020 mitgeteilt, dass sie Ihnen voraussichtlich zu einer umfassenden Auskunftsverweigerung nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes raten werde. Meine Frage ist, ob Sie sich tatsächlich umfassend nicht zur Sache einlassen wollen und, wenn ja, ob die in dem Schreiben hierfür vorgetragenen Gründe noch vorliegen.

Herr von Erffa, Sie können, wenn Sie wünschen, nunmehr natürlich auch im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Es ist üblich, dass man zunächst einmal so ein Eingangsstatement durchführt, damit wir dann auch weiter in die Befragung eintreten können. Würden Sie das gerne tun, dass Sie ein Eingangsstatement für den Untersuchungsausschuss durchführen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Ich werde kein Eingangsstatement in dem Sinne vortragen, jedoch möchte ich mich bei Ihnen bedanken erst mal, dass Sie sich mit dieser Videokonferenz einverstanden erklärt haben.

Zur Beantwortung Ihrer Fragen würde ich allerdings gerne zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen und zunächst einmal von meinem Zeugnis- - von meinem Auskunftsverweigerungsrecht nach § 22 PUAG - - Bezug nehmen, um zunächst Angaben bei der Staatsanwaltschaft machen zu können. Ich würde meinen Zeugenbeistand sobald als möglich bitten, sobald ich zur Befragung zur Verfügung stehe, Ihnen dann dieses mitzuteilen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut. - Wir haben Ihre Einlassungen zur Kenntnis genommen. Sie berufen sich auf Ihr Auskunftsverweigerungsrecht nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes. Allerdings sieht der Ausschuss natürlich nicht ein umfassendes, weitgehendes Auskunftsverweigerungsrecht vor. Deswegen werden wir jetzt in die Befragung eintreten.

Ich darf zunächst einmal erklären, wie das vor sich geht: Es wird jetzt begonnen durch die CDU/CSU-Fraktion, dann die AfD-Fraktion, dann die SPD-Fraktion, die Fraktion der FDP, die Fraktion Die Linke und dann die Fraktion der Grünen. - Ich darf ums Wort bitten. Herr Kollege Matthias Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Freiherr von Erffa, erst einmal nehme ich zur Kenntnis, dass Sie sich bereit erklärt haben, wie Sie sagen, zu einem späteren Zeitpunkt uns hier Rede und Antwort zu stehen. Wir haben sehr, sehr viele Fragen. Das haben auch die vorherigen Zeugenvernehmungen, denke ich, ergeben. Das geht von allen Fraktionen gleichermaßen aus: dass wir ein hohes Interesse an der Aufklärung haben. Deshalb würde mich zunächst interessieren, zu welchem Zeitpunkt Sie bei der Staatsanwaltschaft eine entsprechende Erklärung abgeben, weil wir natürlich, auch was das weitere Vorgehen hier im Ausschuss - - uns darauf einstellen wollen, wann wir

mit Ihrem Beitrag zur Aufklärung rechnen können.

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Ich werde das erste Statement oder die erste Befragung bei der Staatsanwaltschaft bereits nächste Woche haben. Ich denke allerdings, dass sich noch ein paar weitere Termine anschließen werden. Doch versuchen wir natürlich, sehr zeitnah dieses jetzt durchzuführen, sodass wir dann auch zeitnah dem Untersuchungsausschuss bei der Beantwortung - - für Fragen zur Verfügung stehen können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Untersuchungsausschuss unterliegt ja der Diskontinuität; insofern sind wir hier mit Hochdruck natürlich an der Aufklärung beteiligt und müssen auch - - Wir haben natürlich auch ein hohes Interesse an der Aufklärung. Aber es geht auch nicht anders, als dass wir sehr schnell machen, weil die Legislaturperiode irgendwann zu Ende geht. Insofern: Ab wann, würden Sie es einschätzen, dass Sie für eine Befragung durch den Untersuchungsausschuss -

(RAn Dr. Sabine Stetter:
Anfang nächsten Jahres!
Anfang!)

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Also, ich denke,

(Heiterkeit)

dass es An- -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zur Verfügung stehen?

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Entschuldigung! - Ich denke,

(Heiterkeit)

dass es Anfang nächsten Jahres, also wirklich Anfang nächsten Jahres, der Fall sein wird.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Auch ich bin an einer Aufklärung des Sachverhaltes interessiert, und deswegen denke ich, dass das Anfang nächsten Jahres sein wird.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Wenn ich hier so in die Runde blicke und mit den Kollegen das so abgestimmt habe, würde ich dann vorschlagen, dass wir auch so verfahren, dass wir Anfang nächsten Jahres auf Sie zukommen, um dann die Befragung fortzusetzen, und appelliere noch mal an Sie, dass Sie dann maximal zur Aufklärung beitragen. Und wir jetzt hier heute nicht weiter die Befragung fortsetzen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Der Obmann hat zwar eine sehr dominante Rolle - der größten Fraktion -, aber ich darf feststellen, dass es auch andere Fraktionen in diesem Raum gibt, und ich darf zunächst einmal die weiteren Fraktionssprecher bitten. - Zunächst einmal der Kollege von der AfD.

Jörn König (AfD): Ja. Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen praktikabel, ja.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Dann der Kollege Dr. Zimmermann von der SPD.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Angesichts der Tatsache, dass wir uns vorbehalten, wenn das uns zu lange dauert, dann trotzdem eine Einladung nach Berlin auszusprechen, können wir uns aber für heute auch mit dem Vorgehen so begnügen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Sieht die FDP das auch so, Herr Dr. Toncar?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das Problem ist: Bei öffentlichen Bauvorhaben heißt ja „Anfang nächsten Jahres“ irgendwie Oktober.

(Heiterkeit)

Aber so sind wir ja hier nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Es gibt noch längere Zeiträume, Herr Dr. Toncar.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Wir entscheiden das ja!)

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, mir ist allerdings daran gelegen, dass ich der Auffassung bin, dass es Sachverhaltskomplexe gibt, wie beispielsweise den Kontakt zu Regierungsstellen, Behörden oder das Engagement von Herrn Fritsche, die eigentlich vom Auskunftsverweigerungsrecht nicht umfasst sind. Ich würde dem Verfahren unter der Bedingung zustimmen, dass Anfang nächsten Jahres wirklich Anfang nächsten Jahres ist und dass mit der Aussage auch eine Aussage ist dann. Dann würde ich sagen: Ja. Aber das ist ein Entgegenkommen; das will ich noch mal ausdrücklich festhalten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Das ist richtig, und ich bitte, das auch so zu sehen, Herr von Erffa, dass das natürlich dann sofort in das Gegenteil verkehrt werden kann. - Ich darf jetzt aber zunächst einmal den Kollegen de Masi von der Fraktion Die Linke ums Wort bitten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das Verfahren findet meine Zustimmung unter den von Herrn Toncar genannten Bedingungen - und natürlich hier einem Besuch in Berlin, also einer persönlichen Einvernahme - und wenn wir uns auf eine größere Aussagebereitschaft als die von Herrn Dr. Braun heute freuen können. Dann sehr gerne.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut, vielen Dank. - Herr de Masi, ich denke, dem Herrn von Erffa ist klar, dass dieses Aussageverweigerungsrecht nicht so angewandt werden darf wie das beim Vorstandsvorsitzenden oder früheren Vorstandsvorsitzenden Dr. Braun und wir uns das auch nicht gefallen lassen werden. - Ich gebe jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen Herrn Dr. Bayaz. Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, selbstverständlich schließen wir uns auch diesem Verfahren an. Ich finde es interessant - wahrscheinlich nur Zufall, keine Kausalität -, dass jetzt nächste Woche der Termin mit der Staatsanwaltschaft stattfindet und Herr Braun ja auch gesagt hat, er sei ab morgen bereit. Also, wenn dieser Untersuchungsausschuss Spill-over-Effekte auf andere Ermittlungsaktivitäten hat, dann ist das ja auch schon mal etwas, wo wir sagen können: Es hat sich heute gelohnt, dass wir uns getroffen haben, ja. - Wir können mit dem Verfahren leben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja, also damit ist in der Fraktionsrunde deutlich, dass wir Ihnen damit entgegenkommen wollen, und ich kann Sie nur noch mal bitten, auch ernsthaft Ihre Zusagen einzuhalten. Wir haben heute das Gegenteil schon erlebt: dass der frühere Vorstandsvorsitzende uns gesagt hat, er kooperiert mit der Staatsanwaltschaft, aber die Nachfrage, Hinterfragung im Anschluss - - die Staatsanwaltschaft erklärt hat, sie wisse davon nichts. Also ich darf Sie bitten, uns hier ehrlich und offen reinen Wein einzuschenken und nicht in ähnlicher Weise zu verfahren, was, glaube ich, auch Ihnen nicht zustehen würde.

Haben Sie das so weit verstanden, Herr von Erffa?

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Das habe ich so weit verstanden. Ich danke Ihnen, dass wir diese Zeit bekommen werden. Und ich werde selbstverständlich dann, sobald es möglich ist - auch vorzeitig natürlich -, mit Ihnen Kontakt aufnehmen bzw. dann im Januar in Berlin auch erscheinen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr von Erffa. Wir nehmen das so auf und nehmen Sie beim Wort.

Und ich würde dann die Vernehmung schließen wollen, wenn alle damit einverstanden sind. - Herr von Erffa, vielen Dank, und ich wünsche Ihnen natürlich alles erdenklich Gute zunächst

einmal und bedanke mich für Ihre Teilnahme. - Auf Wiederhören!

Zeuge Stephan Freiherr von Erffa: Ich bedanke mich. - Auf Wiederhören!

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: So, sollen wir den Nächsten? - Ja, gut, wir schalten jetzt den Herrn Bellenhaus zu; ich darf also bitten, unseren vierten Zeugen, Herrn Bellenhaus, zuzuschalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Oliver Bellenhaus

Zeuge Oliver Bellenhaus: Guten Abend! - Guten Abend! - Hören Sie mich?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Guten Abend! - Ja, wir hören Sie gut. Hören Sie uns - technisch?

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja, ich höre Sie auch gut. - Können Sie mich sehen?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja, wir können Sie sehen, und wir können auch Ihren Rechtsbeistand sehen - im Hintergrund.

RA Dr. Nicolas A. Frühsorger: Guten Abend, hallo!

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja. - Dann darf ich beginnen, Herr Bellenhaus.

Ich heiße Sie herzlich willkommen. Neben Ihnen kann Ihr Rechtsbeistand, Herr Professor Eder, Platz nehmen; wir sehen ihn im Hintergrund.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ich darf Sie kurz unterbrechen; Entschuldigung. - Das ist Herr Dr. Frühsorger, nicht Herr Professor Eder.

RA Dr. Nicolas A. Frühsorger: Ich begrüße Sie, hallo.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Also Sie haben gewechselt, ja. - Und wie ist Ihr Name? Herr Frühsorger? Herr Dr. Frühsorger?

RA Dr. Nicolas A. Frühsorger: Frühsorger - „Früh“ wie „Spät“.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Okay, gut. - Ich darf Sie ebenfalls natürlich herzlich willkommen heißen. Was Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten als Rechtsbeistand, Ihnen stehen je-

doch selbst keine Rede- und Fragerechte zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Haben Sie, Herr Bellenhaus, oder Ihr Rechtsbeistand dazu Fragen?

Zeuge Oliver Bellenhaus: Nein, ist bekannt.

RA Dr. Nicolas A. Frühsorger: Nein.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Nicht der Fall. - Herr Bellenhaus, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt aber nicht generell. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören dazu ausdrücklich nicht. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut und bekannt geworden sind.

Haben Sie zu dieser Belehrung noch Fragen, Herr Bellenhaus?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Bellenhaus: Nein, derzeit nicht. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Haben Sie derzeit nicht. - Dann möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon, wenn Sie sprechen, einschalten. Wenn Sie das Wort eben ergreifen wollen, bitte, die Taste zu drücken. - Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt, und auch dann ist die Befragung anschließend auch erst zu Ende.

Wir werden Ihnen natürlich bei Ihrer Vernehmung auch Vorhalte aus Akten machen - - wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage dann natürlich vorlegen. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen darum, bei Aktenvorhalt unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen. Die entsprechenden Angaben stehen oben auf der jeweiligen Seite.

Nun mein letzter Hinweis an Sie als Zeuge, Herr Bellenhaus: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Herr Bellenhaus, haben Sie dazu, zu diesem Hinweis, Fragen?

Zeuge Oliver Bellenhaus: Nein.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Haben Sie nicht. - Dann möchte ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung des Untersuchungsausschusses mitzuteilen. Über den sind Sie ja schon schriftlich informiert, aber ich

muss das noch mal mündlich Ihnen, Herr Bellenhaus, erläutern.

Der Untersuchungsausschuss soll das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den Wirecard-Konzern, auch im Zusammenwirken mit anderen öffentlichen sowie privaten Stellen umfassend untersuchen. Dabei soll unter anderem aufgeklärt werden, inwiefern die Bundesregierung und ihre Geschäftsbereichsbehörden jeweils über die Vorkommnisse informiert waren und inwiefern sie ihren finanzaufsichtlichen, geldwäscheaufsichtlichen sowie steuerrechtlichen Pflichten im Hinblick auf den Wirecard-Konzern nachgekommen sind. Beschränkt ist die Untersuchung auf den Zeitraum 1. Januar 2014 bis 1. Oktober 2020.

Herr Bellenhaus, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen wollen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Namen, Vor- und Nachname, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen. Und natürlich können Sie auch ein Eingangsstatement damit verbinden. Herr Bellenhaus, Sie haben das Wort.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja. - Mein Name ist Oliver Bellenhaus. Ich bin geboren am [REDACTED] in [REDACTED], bin demnach 47 Jahre alt und derzeit wohnhaft in der JVA [REDACTED].

Ein Eingangsstatement habe ich auch vorbereitet, das ich gerne vorlesen würde.

Sehr geehrter Herr Dr. Michelbach! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich erst mal für die Möglichkeit des Eingangsstatements und möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen als Vertreter der Öffentlichkeit als auch bei den Geschädigten zu entschuldigen. Die heute hier zur Aufklärung anstehende Angelegenheit ist ein Riesendesaster, das sich durch nichts beschönigen lässt.

Ich bin mir meiner individuellen - - Ich werde mich meiner individuellen Veranlassung stellen, bitte aber um Verständnis, dass ich heute nicht auf alle Ihre Fragen antworten kann und von



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen muss. Der gesamte Vorgang bedarf zunächst der vollständigen Aufarbeitung mit der Justiz, bevor ich dazu öffentlich Stellung beziehen kann.

Dazu hat mir mein Anwalt geraten, und ich werde diesem Rat folgen. Ich stehe Ihnen aber gerne nach der Aufarbeitung der Angelegenheit mit der Staatsanwaltschaft für alle Fragen erneut zur Verfügung.

Ich danke Ihnen so weit.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Vielen Dank, Herr Bellenhaus. - Ich muss Sie natürlich darauf hinweisen, dass es nicht nur strafrechtliche Fragen und Vernehmungen gibt, wie dies die Staatsanwaltschaft durchführen wird, sondern der Untersuchungsausschuss eine eigene Frageposition, ein eigenes Fragerecht hat.

Also, Ihr Rechtsbeistand hat ja mit Schreiben vom 10. November schon mitgeteilt, dass er Ihnen voraussichtlich zu einer umfassenden Auskunftsverweigerung nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes raten wird.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Meine Frage ist, ob Sie sich tatsächlich umfassend nicht zur Sache einlassen wollen und, wenn ja, ob die in dem Schreiben hierfür vorgetragenen Gründe dann umfassend vorliegen. Wir sind nicht der Auffassung, dass Sie ein grundsätzliches Auskunftsverweigerungsrecht nach § 22 haben, und deswegen würde ich mit der Vernehmung der Fraktionen beginnen. - Ich gebe dem Kollegen Matthias Hauer, Obmann der CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Bellenhaus, erst einmal haben wir jetzt Ihr Eingangsstatement zur Kenntnis genommen, und ich stelle auch fest, dass Sie sich bei den Geschädigten entschuldigt haben. Das ist schon mal mehr, als wir heute von anderer Stelle gehört

haben. Und ich stelle auch fest, dass Sie gesagt haben, dass Sie sich Ihrer Verantwortung stellen wollen, und dazu gehört ja sicherlich auch die Kooperation hier mit diesem Gremium. Wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter in den Deutschen Bundestag haben großes Interesse seitens aller Fraktionen, die Aufklärung in Sachen Wirecard zu betreiben.

Jetzt hatten Sie gesagt, dass Sie zunächst die vollständige Aufarbeitung mit der Justiz abwarten wollen. Die Arbeit unseres Untersuchungsausschusses erfolgt hier mit Hochdruck; wir haben nicht viel Zeit. Wir haben diesen Untersuchungsausschuss so schnell konstituiert wie noch keinen anderen Untersuchungsausschuss zuvor, haben sehr frühzeitig auch mit der Befragung der Zeugen angefangen. Nur, dennoch ist es so, dass wir der Diskontinuität unterliegen, also bis zum Ende der Legislaturperiode auch fertig sein müssen mit unseren Untersuchungen, und wir natürlich aufgrund des Ausmaßes des Skandals auch ohnehin einen hohen Druck verspüren, da auch zeitnah signifikante Ergebnisse liefern zu können.

Insofern würde mich interessieren, was jetzt zeitlich vorgesehen ist. „Die vollständige Aufarbeitung der Justiz“ klingt jetzt nach sehr lange. - Gehen Sie da - - Also wenn jetzt damit gemeint ist, dass Sie recht zeitnah eine Erklärung gegenüber der Staatsanwaltschaft abgeben - das ist Ihnen ja jederzeit auch möglich - und wir danach in diesem Untersuchungsausschuss mit einer umfassenden Stellungnahme Ihrerseits und der Beantwortung unserer Fragen rechnen können, dann könnte dieser Untersuchungsausschuss auch, ja, gewissermaßen zeitlich etwas großzügiger sein, indem wir sagen: Wir verzichten darauf, heute intensive Befragungen durchzuführen, und - - in einer der nächsten Sitzungen dann die Befragung vorzunehmen. - Wenn das allerdings bedeutet, dass das sehr spät erfolgt - und mit „sehr spät“ meine ich zum Beispiel im Februar oder so - - Also wenn wir uns jetzt auf Januar verständigen könnten, dann könnte ich mir vorstellen, dass es dann auch zu einer Lösung käme, dass wir heute nicht intensiv in diese Befragung einsteigen müssten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deshalb meine Frage, wie dieser zeitliche Aspekt aussieht. Sonst würden wir gleich - - würde ich gleich mit meinen Fragen starten.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Also, das ist für mich sehr schwer zu beantworten, wie lange der Zeithorizont dauern wird. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber in meinem Eröffnungsstatement habe ich auch im abschließenden Teil gesagt: die Aufarbeitung der Angelegenheit gegenüber der Staatsanwaltschaft. - Das heißt, wir arbeiten mit Hochdruck an der Aufarbeitung der einzelnen Komplexe - und das so schnell wie möglich. Ob das bis zum Januar stattgefunden hat oder nicht, kann ich sehr schwer einschätzen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja, also wir sind nicht die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Aufgabe, wir haben eine andere Aufgabe, und dementsprechend kann ich, wenn Sie nicht bereit sind, auf das Angebot des Kollegen Matthias Hauer einzugehen - - dass wir letzten Endes ja auch das Recht haben, Sie dann hier durch Verschiebung physisch auch hier in den Ausschuss zu holen und dementsprechend, so wie wir das heute schon im Laufe des Tages hatten, nicht mit Videoschaltung einzuvernehmen, sondern entsprechend hierherkommen zu lassen.

Also, ich denke, Sie sollten sich hier committen mit dem Vorschlag des Kollegen Hauer. Ansonsten würde ich auch gerne natürlich eine Runde machen, um Ihnen zu bedeuten, was das für Sie heißt.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ich habe mich ja versucht zu committen. Also Sie haben ja schon - - In meinem Eingangsstatement habe ich ja schon eröffnet: für alle Fragen erneut zur Verfügung. - Damit bin ich ja quasi schon vorab auf das Angebot eingegangen.

Ich versuche mein Möglichstes, aber ich kann mich natürlich nicht committen, wenn ich diese Rahmenbedingungen nicht beeinflussen kann.

(RA Dr. Nicolas A. Fröhlinger: Kurze Pause!)

Darf ich an dieser Stelle um eine kurze Pause bitten, um mich mit meinem Verteidiger abzusprechen?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Selbstverständlich; das steht Ihnen zu. - Kurze Pause, ja.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Herr Bellenhaus, Sie haben das Wort. Bitte.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja. - Sie können mich wieder gut hören? Ja?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja. - Also nach Rücksprache mit meinem Verteidiger kann ich, denke ich, zusagen, dass ich im Januar zur Verfügung stehen werde.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Dieses Angebot nehmen wir an, und wir haben natürlich das Vertrauen, dass Sie dann auch im Januar zur Verfügung stehen. Ansonsten würden wir Sie natürlich vorladen müssen, und ich gehe mal davon aus, dass Sie sich den Termin in der - - Ende Januar vornehmen sollten.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Sind Sie damit einverstanden? Ja?

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ja, wir sind damit einverstanden. Ja.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Gut. - Dann schaue ich in die Runde. Gibt es dazu Einverständnis hier im Ausschuss?

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Ja! - Jörn König (AfD): Ja! -
Dr. Florian Toncar (FDP):
Ja!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Dann darf ich mich für das Angebot, Herr Bellenhaus, bei Ihnen bedanken, und ich hoffe, dass Sie dann uns auch helfen, unsere Aufgabe zu erfüllen, unserer Aufgabe nachzukommen, um hier - und das haben Sie ja schon angekündigt - auch Licht in das Dunkel zu bringen, und wir letzten Endes auch eine insgesamt Aufarbeitung als Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages führen können.

Ich darf mich herzlich bedanken, wünsche Ihnen einen guten Restabend. Vielen Dank.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Ich bedanke mich.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Danke schön.

Zeuge Oliver Bellenhaus: Danke. Wiederhören - bis Januar!

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Danke. - Also, ich habe die Freude, dass wir noch am Donnerstag schließen, und beende die Sitzung. - Wenn ihr einverstanden seid, oder?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich will es nicht lang verlängern, aber ich rege an, dass das Ausschusssekretariat bei der Staatsanwaltschaft nachfragt, welche Zeugen wir als Nächstes laden sollen, damit das vorangeht dort.

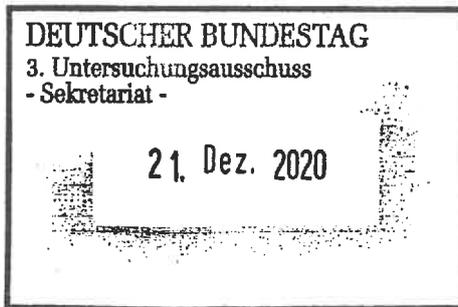
(Heiterkeit)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach: Ja, ja; also wenn der Ausschuss schon *einen* Erfolg hatte: dass wirklich Dampf in die Bude kommt, insbesondere auch in München bei der Staatsanwaltschaft, denke ich! - Vielen Dank.

(Schluss: 23.26 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Tina Kleingarn



UFER·KNAUER Maximilianstraße 35 · 80539 München
Deutscher Bundestag
Sekretariat PA 30
3. Untersuchungsausschuss

Platz der Republik
11011 Berlin

18. Dezember 2020
Unser Zeichen: 160/20

Zeugenvernehmung von
Tina Kleingarn
in der 6. Sitzung des PUA am 19. November 2020
Geschäftszeichen: PA 30 – 5452-1

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie die Berichtigungen und Ergänzungen meiner Mandantin zum Protokoll der sie betreffenden Zeugenvernehmung am 19. November 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Björn Boerger
Rechtsanwalt

UFER·KNAUER
PARTNERSCHAFT VON RECHTSANWÄLTEN mbB

MÜNCHEN

DR. FLORIAN UFER
Fachanwalt für Strafrecht
Zertifizierter Berater für Steuerstrafrecht (DAA)

PROF. DR. CHRISTOPH KNAUER
Honorarprofessor für Wirtschaftsstrafrecht und
strafrechtliche Revision an der LMU München

DR. ERIK BUHLMANN
Fachanwalt für Strafrecht

MANUEL WEBER
Fachanwalt für Strafrecht

TOBIAS PRETSCH

DR. JENDRIK ADAM

MORITZ REGER
LL.M. (King's College London)

ANJA SCHMORL

OF COUNSEL
STEFFEN UFER

OF COUNSEL
PROF. DR. STEPHAN LORENZ *
Universitätsprofessor f. Bürgerliches Recht, Intern.
Privatrecht u. Rechtsvergleichung a. d. LMU München
(*nicht als Rechtsanwalt tätig)

Maximilianstraße 35 · 80539 München
(Eingang B, Karl-Schmagnl-Ring)
Telefon 089 5587199-0 · Fax 089 5587199-77
info@ufer-knauer.de · www.ufer-knauer.de

BERLIN

SÖREN SCHOMBURG

FENJA ZEPTER

ALEXANDER ERBCUTH

OF COUNSEL
PROF. DR. h.c. (DURHAM, UK)
WOLFGANG SCHOMBURG
Richter a.D. (BGH sowie UN Tribunale
für das frühere Jugoslawien und Ruanda)

Kurfürstendamm 194 · 10707 Berlin
Telefon 030 94852070-0 · Fax 030 94852070-7
berlin@ufer-knauer.de

FRANKFURT

DR. BJÖRN BOERGER

DR. SIGRID MEHRING-ZIER
LL.M. (University of Amsterdam)

JANNA SCHULZE

Neue Mainzer Str. 28 · 60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 34877738-0 · Fax 030 94852070-9
frankfurt@ufer-knauer.de

Ufer Knauer Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
USt-IdNr: DE246130657

Berichtigungen und Ergänzungen zum stenografischen Protokoll der 6. Sitzung

Öffentliche Zeugenvernehmung – Tina Kleingarn (Seiten 50 - 112)

I. Berichtigungen des Protokolls

Die folgenden Stellen des Protokolls sind zu berichtigen:

- Auf Seite **60** heißt es: „Ich kann Ihnen in den vergangenen Jahren ein paar Beispiele aufzeigen, wo selbst DAX-30-Konzern zwischenzeitlich mal keinen **CEO** hatten.“
Richtigerweise muss es hier „**CFO**“ lauten.
- Auf Seite **64** heißt es: „Als Aufsichtsrat unterliegen Sie [...] auch nach dem Ausscheiden Vertraulichkeitserklärungen, [...].“
Richtigerweise muss es „Vertraulichkeits**verpflichtungen**“ lauten.
- Auf Seite **71** heißt es: „Und ich glaube, EY hat gekämpft im Sinne von: **Er** hat versucht, das zu machen, was sie machen müssen.“
Richtigerweise muss es hier „**EY**“ lauten.
- Auf Seite **80** heißt es: „Und wir hatten ein Onboardinggespräch mit einem Herrn **Heuser** [...]“.
Richtigerweise muss es hier „**Häuser**“ lauten.
- Auf Seite **82** heißt es: „Als dann aber der Beschuldigte im Ressort des **CEOs/CFOs** vermutet wurde [...].“
Richtigerweise muss es hier „im Ressort des **CFOs**“ lauten.
- Auf Seite **101** heißt es: „Ich kann auch nicht mehr ganz genau sagen, ob diese Restricted-Cash-**Transaktionen** [...] ob das im Zusammenhang mit TPA war oder nicht.“
Richtigerweise muss es hier „Restricted-Cash-**Positionen**“ lauten.
- Auf Seite **102** heißt es: „Ich glaube, es muss **Juli** 2019 gewesen sein, [...]“

Richtigerweise muss es hier „Juni 2019“ lauten.

- Auf Seite **104** heißt es: „die wurde Ende Dezember 2016 an den Aufsichtsrat herangebracht, PayFor – oder - -“

Richtigerweise muss es hier „Pay4“ lauten.

- Auf Seite **109** heißt es: „und ich regelmäßig nachgefragt habe - - oder wir auch nie regelmäßig nachgefragt haben, [...].“

Richtigerweise muss es hier „und ich regelmäßig nachgefragt habe - - oder wir auch regelmäßig nachgefragt haben, [...].“ lauten.

II. Klarstellungen und Ergänzungen des Protokolls

An den folgenden Stellen sind Klarstellungen bzw. Ergänzungen geboten:

- Auf den Seiten **64** und **67** ist von „Panama Papers“ die Rede.

Wie im weiteren Verlauf bereits klargelegt (vgl. Seite 79), waren stets die „Paradise Papers“ gemeint.

- Auf Seite **77** heißt es: „Können Sie sich eigentlich an den Namen des Prüfers erinnern in der Aufarbeitungssitzung? – Ja, klar. Die stehen auch im Geschäftsbericht, im Testat.“

Zur Klarstellung: der Name des *in der Aufarbeitungssitzung anwesenden Prüfers* steht „als Zweitunterzeichner im Testat“.

- Auf Seite **83** heißt es: „Es gab den Regional-CFO in Singapur - - war ein Edo Kada sowieso.“

Der korrekte Name des Regional-CFO in Singapur lautet „Edo Kurniawan“.

- Auf Seite **94** heißt es: „Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich damals davon Kenntnis hatte, dass die Wirecard Bank da Anschuldigungen ausgesetzt war.“

Zur Klarstellung: Die Frage des Abgeordneten nahm auf angebliche Ermittlungen der „Staatsanwaltschaft gegen die Wirecard Bank“ Bezug (vgl. Seite 94). Entsprechend

bezog sich auch die an dieser Stelle gegebene Antwort auf „Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft“.

- Auf Seite **102** heißt es: „Dieses Telefonat hat aus meiner Erinnerung letztendlich aus Terminfindungsgründen erst dann stattgefunden, als er bereits als Mitglied bestellt worden war.“; und etwas weiter unten auf der gleichen Seite: „[...] er war ja dann auch schon bestellt.“

Zur Klarstellung: Das Telefonat fand statt als er „als Kandidat nominiert worden war“ bzw. „schon nominiert“ war. Das Gespräch fand also noch *vor* der eigentlichen Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied statt.

- Auf Seite **104** lautet die Frage: „Haben Sie jemals Anteile an mit der Wirecard verbundenen Unternehmen gehalten?“

Zur Klarstellung: Die Antwort auf diese Frage lautet „nein“.



Tina Kleingarn

Frankfurt, den 18. Dezember 2020